

vormals Archiv für Kommunalwissenschaften

**Im Brennpunkt: Prekarität, Segregation und Armut im Sozialraum**

|   |    |
|---|----|
| Jürgen Mansel und Wilhelm Heitmeyer<br>Prekarität, Segregation und Armut im Sozialraum – Ein Überblick<br>zum Forschungsstand .....   | 5  |
| Uwe H. Bittlingmayer, Ullrich Bauer, Matthias<br>Richter und Diana Sahrai<br>Die Über- und Unterschätzung von Raum in Public Health –<br>Überlegungen zur räumlichen Dimension gesundheitlicher<br>Ungleichheiten ..... | 21 |
| Dirk Baier und Susann Rabold<br>Jugendgewalt in segregierten Stadtteilen .....  | 35 |
| Jürgen Mansel, Sandra Legge und Wilhelm Heitmeyer<br>Prekarität, Deprivationserleben und Armut in wirtschaftlich<br>prosperierenden und in abwärtsdriftenden Regionen .....   | 51 |
| Wolfgang Spanier<br>Politische Strategien zur Gestaltung von Lebenswelten und<br>sozialen Kommunikationsräumen in segregierten Stadtvierteln ....   | 67 |

**Im Blickfeld: Weitere Themen**

|   |    |
|---|----|
| Stefan Werner<br>Die Komplexität der „Sozialen Stadt“ evaluieren – Vorschlag<br>einer integrierten Prozessevaluation..... | 79 |
| Autorinnen und Autoren .....  | 98 |

Die englische Fassung der Zeitschrift ist unter dem Titel  
„German Journal of Urban Studies“ im Internet ([www.difu.de](http://www.difu.de)) zugänglich.



Jürgen Mansel und Wilhelm Heitmeyer

## **Prekarität, Segregation und Armut im Sozialraum**

### **Ein Überblick zum Forschungsstand**

In der Bundesrepublik Deutschland lassen sich nicht nur strukturstarke und strukturschwache Regionen, sondern im Zeitablauf auch wirtschaftlich prosperierende, aufstrebende Regionen auf der einen Seite und abwärtsdriftende, wirtschaftlich niedergehende Regionen auf der anderen Seite unterscheiden (vgl. Blasius u.a. 2008). Dies lässt sich z.B. an der Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen, der durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte, des Anteils der in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätigen Personen, der Arbeitslosen, der auf sozialstaatliche Leistungen angewiesenen Personen etc. festmachen (siehe hierzu z.B. Hüpping/Reinecke 2007). Der wirtschaftliche Niedergang einer Region führt dabei nicht selten auch zu einer Abwanderung der ansässigen Bevölkerung und zu einer Entvölkerung ganzer Landstriche, so dass im Extremfall die gesamte Infrastruktur der Region zusammenzubrechen droht bzw. nicht mehr aufrechterhalten werden kann (vgl. Schubarth/Speck 2009).

Von einem derartigen wirtschaftlichen Niedergang sind insbesondere Regionen in den neuen Bundesländern betroffen, aber auch solche in den alten Bundesländern sind keineswegs vor wirtschaftlichem Ruin geschützt (z.B. südliche Westpfalz, Saarland, Regionen in Ostfriesland). Ein gewichtiger Hintergrund dieser Entwicklungen ist die sich seit Mitte der 1960er-Jahre in der Bundesrepublik Deutschland abzeichnende *Strukturkrise* sowie die damit einhergehende Regulations- und Kohäsionskrise (siehe hierzu z.B. Bohle u.a. 1997; Mansel u.a. 2006).

### **1. Krisenhafte Entwicklungen seit Mitte der 1960er-Jahre**

Auch wenn die krisenhaften Entwicklungen immer wieder von Erholungs- oder zumindest Konsolidierungsphasen unterbrochen werden – zuletzt war das im Jahr 2006 der Fall, als in den Medien und den Börsennachrichten von einer wieder „brummenden“ Wirtschaft gesprochen wurde; die aufkeimende Hoffnung und Euphorie wurden jedoch allzu schnell wieder von der Finanz- und Wirtschaftskrise eingeholt –, so zeichnet sich langfristig am Arbeitsmarkt keine Entspannung ab. Dadurch hat im Verlaufe der letzten Jahrzehnte bei Arbeitnehmern die Beschäftigungsunsicherheit allmählich, aber kontinuierlich zugenommen (vgl. Erlinghausen

2005a). Hintergrund sind *zum einen* die Labilisierung des Normalarbeitsverhältnisses und die Erosion der Normalerwerbsbiographie, denen zufolge Personen aufgrund von Veränderungen der Nachfrage nach spezifischen Qualifikationen am Arbeitsmarkt nicht mehr davon ausgehen können, ihr gesamtes Leben oder auch nur über längere biographische Abschnitte im erlernten Beruf tätig zu sein, sie sich also im Verlaufe ihres Erwerbslebens beruflich (gegebenenfalls mehrfach) umorientieren und in einem anderen als dem erlernten Beruf tätig werden müssen. Die Zahl der von Arbeitnehmerseite ungewollt vollzogenen Beschäftigungsveränderungen unterliegt zwar deutlichen Schwankungen, insgesamt lässt sich aber ein steigender Trend ausmachen<sup>1</sup>. Solche Übergangsphasen können zwar auch neue Chancen eröffnen, sind aber nicht selten mit einer beruflichen Dequalifizierung wie auch mit Unterbrechungen in Form von Arbeitslosigkeit verbunden. *Zum anderen* wurde durch die Technisierung und die Rationalisierung der Produktionsabläufe insbesondere im sekundären Produktionssektor das Arbeitsaufkommen, welches durch den Einsatz menschlicher Arbeitskraft zu erbringen ist, kontinuierlich reduziert. Nur ein Teil der damit wegbrechenden Arbeitsplätze konnte von dem expandierenden tertiären Produktionssektor (Dienstleistungsbereich) kompensiert werden<sup>2</sup>.

Auch wenn der Zerfall der Normalerwerbsbiographie sich in der Bundesrepublik Deutschland als ein eher schleicher Prozess darstellt, der sich in quantitativ ausgerichteten Untersuchungen zur Veränderung von unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen kaum widerspiegelt (vgl. Erlinghausen 2005b, S. 31 f.), so haben die damit verbundenen Entwicklungen dennoch dazu geführt, dass nur noch etwa zwei Drittel (zwischen 65 und 71 Prozent) der Erwerbspersonen in sicheren Beschäftigungsverhältnissen tätig sind (vgl. Brinkmann u.a. 2006, S. 34 f.). Demgegenüber scheinen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und bisher eher atypische Arbeitsformen in Form von Zeit- und Leiharbeit, geringfügiger Beschäftigung, Minijobs, Scheinselbstständigkeit, Erwerbsarbeit im Niedriglohnsektor oder in Ein-Euro-Jobs zunehmend zur Normalität zu werden. Es entwickelt sich also ein breites Feld der Erwerbsarbeit „unterhalb“ der regulären unbefristeten (und befristeten) Beschäftigungsverhältnisse, in dem Betroffene versuchen, sich einen Lebensunterhalt gegebenenfalls am Rande des Existenzminimums mehr

1 Sie stiegen von 1985 von 0.5 Mio. auf etwa eine Million Mitte der 1990er-Jahre an. Zwar reduzierte sich die Zahl danach zunächst nicht unerheblich, seit Anfang 2000 lässt sich jedoch wieder ein deutlicher Anstieg erkennen (vgl. Erlinghausen 2005a, S. 152 ff.).

2 Im Zeitraum von 1950 bis 1970 war noch annähernd die Hälfte der abhängig Beschäftigten im sekundären Produktionssektor tätig, nach 2000 ist es weniger als ein Drittel. Im tertiären Produktionssektor war 1950 etwa ein Drittel der abhängigen Erwerbspersonen beschäftigt, nach 2000 sind es fast zwei Drittel. Analog dazu sank im entsprechenden Zeitraum der Anteil der Erwerbstätigen in den unteren beruflichen Positionen und den kurzfristig kündbaren Beschäftigungsverhältnissen (Arbeiter) von etwa 50 Prozent auf 30 Prozent, während jener der Angestellten von etwa 16 Prozent auf über 50 Prozent anstieg (vgl. Hradil 2001, S. 133 ff.; Geißler 2002, S. 29 ff.; Datenreport 2006, S. 91 ff.).

oder minder kurzfristig zu sichern. Diese Prekarisierung geht für Betroffene jedoch nicht nur mit einem un stetigen und zumeist reduzierten Einkommen einher, sondern auch mit einer beruflichen und sozialen Verunsicherung infolge der drohenden Gefahr der Statuserosion und des sozialen Abstiegs bei Beschäftigungswechsel, mit Existenzgefährdung und dem Verlust von Hoffnung und Glauben an die Zukunft, mit Sinnkrisen und Kontrollverlust, mit Partizipationsblockaden und Anerkennungsdefiziten, mit Planungsunsicherheit auch für das Privatleben und dem Verlust von Sozialbeziehungen (am Arbeitsplatz). Prekarisierung macht die Betroffenen verwundbar und kann mit Beschädigungen des Selbstwertgefühls einhergehen (vgl. Bourdieu 1998; Dörre u.a. 2004).

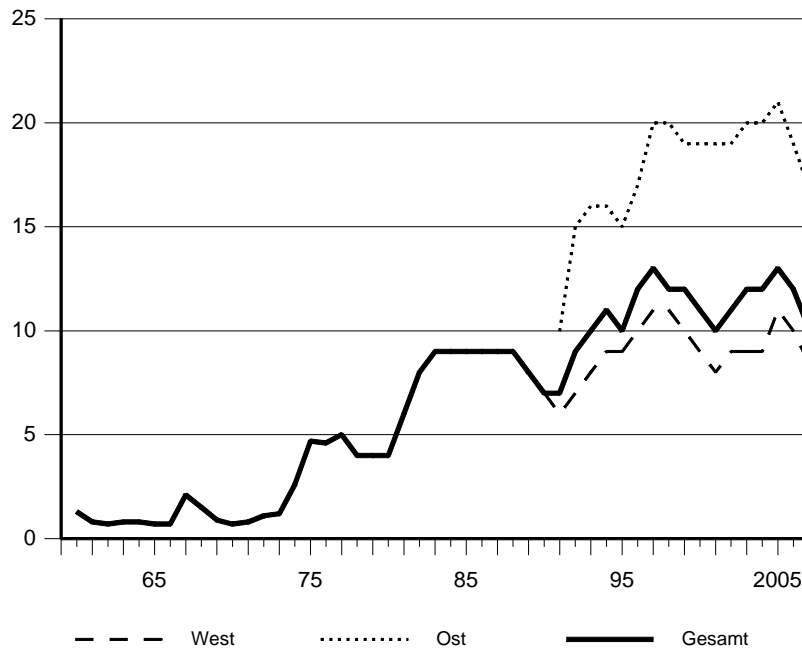
Das Risiko unfreiwilliger Mobilitätsprozesse erhöht sich zwar deutlich bei einem geringen Qualifikationsniveau der Beschäftigten, dennoch beschränken sich die Folgen der Prekarisierung keineswegs auf diesen Bevölkerungskreis. Der Zerfall der Normalerwerbsbiographie hat auch Folgen für jene, die bisher von der Prekarisierung verschont geblieben sind. Während wiederholte Phasen von Arbeitslosigkeit bei Betroffenen auch zu Gewöhnungseffekten und dazu führen können, dass man sich im Falle z.B. der erneuten Aufnahme einer befristeten Beschäftigung im Anschluss wieder auf eine Episode der Arbeitslosigkeit einstellt, so kann die Erfahrung, dass die eigene Tätigkeit von Zeit- oder Leiharbeitern verrichtet werden kann, auch bei Angehörigen der Stammebelegschaft eines Unternehmens verunsichernd wirken, Besorgnis und Ängste auslösen. Das Risiko von Arbeitslosigkeit oder des sozialen Abstiegs erzeugt zugleich auch bei Personen in festen Beschäftigungsverhältnissen eine disziplinierende Wirkung (z.B. sinkende Krankenstände), nicht zuletzt, weil die Unsicherheit den Wunsch nach Sicherheit verstärkt. Unsicherheit bleibt damit nicht auf die Ränder der Gesellschaft beschränkt, sondern wird verallgemeinert und betrifft potenziell die gesamte Bevölkerung (vgl. Hondrich 1998, S. 497 ff.; Dörre u.a. 2006, S. 85 ff.).

Insgesamt zeigt sich in den letzten Jahrzehnten ein deutlicher Zusammenhang zwischen den konjunkturellen Entwicklungen und der Beschäftigungssicherheit der Arbeitnehmer sowie ein deutlich negativer Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftswachstum und den Entlassungsquoten. Während sich in Krisenzeiten das Entlassungsrisiko erhöht, setzen Beschäftigte in Aufschwungsphasen auf verbesserte Mobilitätschancen und bessere Arbeitsmöglichkeiten (vgl. Erlinghausen 2005a, S. 153 ff.). Aufschwungsphasen sind jedoch nicht mit „Erholungsphasen“ für Arbeitnehmer gleichzusetzen, sondern sie können auch den Druck, sich beruflich abzusichern, erhöhen.

Die konjunkturellen Schwankungen, die damit einhergehenden krisenhaften Entwicklungen und die jeweiligen Folgen für die Arbeitnehmer lassen sich über die Zeit im Detail am ehesten an der Entwicklung der Arbeitslosenquoten nachvollziehen. Seit Mitte der 1960er-Jahre ist die Arbeitslosenquote in wellenförmigen Bewegungen

angestiegen. Zwar ist nach den jeweiligen Anstiegen in den anschließenden Konsolidierungsphasen die Arbeitslosenquote jeweils leicht zurückgegangen, pendelte sich jedoch kontinuierlich auf einem höheren Niveau ein und lag Ende der 1960er-Jahre bei ca. zwei Prozent, Ende der 1970er bei vier Prozent, Ende der 1980er bei acht Prozent und seit 2000 bei zehn Prozent (vgl. Abbildung 1). In den neuen Bundesländern überstieg die Arbeitslosenquote sogar zum Teil die 20-Prozent-Marke.

Abbildung 1: Entwicklung der Arbeitslosigkeit (in Prozent)



Quelle: Arbeitslosenquoten 1960 bis 2007; Bundesagentur für Arbeit (Sozialpolitik-aktuell.de); Zugriff: April 2009; Basis: abhängige zivile Erwerbspersonen.

Auch wenn die Zahl der registrierten Arbeitslosen nach 2006 von über fünf Mio. auf etwa 3.5 Mio. sank und während der Finanzkrise durch beschäftigungspolitische Maßnahmen wie Kurzarbeit etc. weitgehend stabil gehalten werden konnte, so musste in den vergangenen Dekaden dennoch eine wachsende Zahl von Personen im Verlaufe ihres Erwerbslebens über kürzere oder längere Perioden Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit hinnehmen. Von den zwischen 1939 und 1941 Geborenen, also jenen, die bis 1980 das vierzigste Lebensjahr erreicht hatten, waren „lediglich“ 21 Prozent der Männer und 14 Prozent der Frauen bis zu ihrem vier-

zigsten Lebensjahr mindestens einmal arbeitslos. Von den zwischen 1959 und 1961 Geborenen waren es bereits 48 Prozent der Männer und 54 Prozent der Frauen, die im Rahmen ihrer Erwerbsbiographie Phasen der Arbeitslosigkeit hinnehmen mussten. Je näher damit die Berufseinstiegsphase zeitlich bei den stärkeren Konjunkturreinbrüchen liegt, desto größer wird für die Betroffenen das Risiko, Episoden der Arbeitslosigkeit hinnehmen zu müssen (vgl. Dundler/Müller 2006, S. 3). Auch die Zahl derer, die Phasen von Langzeitarbeitslosigkeit ausgesetzt sind, die zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts über einen längeren Zeitraum auf staatliche Unterstützungsleistungen und damit auf „Hartz IV“ angewiesen sind, liegt bei den jüngeren Alterskohorten deutlich über der bei jenen Generationen, deren Erwerbsleben historisch betrachtet vorher begonnen hat (vgl. ebenda). Dauerte zu Beginn der 1980er-Jahre etwa bei jedem achten Arbeitslosen (12.9 Prozent) die Phase der Arbeitslosigkeit über ein Jahr, galt dies um die Jahrtausendwende für etwa jeden Dritten (2000: Anteil der Langzeitarbeitslosen in den alten Bundesländern 36.3 Prozent, neue Bundesländer 33.5 Prozent; IAB-Zahlenfibel). Zwar ging mit dem Rückgang der Arbeitslosenquote auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen zurück, ihr Anteil liegt aber auch aktuell noch bei einem Drittel der Arbeitslosen insgesamt (35.9 Prozent). Von den 1929 bis 1931 in den alten Bundesländern geborenen Männern erlebte ein knappes Viertel (23 Prozent) und von den 1939 bis 1941 Geborenen annähernd ein Drittel (30 Prozent) eine Arbeitslosigkeit von über einem Jahr. Von den nach 1949 Geborenen liegt der Anteil mit einer Arbeitslosigkeitsdauer von über zwei Jahren sogar bei fast drei Viertel (vgl. Dundler/Müller 2006, S. 4).

Obwohl viele der Betroffenen unverschuldet in die Arbeitslosigkeit geraten sind, z.B. weil der Betrieb, in dem sie arbeiteten, wegen mangelnder Rentabilität Konkurs anmelden musste, wird ihnen im öffentlichen Diskurs die Verantwortung an ihrem Arbeitsmarktschicksal (fehlende Kompetenzen und unzureichende Qualifikation) zugewiesen. Vor diesem Hintergrund ist zu vermuten, dass die hohen Arbeitslosenzahlen zumindest bis 2005 auf der subjektiven Ebene sowohl im Hinblick auf die berufliche Zukunft als auch die private Lebensführung zu erheblichen Ungewissheiten und Verunsicherungen nicht nur bei Betroffenen geführt haben.

Trotz der Strukturkrise und den damit einhergehenden Risiken für die Absicherung der Lebensgrundlagen der davon Betroffenen hat sich in den letzten Dekaden in der Bundesrepublik Deutschland eine enorme Reichtumsentwicklung vollzogen. Während sich auf der einen Seite der Anteil der Sozialhilfeempfänger seit den 1950er-Jahren bis zur Umstellung auf die „Hartz-IV“-Gesetzgebung fast versechsfachte und zunehmend mehr private Haushalte sich verschuldeten und Insolvenz anmelden mussten (vgl. Angele 2007, S. 156 ff.), ist auf der anderen Seite die Zahl jener Privathaushalte stark angestiegen, die ihre Lebensgrundlagen verbessern konnten, sozial aufgestiegen sind und teilweise enormes Kapital in Form von Geldvermögen, Le-

bensversicherungen, Immobilien etc. anzuhäufen wussten. Unter den dadurch sich vollziehenden Prozessen von sozialer Spaltung (siehe hierzu Mansel/Heitmeyer 2005; Rehberg 2006) erhöht sich der Druck auf jene Personen, die nicht aufgestiegen, sondern am unteren Ende der Sozialhierarchie verblieben sind. Sie scheinen bei der Gestaltung ihres Lebens versagt zu haben. Für sie verschärft sich – je rarer gesicherte Arbeitsverhältnisse werden – die Konkurrenz am Arbeitsmarkt. Auch wenn infolge der Entwicklungen am Arbeitsmarkt die Verunsicherung hinsichtlich des Beschäftigungsverhältnisses quer durch alle Sozialgruppen streut, so geraten insbesondere Personen in unterer Soziallage bzw. mit niedrigem beruflichem Status<sup>3</sup> unter Beweisnot, nicht die Kompetenzen erworben zu haben, die für den beruflichen Erfolg erforderlich sind. Dieser Vorwurf wird insbesondere jenen Personen gemacht, die in sozial benachteiligten Stadtteilen wohnen. Ihnen wird mangelnde Bildungsfähigkeit und Motivation unterstellt.

## 2. Verdichtung von (Arbeitsmarkt-)Prekarität und Armut im Raum

Sozial benachteiligte Wohngebiete – häufig auch als soziale Brennpunkte bezeichnet – entwickeln sich insbesondere dann, wenn sich in einer Region aufgrund der maroden Bausubstanz der Wohnanlagen und/oder der geringen Attraktivität des Wohnumfeldes zahlungskräftige Haushalte andere Unterkünfte suchen, die ihren Ansprüchen gerecht werden. Dadurch fallen die Mietpreise. Frei werdende Wohnungen werden dann von jenen Personen bzw. Haushalten bezogen, die sich aufgrund ihrer (veränderten) Einkommenssituation (z.B. infolge von Arbeitslosigkeit) veranlasst sehen, bei den Wohnkosten Geld einzusparen bzw. die von kommunalen Wohnungsämtern infolge der Abhängigkeit von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt dort untergebracht oder eingewiesen werden. Der Kreislauf setzt sich dadurch fort, dass weitere auf Distinktion (vgl. Bourdieu 1983) und sozialen Abstand (zu „Asozialen“) bedachte Familien das Wohngebiet verlassen.

Dadurch konzentrieren sich insbesondere in den am Stadtrand liegenden Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus aus den 1960er- und 1970er-Jahren, in

---

3 Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass Personen in unterer Soziallage im Vergleich zu jenen in mittlerer oder gehobener Lage trotz ihres vergleichsweise geringeren wirtschaftlichen und finanziellen, beruflichen und sozialen Erfolgs ökonomischen Effizienzkriterien wie Verwertbarkeit, Funktionsfähigkeit, Rentabilität, Nützlichkeit etc. eine höhere Bedeutung beimessen, in stärkerem Maße dazu tendieren, solche Bewertungsmaßstäbe auch auf den sozialen Alltag und die Lebenswelt zu übertragen, und diese bei der Bewertung von Personen oder Personengruppen heranziehen. Personen in unterer Soziallage entwickeln in stärkerem Maße ökonomistische Orientierungen als Personen, die eine erfolgreiche berufliche Karriere hinter sich haben (vgl. Mansel/Endrikat 2007).



ehemaligen Arbeitervierteln sowie in innerstädtischen Mischgebieten mit hohem Altbaubestand (vgl. Strohmeier 2004, 2006) zunehmend solche Personen bzw. Haushalte, die ohnehin von Armut bedroht sind: Dies sind

- Personen mit geringer allgemeiner Schulbildung bzw. fehlender beruflicher Ausbildung:
  - ▲ darunter insbesondere Personen mit Migrationshintergrund<sup>4</sup>,
  - ▲ kinderreiche Familien<sup>5</sup> sowie
  - ▲ allein (infolge von Scheidung) erziehende Mütter, die wegen der Betreuung der Kleinkinder (zunächst) nicht in das Erwerbsleben zurückkehren wollen oder können (vgl. z.B. Sopp 1994).

Die Ermittlung der Anzahl bzw. des Anteils (räumliche Konzentration) von Haushalten in einem Wohngebiet oder Stadtbezirk, die von Armut betroffen sind, hängt dabei maßgeblich von den Kriterien ab, die zur Bestimmung von Armutslagen herangezogen werden. Da Armut ein vielschichtiges und mehrere Facetten umfassendes Konzept ist, schwanken die von Armut betroffenen Haushalte je nach dem zugrunde gelegten Konzept nicht unerheblich. Welche Haushalte von Armut betroffen sind, kann davon abhängig gemacht werden, ob diese

- über die Mittel verfügen, um sich lebensnotwendige Güter (Ernährung, Kleidung, Wohnraum) zu beschaffen (absolute Armut)<sup>6</sup>,
- über einen bestimmten Anteil (50 Prozent oder 60 Prozent) des durchschnittlichen Einkommens bzw. des pro-Kopf-gewichteten Einkommens gemessen im Vergleich zu anderen Haushalten eines Landes bzw. Kulturkreises verfügen (relative Armut),
- ein Anrecht haben, staatliche Transferleistungen (früher Sozialhilfe; aktuell „Hartz IV“) zu beziehen<sup>7</sup>,

4 Ob für die geringe Quote des Erwerbs hochwertiger Schulabschlusszertifikate der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund die (fehlende) Sprachkompetenz (vgl. z.B. Baumert u.a. 2001, S. 394 f.) oder Prozesse der institutionellen Diskriminierung (z.B. Gomolla/Radtke 2002) ausschlaggebend sind, sei hier dahingestellt; zu einer Einschätzung siehe z.B. Mansel (2007) sowie Mansel/Spaiser (under review).

5 Kinderreiche Familien sind insofern vermehrt von Armut betroffen, als mit der Geburt eines Kindes das Nettoäquivalenzeinkommen durch eine weitere Person geteilt werden muss. Neben Arbeitslosigkeit und Scheidung stellt die Geburt eines (weiteren) Kindes den gewichtigsten Faktor dar, weshalb Haushalte unter das pro-Kopf-gewichtete Einkommensminimum „rutschen“ (vgl. Sopp 1994).

6 Auffassungen, dass es absolute Armut in der Bundesrepublik infolge der gesetzlichen Bestimmungen zum Recht auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nicht gäbe, verkennen, dass auch hierzulande Obdachlose und so genannte Straßenkinder existieren. Letztere z.B. können dieses Recht nur in Anspruch nehmen, wenn sie in die Heime oder die Elternhaushalte, in denen sie misshandelt oder vergewaltigt wurden, zurückkehren.

- ein gewisses Bildungsniveau, eine Wohnung mit einer der Personenanzahl angemessenen Fläche, mit akzeptabler Ausstattung (Bad, WC etc. ) und Qualität haben und über als lebensnotwendig erachtete Geräte (Waschmaschine etc.) verfügen (Lebenslagenansätze),
- über die Lebensqualität steigernde (Wohnung mit Balkon, einmal im Jahr in Urlaub fahren, den Kindergeburtstag ausrichten und feiern können) Güter verfügen (Deprivationsansätze) oder
- über die Güter verfügen, die die Betroffenen selbst als notwendig erachten, um z.B. bei Freunden und Bekannten (hinreichend) Anerkennung zu erfahren (subjektive Armut).

Unabhängig davon, welche Armutsdefinition herangezogen wird, gibt es Personen bzw. Haushalte, die nach allen der oben genannten Kriterien zur Bestimmung von Armutslagen als arm zu klassifizieren sind (siehe hierzu z.B. Klocke 1997; Andreß 2008). Der Anteil dieser Personen ist in den benachteiligten Stadtgebieten im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt überproportional hoch. Bei den Anwohnern häufen sich die Erfahrungen, dass nicht nur man selbst, sondern auch Bekannte, die Nachbarn und andere Bewohner des Stadtviertels von Arbeitslosigkeit und materieller Not betroffen sind. Hier scheinen sich Erfahrungen, dass man selbst kaum einen Einfluss auf den eigenen Werdegang, die beruflichen Chancen und das „Arbeitsmarktschicksal“ hat, zu verfestigen (vgl. Strohmeier/Bader 2004).

Betroffen sind vor allem die Jüngsten<sup>8</sup>, diejenigen, die in diesen Stadtvierteln (von Geburt an) aufwachsen. Durch die Biographie der Eltern gehören Arbeitslosigkeit und materielle Not zum Alltag. Staatliche Transferleistungen gehören für sie zur Sicherung der Lebensgrundlagen dazu. Perspektivlosigkeit, Apathie und Resignation angesichts übermächtiger staatlicher Reglementierung sind für sie alltäglich spürbar und werden dadurch für sie zur Normalität. Der Mangel an ökonomischem, aber auch an kulturellem und sozialem Kapital der Eltern (vgl. Bourdieu 1983) und die Lebensbedingungen im unmittelbaren Lebensumfeld tragen dazu bei, dass die Kinder sich nicht die Kompetenzen aneignen können, die für eine erfolgreiche schulische und berufliche Karriere Voraussetzung sind.

---

7 In einschlägigen Studien wird davon ausgegangen, dass etwa lediglich die Hälfte der Personen bzw. Haushalte, die über dieses Anrecht verfügen, auch davon Gebrauch macht, während die andere Hälfte aufgrund von Schamgefühlen oder Befürchtungen von Diskriminierung davon Abstand nimmt.

8 Waren bis in die 1960er-Jahre hinein vor allem Ältere von Armut betroffen und (infolge ausgebliebener oder unzureichender Rentenzahlungen vor oder während des 2. Weltkrieges) auf den Bezug von staatlichen Transferleistungen angewiesen, sind es seit den 1990er-Jahren vor allem Kinder und Jugendliche (siehe hierzu und zu den Folgen z.B. Mansel/Neubauer 1998; Mansel/Brinkhoff 1998; Klocke/Hurrelmann 1998).

Dass Kinder aus sozial weniger privilegierten Familien seltener ein hochwertiges Schulabschlusszertifikat erwerben, ist seit langem ein fester, aber zeitweise vergessener Bestandteil der soziologischen Forschung, wurde aber unlängst über die PISA-Studien nochmals eindrücklich vor Augen geführt (vgl. Baumert u.a. 2002). Auf der Basis ihrer insbesondere im Ruhrgebiet durchgeführten Regionalstudien können Strohmeier und seine Mitarbeiter(innen) (2003; 2004; 2006, S. 39; 2008) nachweisen, dass die Übergangsquote ins Gymnasium bei Schülerinnen und Schülern aus sozial privilegierten Stadtteilen bei über 80 Prozent liegt, während dies aus benachteiligten Stadtgebieten nur einer kleinen Minderheit von teilweise unter zehn Prozent gelingt<sup>9</sup>.

Nicht nur die weniger qualifizierten Schulabschlüsse, die Jugendliche aus benachteiligten Stadtbezirken erwerben, sondern auch das Stigma, welches den dort lebenden und aufwachsenden Personen zugeschrieben wird (sie selbst oder die Eltern seien arbeitsscheu, alkoholabhängig, gewalttätig etc.), dürften dazu beitragen, dass diese Jugendliche nach Vollendung der Pflichtschulzeit auf dem Arbeitsmarkt geringere Chancen haben und es ihnen nur selten gelingt, beim Statusübergang von der Schule in den Beruf eine (ihren Ansprüchen angemessene) Ausbildungsstelle oder einen entsprechenden Ausbildungsplatz zu finden. Reduzierte Lebenschancen sind damit strukturell vorproduziert. Jugendliche aus diesen Stadtvierteln sind scheinbar zur Chancenlosigkeit verdammt (vgl. Dangschat 1996). Aufgrund der häufig (von politischer Seite möglicherweise bewusst so eingepflanzten) fehlenden infrastrukturellen Anbindung von Großraumsiedlungen an den Stadtkern (vgl. Baum 1998) haben die dort ansässigen Jugendlichen auch nur verminderte Chancen, mit jenen Jugendlichen in Kontakt zu treten, die ihre Zukunft vergleichsweise optimistisch sehen und die noch hoffen, ihr Leben, ihr Dasein und ihren Werdegang im Sinne eines die Realität produktiv-verarbeitenden Subjekts (siehe hierzu Hurrelmann 2002; Mansel/Hurrelmann 2003) in die Hand nehmen zu können.

### 3. Folgen der Segregation

Die Frage ist, welche weiteren sozialen Folgen die räumliche Verdichtung der Beschäftigung in prekären Arbeitsverhältnissen, die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und Armut in städtischen Quartieren für die dort ansässigen erwachsenen Personen sowie für die dort aufwachsenden Kinder und Jugendlichen nach sich zieht. Welche

<sup>9</sup> Der jeweilige regionale Kontext (und soziale Hintergrund der Eltern) dürfte wahrscheinlich auch für den Sachverhalt verantwortlich sein, dass in den großen Schulvergleichsuntersuchungen ermittelt wird, dass der Anteil der Schulempfehlungen der jeweiligen Grundschulen für die verschiedenen weiterführenden Schultypen primär davon abhängt, welche Einzelschule die jeweiligen Kinder besuchen (siehe hierzu Lehmann u.a. 1999, S. 148 ff.).

Konsequenzen hat dies z.B. für das Wohlbefinden, das Verhalten, die Einstellungen der davon unmittelbar oder indirekt Betroffenen und/oder das friedliche Zusammenleben von unterschiedlichen (sozialen) Bevölkerungsgruppen?

Aus der Perspektive der Theorie des sozialen Vergleichs sowie der relativen Deprivation könnte in dieser Hinsicht davon ausgegangen werden, dass die Tatsache, dass es in den segregierten Stadtvierteln der Mehrheit der Personen im unmittelbaren Nahumfeld wirtschaftlich und finanziell genauso schlecht oder sogar noch schlechter geht, in geringerem Maße Deprivationsempfindungen bei den Betroffenen auslöst als in den Fällen, in welchen sich Personen mit sozial besser situierten Personen vergleichen (müssen). In diesem Sinne könnte auch aus einer konfliktsoziologischen Perspektive davon ausgegangen werden, dass die vergleichbar schlechten Lebensverhältnisse zu Solidarisierungseffekten der Anwohner einer Region führen und von daher eher konflikthemmende und positiv integrierende Wirkungen entfalten.

Empirische Untersuchungen zeigen jedoch, dass Armut und Arbeitslosigkeit keine sozialen Beziehungen und/oder Gemeinschaftsgefühle stiften. Im Gegenteil: Personen aus dem unteren Einkommensbereich haben nicht nur weniger Bekannte und Freunde (vgl. Andreß u.a. 1995). Aus der Arbeitslosenforschung ist bekannt, dass Personen, die ihre Arbeit verloren haben, nur noch Kontakt zu Personen mit ähnlichem „Schicksal“ aufrechterhalten, sich aber ansonsten zunehmend aus den sozialen Netzwerken zurückziehen und sozial isolieren (vgl. Kronauer u.a. 1993; Andreß 1999). Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass in sozial benachteiligten Stadtvierteln auch die *Kohäsionskrise* (vgl. Bohle u.a. 1997) in besonderem Maße ihre Wirkungen zeigt.

Die wahrgenommene Beschränkung der individuellen Handlungsmöglichkeiten sowie die Erfahrung, dass man durch eigenes Handeln sowohl im Hinblick auf das eigene Leben wie auch bezogen auf die Wohnqualität und das Zusammenleben von Menschen nur wenig zu ändern vermag, führen in diesen Stadtteilen zu starken Gefühlen von politischer Machtlosigkeit: Man selbst kann nichts ändern, und die Politiker handeln am Wohl der kleinen Leute vorbei; sie interessieren sich nicht für die Probleme des kleinen Mannes. Es verwundert daher nicht, dass bei Kommunalwahlen bis zu drei Viertel der Anwohner aus segregierten Stadtvierteln nicht mehr zur Wahl gehen (vgl. Strohmeier/Kersting 2003, S. 236). Auch die *Regulationskrise* „schlägt“ damit bei Anwohnern in segregierten Stadtvierteln in besonderem Maße „durch“.

Im Unterschied zu den aus der Perspektive der Theorie des sozialen Vergleichs sowie der relativen Deprivation abgeleiteten Schlussfolgerungen kann deshalb auf der anderen Seite davon ausgegangen werden, dass eine Verdichtung des Problemdrucks weitere desintegrierende Konsequenzen nach sich zieht. So können z.B. die objektive oder die subjektiv wahrgenommene arbeitsmarktbezogene Prekarität der

Anwohner in segregierten Stadtvierteln, die erlebte Deprivation und die erfahrene Benachteiligung gegenüber Anwohnern aus anderen Stadtquartieren dazu führen, dass zentrale Prinzipien des sozialen Miteinanders (Gerechtigkeit, Fairness) und zentrale Mechanismen des Ausgleichs konfligierender Interessenlagen verschiedener Bevölkerungsgruppen als nicht mehr wirkmächtig wahrgenommen werden. Diese Personen vertreten dann aufgrund ihrer gesellschaftlich marginalen Position oft die Auffassung, auf politische Entscheidungen weder als Einzelpersonen noch als Kollektiv der Anwohner eines Stadtbezirkes Einfluss zu haben; sie denken, dass die Entscheidungsträger ihre missliche Lage bei der Gestaltung des sozialpolitischen Raums nicht im Blick haben bzw. bei der Entscheidungsfindung nicht berücksichtigen (als Risiken auf der Ebene der kommunikativ-interaktiven Sozialintegration; zu den unterschiedlichen Dimensionen von Desintegration siehe Anhut/Heitmeyer 2000, 2005; Anhut 2002 sowie den Beitrag von Mansel/Legge/Heitmeyer in diesem Heft). Des Weiteren wurde bereits dargelegt, dass Armut und die prekäre Situation der Anwohner segregierter Stadtviertel am Arbeitsmarkt zu einem Rückzug aus Freundschaftsbeziehungen und Bekanntenkreisen führen und Betroffene sich sozial isolieren. Je mehr Personen in einer Region in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig oder von Arbeitslosigkeit betroffen sind, desto stärker wächst damit auch das Risiko, dass sich funktionierende Netzwerke und Systeme sozialer Unterstützung auflösen (Risiken für die kulturell-expressive Sozialintegration). So konnte z.B. gezeigt werden, dass das durchschnittlich seitens der Anwohner einer Region subjektiv erlebte Ausmaß an Desintegration weitere Folgen hat und z.B. mit dem Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit der Einzelpersonen in einem Zusammenhang steht (vgl. Mansel/Reinecke 2008).

Im Fokus dieses DfK-Schwerpunktheftes stehen die Folgen des Lebens in segregierten Stadtteilen, dies vor allem im Hinblick auf Gesundheit, Gewaltverhalten und die Abwertung von Angehörigen schwacher Gruppen. Inwiefern stehen Prekarität, Armut und Tendenzen von Segregation, die Bewohner in wirtschaftlich „abgehängten“ Stadtteilen oder „abwärtsdriftenden“ Regionen erleben, in einem Zusammenhang mit einerseits eher interiorisierenden Formen der Belastungsregulation, also mit Rückzugsverhalten, Resignation und/oder Beeinträchtigungen des psychosozialen und gesundheitlichen Wohlbefindens, und andererseits mit einem eher exteriorisierenden Problemverhalten, z.B. mit der Abwertung von Angehörigen von Fremdgruppen, Gewaltbilligung, Gewaltbereitschaft, Diskriminierung und tatsächlich vollzogenen Gewalthandlungen. Welche Interventionspolitiken müssen entwickelt werden, wenn bisher greifende Mechanismen der Konfliktregulierung nicht mehr wirken?

In segregierten Stadtvierteln werden bei bis zu 80 Prozent der Kinder in Schuleingangsuntersuchungen gesundheitliche Beeinträchtigungen festgestellt, während dieser Anteil in besser situierten Stadtvierteln teils bei unter 15 Prozent (vgl. Stroh-

meier 2008, S. 496 ff.) liegt. Vor diesem Hintergrund diskutieren *Uwe H. Bittlingmeyer, Ulrich Bauer, Matthias Richter und Diana Sabrai* in ihrem Beitrag, inwiefern sich der Gesundheitszustand von Bewohnern eines Stadtviertels und die Hintergründe gesundheitlicher Beeinträchtigungen durch die Kombination zweier unterschiedlicher Forschungsansätze – des Setting-Ansatzes und der Sozialepidemiologie – besser erfassen lassen und inwiefern sich beide Ansätze gegenseitig befruchten.

Gewalt von und unter Jugendlichen ist ein verstärkt in der Öffentlichkeit thematisiertes und in der Forschung untersuchtes Phänomen. *Dirk Baier und Susann Rabold* weisen auf Basis ihrer Untersuchungen in Hannover (Vollerhebung bei Schülerinnen und Schülern in der neunten Jahrgangsstufe) nach, dass nicht nur die Bereitschaft zur Gewalt, sondern auch tatsächliches Gewalthandeln bei Jugendlichen aus „schlechten“, desorganisierten Stadtteilen gegenüber Jugendlichen aus „guten“ Stadtteilen stark erhöht ist. Die Autoren können dabei zeigen, dass das höhere Gewaltpotenzial dieser Jugendlichen größtenteils den schlechteren Lebensbedingungen vor Ort geschuldet ist.

Wenn die Prognose von Herwig Birg (1998; Birg u.a. 1998) stimmt – und daran bestehen kaum Zweifel –, dass der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (insbesondere in einigen Großstädten des Ruhrgebiets absehbar auf über 50 Prozent) ansteigen wird und die bundesdeutsche Gesellschaft zunehmend zu einer Multiminoritätengesellschaft wird, ist davon auszugehen, dass sich das Konfliktpotenzial zwischen den ethnischen Bevölkerungsgruppen sowie zwischen einheimischen und zugewanderten Personengruppen verschärft. Dies dürfte in segregierten Stadtvierteln verstärkt der Fall sein, weil Zuwanderer von den dort stark überproportional beruflich gering qualifizierten Personen auf dem Arbeitsmarkt eher als Konkurrenten wahrgenommen werden. Vor diesem Hintergrund untersuchen *Jürgen Mansel, Sandra Legge und Wilhelm Heitmeyer* unter anderem das Konfliktpotenzial zwischen Deutschen und Zuwanderern anhand der Verbreitung von Vorurteilen und Ressentiments gegenüber Angehörigen schwacher Gruppen und setzen diese Befunde in einen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Prosperität von Kommunen und Regionen. Es lässt sich zeigen, dass das Desintegrationsniveau in wirtschaftlich „abwärtsdriftenden“ gegenüber prosperierenden Gebieten stark erhöht ist. Mithilfe von Mehrebenen-Analysen wird geprüft, ob die stärkere Abwertung allein auf der höheren individuellen Desintegration basiert oder ob darüber hinaus ein Effekt der Wirtschaftsstärke einer Region nachzuweisen ist.

Nicht erst die in den Einzelbeiträgen dieses Schwerpunkthefts herausgearbeiteten Folgen des Lebens in segregierten Stadtvierteln, sondern bereits die vorgefundenen Lebensbedingungen der dort lebenden Anwohner selbst machen deutlich, dass es sich bei Entwicklung und Entstehung solcher Stadtviertel um ein Problem handelt, das von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung ist. Die Probleme in diesen euphemistisch als „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ bezeichneten

Stadtquartieren entstehen dadurch, dass sich die Anwohnerschaft zum Teil über den Weg der Belegung mit bzw. Einweisung von sozial Bedürftigen durch die kommunalen Behörden rekrutiert. Sie können gerade deshalb als hausgemacht betrachtet werden. Um problematische Entwicklungen in den Griff zu bekommen und die gesamtgesellschaftlich relevanten Problemlagen in einer produktiven Form zu bewältigen, sind die Kommunen allein jedoch hoffnungslos überfordert. Gefragt ist ein vernetztes Agieren politischer Akteure auf unterschiedlichen Ebenen, durch welches die Rahmenbedingungen kommunalen Handelns verbessert werden können. Gefragt sind eine Bildungsoffensive und eine Beschäftigungsoffensive, von denen auch die Anwohner segregierter Stadtviertel profitieren können, sowie insbesondere eine Veränderung der infrastrukturellen Bedingungen (vgl. Strohmeier/Kersting 2003, S. 239 ff., Hanesch 2001). Gefragt sind vor allem solche Projekte, die von Anwohnern mitinitiiert und mitgetragen werden, die ihnen auch einen unmittelbaren Nutzeffekt bescheren, damit die häufig in dieser Hinsicht desillusionierten Personen (wieder) lernen, dass sich individuelles sowie kollektives Engagement lohnen. Vor diesem Hintergrund setzt sich MdB *Wolfgang Spanier* mit den Bedingungen auseinander, die einen erfolgreichen Verlauf solcher Projekte begünstigen oder eher unwahrscheinlich machen.

## Literatur

- Andrefß, Hans-Jürgen (1999): *Leben in Armut. Eine Untersuchung der Versorgungsstrategien armer Haushalte auf der Basis von Umfragedaten*, Opladen.
- Andrefß, Hans-Jürgen/Lipsmeier, Gerd/Salentin, Kurt (1995): Soziale Isolation und mangelnde soziale Unterstützung im unteren Einkommensbereich. Vergleichende Analysen mit Umfragedaten, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 24 (4), S. 300-315.
- Andrefß, Hans-Jürgen (2008): *Lebensstandard und Armut – ein Messmodell*, in: Groenemeyer, Axel/Wieseler, Silvia (Hrsg.): *Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle. Realitäten, Repräsentationen und Politik*, Wiesbaden, S. 473-488.
- Angele, Jürgen (2007): *Gründungen, Stilllegungen und Insolvenzen in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung von Kleinunternehmen und Privatpersonen. Zahlen und Fakten auf der Basis der Gewerbeanzeigen- und Insolvenzstatistik sowie ein Ausblick auf die Basisstatistik zur Überschuldung privater Haushalte*, in: Mansel, Jürgen/Kahlert, Heike (Hrsg.): *Arbeit und Identität im Jugendalter. Die Auswirkungen der gesellschaftlichen Strukturkrise auf Sozialisation*, Weinheim/München, S. 149-162.
- Anhut, Reimund (2002): *Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie*, in: Bohnacker, Thomas (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*, Opladen, S. 381-407.
- Anhut, Reimund/Heitmeyer, Wilhelm (2000): *Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption*, in: Heitmeyer, W./Anhut, R. (Hrsg.): *Bedrohte Stadtgesellschaften. Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktdimensionen*, Weinheim, S. 17-75.

- Anhut, Reimund/Heitmeyer, Wilhelm (2005): Desintegration, Anerkennungsbilanzen und die Rolle sozialer Vergleichsprozesse, in: Heitmeyer, W./Imbusch, P. (Hrsg.): Integrationspotentiale einer modernen Gesellschaft, Wiesbaden, S. 75-100.
- Baum, Detlef (1998): Armut durch die Stadt oder Urbanisierung der Armut. Städtische Jugend im Sozialen Brennpunkt – Bedingungen und Folgen räumlicher und sozialer Segregation in einem städtischen Kontext, in: Mansel, Jürgen/Brinkhoff, Klaus-Peter (Hrsg.) (1998): Armut im Jugendalter. Soziale Ungleichheit, Gettoisierung und psychosoziale Folgen, Weinheim/München, S. 60-73.
- Baumert, Jürgen, und andere (Hrsg.) (2001): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen.
- Baumert, Jürgen/Artelt, Cordula/Klieme, Eckhard/Neubrand, Michael/Prenzel, Manfred/Schiefele, Ulrich/Schneider, Wolfgang/Tillmann, Klaus-Jürgen/Weiß, Manfred (Hrsg.) (2002): PISA 2000. Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Opladen.
- Birg, Herwig (1998): Demographisches Wissen und politische Verantwortung. Überlegungen zur Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 23 (3), S. 221-251.
- Birg, Herwig/Föthmann E.-J./Frein, Thomas/Ströker, Karin (1998): Simulationsrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in den alten und neuen Bundesländern im 21. Jahrhundert, Bielefeld (Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik [IBS] der Universität Bielefeld).
- Blasius, Jörg/Friedrichs, Jürgen/Klößner, Jennifer (2008): Doppelt benachteiligt. Leben in einem deutsch-türkischen Stadtteil, Wiesbaden.
- Bohle, Hans Hartwig/Heitmeyer, Wilhelm/Kühnel, Wolfgang/Sander, Uwe (1997): Anomie in der modernen Gesellschaft: Bestandsaufnahme und Kritik eines klassischen Ansatzes soziologischer Analyse, in: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Was treibt die Gesellschaft auseinander?, Frankfurt a.M., S. 29-65.
- Bourdieu, Pierre (1983): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1998): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz.
- Brinkmann, Ulrich/Dörre, Klaus/Röbennack, Stephan (2006): Prekäre Arbeit – Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, Bonn.
- Dangschat, Jens (1996): Du hast keine Chance, also nutze sie! Arme Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtgebieten, in: Mansel, Jürgen/Klocke, Andreas (Hrsg.): Die Jugend von heute. Selbstanspruch, Stigma und Wirklichkeit, Weinheim/München, S. 152-173.
- Dörre, Klaus/Kraemer, Klaus/Speidel, Frederic (2006): Prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Ursache von sozialer Desintegration und Rechtsextremismus, in: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Forschungsverbund Desintegrationsprozesse – Stärkung von Integrationspotentialen einer modernen Gesellschaft, Universität Bielefeld, S. 71-102.
- Dörre, Klaus/Kraemer, Klaus/Speidel, Frederic (2004): Marktsteuerung und Prekarisierung von Arbeit – Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen?, in: Bischoff, J./Dörre, K./Gauthier, E. (Hrsg.): Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, Hamburg, S. 77-118.
- Dundler, Agnes/Müller, Dana (2006): Erwerbsverläufe im Wandel. Ein Leben ohne Arbeitslosigkeit – nur noch eine Fiktion? IAB-Kurzbericht, Ausgabe 27 vom 22.12.2006.



- Erlinghagen, Marcel (2005a): Entlassungen und Beschäftigungssicherheit im Zeitverlauf. Zur Entwicklung unfreiwilliger Arbeitsmarktmobilität in Deutschland, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 34 (2), S. 147-167.
- Erlinghagen, Marcel (2005b): Die mobile Arbeitsgesellschaft und ihre Grenzen. Zum Zusammenhang von Arbeitsmarktflexibilität, Regulierung und sozialer Sicherung, in: Kronauer, M./Linne, G. (Hrsg.): *Flexicurity. Die Suche nach der Sicherheit in der Flexibilität*, Berlin, S. 31-52.
- Flecker, Jörg/Krenn, Manfred (2004): Abstiegsängste, verletztes Gerechtigkeitsempfinden und Ohnmachtsgefühle – zur Wahrnehmung und Verarbeitung zunehmender Unsicherheit und Ungleichheit in der Arbeitswelt, in: Zilian, Howard G. (Hrsg.): *Insider und Outsider*, München.
- Geißler, Reiner (2002): *Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung*, Opladen.
- Gomolla, Mechthild/Radtke, Frank Olaf (2002): *Institutionelle Diskriminierung. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule*, Opladen.
- Hanesch, Walter (2001): Armut und Integration in den Kommunen, in: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, 40 (1), S. 27-47.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002): *Deutsche Zustände. Folge 1*, Frankfurt a.M.
- Hondrich, Karl Otto (1998): Vom Wert der Arbeit – und der Arbeitslosigkeit, in: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 1 (4), S. 493-500.
- Hradil, Stefan (2001): *Soziale Ungleichheit in Deutschland*, Opladen.
- Hüpping, Sandra/Reinecke, Jost (2007): Abwärtsdriftende Regionen. Die Bedeutung sozioökonomischer Entwicklungen für Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Heitmeyer, W. (Hrsg.): *Deutsche Zustände. Folge 5*, Frankfurt a.M., S. 77-101.
- Hurrelmann, Klaus (2002): *Einführung in die Sozialisationstheorie*, Weinheim.
- Klocke, Andreas (2000): Methoden der Armutsmessung. Einkommens-, Unterversorgungs- und Deprivationskonzept im Vergleich, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 29 (4), S. 313-329.
- Klocke, Andreas/Hurrelmann, Klaus (1998): *Kinder und Jugendliche in Armut*, Opladen.
- Kronauer, Martin/Vogel, Berthold/Gerlach, Frank (1993): *Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung*, Frankfurt a.M.
- Lehmann, R.H./Gänsfuß, R./Peek, R. (1999): *Aspekte der Lernausgangslage und der Lernentwicklung von Schülerinnen und Schülern an Hamburger Schulen, Klassenstufe 7*, Hamburg (Behörde für Schule, Jugend und Berufsausbildung, Amt für Schule).
- Mansel, Jürgen (2007): Ausbleibende Bildungserfolge der Nachkommen von Migranten, in: Haring, Marius/Rohlf, Carsten/Palantien, Christian (Hrsg.): *Perspektiven der Bildung. Kinder und Jugendliche in formellen, nicht-formellen und informellen Bildungsprozessen*, Wiesbaden, S. 99-116.
- Mansel, Jürgen/Brinkhoff, Klaus-Peter (Hrsg.) (1998): *Armut im Jugendalter. Soziale Ungleichheit, Gettoisierung und psychosoziale Folgen*, Weinheim/München.
- Mansel, Jürgen/Neubauer, Georg (Hrsg.) (1998): *Armut und soziale Ungleichheit im Kindesalter*, Opladen.

- Mansel, Jürgen/Hurrelmann, Klaus (2003): Jugendforschung und Sozialisationstheorie. Über Möglichkeiten und Grenzen der Lebensgestaltung im Jugendalter, in: Mansel, Jürgen/Griese, Hartmut M./Scherr, Albert (Hrsg.): Theoriedefizite der Jugendforschung. Standortbestimmung und Perspektiven, Weinheim/München, S. 75-90.
- Mansel, Jürgen/Heitmeyer, Wilhelm (2005): Soziale Spaltung. Auswirkungen auf das Zusammenleben, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 3, Frankfurt a.M., S. 39-72.
- Mansel, Jürgen/Endrikat, Kirsten/Hüpping, Sandra (2006): Krisenfolgen. Soziale Abstiegsängste fördern feindselige Mentalitäten, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 4, Frankfurt a.M., S. 39-66.
- Mansel, Jürgen/Endrikat, Kirsten (2007): Die Abwertung von „Überflüssigen“ und „Nutzlosen“ als Folge der Ökonomisierung der Lebenswelt. Langzeitarbeitslose, Behinderte und Obdachlose als Störfaktor, in: Soziale Probleme, 18 (2), S. 163-185.
- Mansel, Jürgen/Reinecke, Jost (2008): Gefühlte Deintegrationszonen – Kontexteffekte für die Abwertung schwacher Gruppen, in: Groenemeyer, Axel/Wieseler, Silvia (Hrsg.): Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle. Realitäten, Repräsentationen und Politik, Wiesbaden, S. 527-551.
- Mansel, Jürgen/Spaiser, Viktoria (under review): Hintergründe von Bildungserfolgen und Misserfolgen junger Migrantinnen und Migranten.
- Rehberg, Karl Siegbert (2006): Die unsichtbare Klassengesellschaft, in: Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.): Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede, Frankfurt a.M., S. 19-38.
- Schubarth, Wilfried/Speck, Karsten (2009): Regionale Abwanderung Jugendlicher. Theoretische Analysen, empirische Befunde und politische Gegenstrategien, Weinheim/München.
- Sopp, Peter (1994): Das Ende der Zwei-Drittel-Gesellschaft? Zur Einkommensmobilität in Westdeutschland, in: Zwick, Michael M. (Hrsg.): Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland, Frankfurt a.M./New York, S. 47-74.
- Strohmeier, Klaus Peter (2002): Bevölkerungsentwicklung und Sozialraumstruktur im Ruhrgebiet, Essen (Reihe Demografischer Wandel der Projekt Ruhr GmbH).
- Strohmeier, Klaus Peter/Kersting, Volker (2003): Segregierte Armut in der Stadtgesellschaft. Problemstrukturen und Handlungskonzepte im Stadtteil, in: Informationen zur Raumentwicklung, (3/4), S. 231-246.
- Strohmeier, Klaus Peter/Bader, Silvia (2004): Bevölkerungsrückgang, Segregation und soziale Stadterneuerung im altindustriellen Ballungsraum, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 43 (1), S. 51-68.
- Strohmeier, Klaus Peter, unter Mitarbeit von Alic, Safet (2006): Segregation in den Städten, Bonn (Friedrich Ebert Stiftung).
- Strohmeier, Klaus Peter (2008): Unterstadt – für wen ist Segregation gefährlich, in: Groenemeyer, Axel/Wieseler, Silvia (Hrsg.): Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle. Realitäten, Repräsentationen und Politik, Wiesbaden, S. 488-501.

Uwe H. Bittlingmayer, Ullrich Bauer, Matthias Richter und Diana Sahrai

## Die Über- und Unterschätzung von Raum in Public Health

### Überlegungen zur räumlichen Dimension gesundheitlicher Ungleichheiten

**Zusammenfassung:** Raum gilt als wichtiges Thema, wenn es um das Verhältnis zwischen Ungleichheit und Gesundheit in der Public-Health-Forschung geht. Der Beitrag sucht die Annäherung an dieses Verhältnis aus zwei raumbezogenen Perspektiven – innerhalb des Setting-Ansatzes und innerhalb der Forschung zur gesundheitlichen Ungleichheit. Im Setting-Ansatz stehen die jeweiligen Lebenswelten und Lebensräume sowie deren Gestaltbarkeit im Mittelpunkt, in der sozialegpidemiologischen gesundheitlichen Ungleichheitsforschung zeigen Studien die starken passiven und aktiven Implikationen von Raum. Anhand der Darstellung und des Vergleiches beider Dimensionen entfaltet der Beitrag die These, dass subjektive Aneignungs- und Konstruktionsleistungen von Raum im Setting-Ansatz tendenziell überschätzt und in der gesundheitlichen Ungleichheitsforschung unterschätzt werden. Das abschließende Plädoyer verweist auf eine stärkere Integration der beiden räumlichen Bezugspunkte.

Das Verhältnis zwischen Gesundheit, sozialer Ungleichheit und Raum ist so voraussetzungsreich, dass ein einziger Beitrag das Thema natürlich nicht vollständig durchdringen kann. Der vorliegende Beitrag nähert sich diesem Verhältnis aus einer vorrangig gesundheitswissenschaftlichen Perspektive. Hier wurde die räumliche Dimension bislang eher als Feld für *gesundheitsbezogene Interventionen*, ähnlich dem Sozialraumkonzept in der Sozialen Arbeit oder der Sozialpädagogik, in den Blick genommen (vgl. etwa Naidoo/Wills 2003, S. 256-322). Erst in den letzten Jahren und sehr allmählich wandte sich die Aufmerksamkeit der deutschen Public-Health-Forschung in einem anderen Kontext der räumlichen Dimension zu (vgl. Mielck 2008). So wird im Zuge der *Forschung über sozial bedingte gesundheitliche Ungleichheit* auch hierzulande immer häufiger auf räumliche Bezüge hingewiesen. Während aus der internationalen Forschung inzwischen unzählige Belege für einen Zusammenhang zwischen Raum (z.B. sozial benachteiligten Stadtvierteln

oder größeren Einheiten) und verschiedenen gesundheitsbezogenen *Outcomes* vorgelegt wurden (vgl. Diez-Roux 2001; van Lenthe 2006), ist die Datenlage in Deutschland nach wie vor sehr dürftig. Eine der wenigen Studien mit aussagekräftigen Befunden auf Stadtteilebene liegt aus Berlin vor (vgl. Meinschmidt 2008). Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Lebenserwartung in Stadtteilen mit hoher von jener in Stadtteilen mit niedriger Arbeitslosenquote um mehr als zwei Jahre unterscheidet. Dragano (2007) konnte für Bochum, Essen und Mühlheim weiter aufzeigen, dass das Risiko für gesundheitsschädigende Verhaltensweisen und Übergewicht auch unter Kontrolle individueller Merkmale mit steigender Benachteiligung des Stadtteils (gemessen über die Arbeitslosenquote) deutlich ansteigt.

In diesem Beitrag sollen beide Perspektiven auf Raum, die des so genannten Settings-Ansatzes und jene aus der gesundheitlichen Ungleichheitsforschung, dargestellt und miteinander verglichen werden. Dabei werden wir die These zu entfalten suchen, dass die subjektiven Aneignungs- und Konstruktionsleistungen von Raum im Setting-Ansatz tendenziell überschätzt und in der sozialepidemiologischen gesundheitlichen Ungleichheitsforschung tendenziell unterschätzt werden. Hierzu werden wir in einem ersten Schritt die Raumbezüge des Setting-Ansatzes näher bestimmen und sein Verhältnis zu Sozialraumkonzepten aus der Sozialpädagogik und Sozialen Arbeit ausloten (I.). In einem zweiten Schritt wird die Forschung zur gesundheitlichen Ungleichheit dargestellt und auf ihre immanenten und expliziten Raumbezüge hin untersucht (II.). Wir schließen mit einem Plädoyer, beide Perspektiven integrativer zu handhaben und insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeiten und Grenzen gesundheitsbezogener Interventionen stärker aufeinander zu beziehen. Es sei noch vorweggeschickt, dass im Folgenden die Binnendifferenzen der Argumentationsmuster in den sozialepidemiologischen und setting-orientierten Untersuchungen und Arbeiten teilweise ausgeblendet werden. Insofern steckt ein bewusst in Kauf genommenes Maß an „Über-treibung“ in der Gegenüberstellung von Sozialepidemiologie und Setting-Ansatz. Wir glauben allerdings, dass auch eine differenziertere Darstellung wenig am Hintergrundmotiv der gleichzeitigen Über- und Unterschätzung von Raumdimensionen in den aktuellen Gesundheitswissenschaften ändern würde, und hoffen, die Theoriediskussion innerhalb von Public Health auf diese Weise zu befördern (vgl. auch Bittlingmayer u.a. 2009).

## I. Der Setting-Ansatz: Anmerkungen zum gesundheitswissenschaftlichen Verständnis von Raum

In der gesundheitswissenschaftlichen Perspektive kommt ein anspruchsvolles Konzept von Raum vor allem im Rahmen interventionspolitischer Strategien zum

Tragen. Das Setting-Konzept, das die Weltgesundheitsorganisation (WHO) 1986 in ihrer für Public Health maßgeblichen „Ottawa-Charta“ eingeführt hat, nimmt hier den prominentesten Stellenwert ein. Nach der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) kann ein Setting „als ein durch formale Organisation, durch *regionale Situation* und/oder durch gleiche Erfahrung und/oder gleiche Lebenslage und/oder gleiche Werte bzw. Präferenzen definierter, relativ dauerhafter und zumindest ansatzweise verbindlicher Sozialzusammenhang (*Lebenswelt*)“ (BZgA 2007, S. 358; Hervorh. d. Verf.) verstanden werden. Es gilt als „Kernstrategie zur Umsetzung von Gesundheitsförderung“ (Altgeld 2008, S. 515).

Der Grundgedanke ist, dass Gesundheitsförderung – im Unterschied zur Krankheitsprävention (vgl. Schnabel 2007, 2008) – den Menschen dort begegnen sollte, wo sie leben, lieben und ihre Zeit verbringen. Der Setting-Ansatz zielt darauf ab, gesundheitsförderliche Lebenswelten zu schaffen und in dieser Hinsicht die kleinräumliche Dimension des Zusammenlebens in den Blick zu nehmen. Dabei changiert der Setting-Begriff zwar eigentümlich zwischen einer lebensweltlichen und einer systemisch-organisationalen Perspektive, ohne dass dieses theoretische Spannungsverhältnis konzeptionell reflektiert würde (vgl. Bittlingmayer 2009; Sahrai 2009a). Denn teilweise wird im Setting-Konzept eine allgemeine Lebenswelt adressiert, teilweise auf formale Organisationen und Institutionen abgehoben. Dennoch wird die räumliche Umgebung inklusive Schulen, Kitas, Krankenhäusern, Betrieben, Gefängnissen oder Hochschulen als Möglichkeit der Entwicklung eines gesundheitsfördernden Settings betrachtet (vgl. vor allem Altgeld 2004, 2008). Gemäß dem WHO-Motto „Making the healthier way the easier choice“ sollen Settings so umgebaut werden, dass sie gesundheitsabträgliches Verhalten erschweren, gesundheitszuträgliches Verhalten ermöglichen und erleichtern. Die Setting-Perspektive, unabhängig von ihrer lebensweltlichen oder organisationalen Ausrichtung, und die darin enthaltene Raumdimension sind auf der Meso-Ebene angesiedelt. Die Setting-Perspektive, um es noch einmal zu betonen, zielt in ihren anspruchsvollen Varianten darauf ab, die Strukturen von Organisationen bzw. die Nahraumbezüge so umzugestalten, dass sie mit dem Gesundheitskonzept der WHO in Einklang stehen.

Damit werden Settings als *gestaltbare Handlungsräume* verstanden, die durch die in ihnen lebenden und handelnden Menschen umgebaut und wirksam beeinflusst werden können. Das aus interventionspolitischer Sicht Besondere an der Setting-Perspektive ist, dass sie keine Interventionsziele von außen heranträgt. „Der Setting-Ansatz [...] ermittelt Gesundheitsbedarfe unterschiedlichster Zielgruppen in einem Setting. Er verzichtet damit auf die Problemdimension von außen und grenzt damit auch nicht allein durch die Problemdefinition selbst besondere, dann immer ‚schwer erreichbare‘ Zielgruppen aus.“ (Altgeld 2008, S. 518) Das übergreifende Ziel, im Rahmen einer kleinräumlichen Entwicklung und Strategie die Gesundheitsbedarfe

in der jeweiligen Lebenswelt zu ermitteln, besitzt eine hohe Schnittmenge mit sozialpädagogischen oder sozialarbeiterischen Interventionsstrategien, die auf den so genannten Sozialraum setzen. Tatsächlich gibt es eine direkte Überschneidung in dem „E&C“-Bundesmodellprogramm, in dem die „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ adressiert werden (vgl. E&C 2006). Hier wird der Raum – d.h. soziale Brennpunkte – zur unmittelbaren Bezugsadresse, um Interventionen anzustrengen, die soziale Ungleichheit dadurch verringern sollen, dass in besonders belasteten Räumen lokale Umsetzungspläne erarbeitet werden, die dann zu einer besseren Kompetenzentwicklung, in diesem Fall der Jugendlichen in sozialen Brennpunkten, führen. Dabei folgt die grundsätzliche Argumentationslinie recht eindeutig der sozialpolitischen Logik eines Forderns und Förderns, so dass die Interventionen stets auch mit Programmen zur Stärkung nachbarschaftlichen Engagements und erweiterten persönlichen Bemühungen um Sozialintegration vor Ort einhergehen<sup>1</sup>.

In der Ausrichtung auf die und der starken Betonung – sowohl im Setting- als auch im Sozialraum-Ansatz – der lokalen Bedürfnisse und Präferenzen von Einwohnern in belasteten Räumen liegt eine kritische Potenz, aber auch eine Gefahr für die Gesundheitswissenschaften (zum Folgenden ausführlicher Bittlingmayer 2009; Sahrai 2009a). Die kritische Stoßrichtung liegt sicherlich darin, dass nicht wie so häufig in gesundheitsbezogenen Debatten ein paternalistischer Diskurs darüber geführt wird, was für die Betroffenen gut und richtig ist. Sie wird aber mit mindestens drei Problemen erkaufft:

- *Erstens* werden die unabhängigen Präferenzen und die Artikulationsfähigkeit der Betroffenen überschätzt. Damit werden nicht nur die adaptiven Präferenzen ausgeblendet, die die Handlungsmöglichkeiten in der Perspektive der Betroffenen immer schon mit den aktuell vorhandenen Chancen abgleichen (vgl. Bourdieu 1982; Kessl/Ziegler 2007).
- Damit werden *zweitens* die unterschiedlichen Handlungs- und Raumgestaltungsressourcen der Betroffenen, die lebensweltlich oder im Setting bzw. Sozialraum angetroffen werden, kaum zur Kenntnis genommen. Denn weder sind soziale Brennpunkte sozial homogene Räume, noch ist die Artikulation der Betroffenen gleich verteilt, und schon gar nicht haben auf dieser Ressourcengrundlage die Betroffenen die gleichen Voraussetzungen, ihren sozialen Nahraum im Sinne der Gesundheitsförderung aktiv zu gestalten.
- *Drittens* wird die kleinräumliche Gestaltbarkeit des Raumes insgesamt überschätzt. Kleinräumliche Strategien müssen mit makrosoziologischen Parametern abgeglichen werden, um nicht in bloße Ideologien umzuschlagen. Wenn

---

1 Otto/Ziegler (2004a, 2004b) liefern eine plausible Fundamentalkritik dieses Ansatzes, der gerade für eine Raumperspektive fruchtbar ist.

beispielsweise in Teilen Brandenburgs, des Ruhrgebiets oder Mecklenburg-Vorpommerns aufgrund der Entvölkerung ganzer Gebiete die Hausarztversorgung zusammenbricht, dann ist die gesundheitszuträgliche Gestaltung der Kitas vor Ort oder ein nahräumlich verankertes Bewegungs- und Trimm-Dich-Programm weniger dringlich (vgl. Mielck 2008)<sup>2</sup>.

Die Setting-Perspektive ist für die Gesundheitswissenschaften eine sehr wichtige und auch normativ gehaltvolle Sichtweise, in der immerhin Räumlichkeit überhaupt zu einem bedeutsamen Bezugspunkt wird (vgl. Bittlingmayer 2009; Sahrai 2009a; Schnabel 2009). In der Unterschätzung von makrostrukturellen Ungleichheitsfaktoren und der Überschätzung der kleinräumlichen Gestaltbarkeit, die dann gegen die gesamtgesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnisse ausgespielt werden, liegt aber die Grenze des Setting-Ansatzes. In den letzten Jahren ist in der Gesundheitswissenschaft auf der Grundlage der Erforschung gesundheitlicher Ungleichheiten ein weiterer Strang hinzugetreten, der Räumlichkeit thematisch werden lässt. Dieser steht im folgenden Abschnitt im Mittelpunkt.

## II. Gesundheitliche Ungleichheit: Forschungsstand und räumliche Implikationen eines passiven und aktiven Verhältnisses

Gesundheitliche Ungleichheiten werden – in Deutschland und anderswo – in der Regel in sozialedemiologischen Studien veranschaulicht, die für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Krankheits- und Sterberaten dokumentieren. Auch für Deutschland lässt sich zeigen, dass die meisten Krankheitsrisiken einen so genannten sozialen Gradienten aufweisen (vgl. zusammenfassend Mielck 2005; Richter/Hurrelmann 2006; Bauer u.a. 2008; JKMG 2009). Der Forschungsstand zur sozial bedingten gesundheitlichen Ungleichheit und zum sozialen Gradienten ist sehr eindeutig und variiert nur in den Details: Sozial benachteiligte und unterprivilegierte Schichten und Milieus sind größeren Arbeitsbelastungen und ungünstigeren Wohnbedingungen ausgesetzt<sup>3</sup>. Ihnen wird

2 Gerade in Sozialraumkonzepten kommt übrigens der Paternalismus durch die Hintertür wieder hinein, indem etwa Stadtgebiete nach abgestuften Interventionsbedarf sortiert werden. Sozial Benachteiligte, die gar nicht in sozialen Brennpunkten wohnen, fallen damit als weitere fatale Konsequenz aus dem Hilfeidentifikationsraster heraus; vgl. Kessl u.a. (2005).

3 Das Verhältnis wird sofort unübersichtlich, sobald Migration bzw. Migrationshintergrund mit einbezogen wird. Hier sind dann Phänomene wie der *Healthy-Migrant*-Effekt zu berücksichtigen, der andeutet, dass Migranten bzw. Menschen mit Migrationshintergrund bei gleicher sozialer Schicht und gleichen Arbeitsbelastungen durchschnittlich gesünder sind als die deutsche Vergleichsgruppe. Vgl. zum Verhältnis von gesundheitlicher Ungleichheit und Migration Sahrai (2009b).

darüber hinaus ein gesundheitsriskanteres Verhalten attestiert (vgl. u.a. Hurrelmann 2006; Helmert/Schorb 2006). „Leiden wie Schlaganfall, chronische Bronchitis, Schwindel, Rückenschmerzen und Depressionen sind in der unteren Sozialschicht sowohl bei Frauen als auch bei Männern häufiger als in der oberen Schicht. Eine besondere Risikogruppe stellt die gewachsene Zahl der Arbeitslosen dar. Bei den 20–59-Jährigen leiden knapp 50 Prozent der arbeitslosen, dagegen nur rund 30 Prozent der erwerbstätigen Männer und Frauen unter gesundheitlichen Beschwerden. Dies führt bei Arbeitslosen im Vergleich mit Erwerbstätigen zu einer etwa doppelt so großen Anzahl von Krankenhaustagen.“ (RKI 2006, S. 83)

Die letzte Konsequenz des sozialen Gradienten bei den unterschiedlichen Krankheitsrisiken sind markante Differenzen in der Lebenserwartung unterschiedlicher sozialer Gruppen. Noch immer oder schon wieder gilt der Satz: Arme müssen früher sterben als Reiche. Auf der Basis von Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) hat Anette Reil-Held die Lebenserwartung unterschiedlicher Einkommensgruppen verglichen. Dabei zeigt sich, dass die Lebenserwartungen des oberen Einkommensfünftels gegenüber jenen des untersten Einkommensfünftels bei Frauen um fünf und bei Männern gar um zehn Jahre erhöht sind (vgl. Reil-Held 2000; auch Mielck/Helmert 2006). Einkommensfünftel sind allerdings ein sehr grober Indikator. Sobald die Indikatoren verändert und räumliche Dimensionen einbezogen werden – was in Deutschland wie schon mehrfach erwähnt aufgrund der schlechten Datenlage schwierig ist –, werden die Befunde noch dramatischer<sup>4</sup>. „Research [...] using official data of twenty-three rich and poor areas in the United States found that white woman who had reached the age of sixteen and were living in the richest areas could expect to live until they were eighty-six years old, compared to seventy for black woman in the poorest areas of New York, Chicago, and Los Angeles – a difference of sixteen years. Similarly, sixteen-year old men living in rich areas could expect to live until they were seventy-four or seventy-five, whereas black men in the poorest areas could expect to live only about fifty-nine. The difference of life-expectancy between whites in rich areas and blacks in poor areas was close to sixteen years for both men and women.“ (Wilkinson 2005, S. 14 f.)

In diesem längeren Zitat von Richard Wilkinson, einem der bedeutendsten internationalen Sozialepidemiologen, taucht die räumliche Dimension gewissermaßen als *Realisierungsform gesundheitlicher Ungleichheiten* auf. Dabei spielt in dieser Passage der Raumbezug keine aktive Rolle, sondern Raum wird hier – und in vielen epidemiologischen Studien, die ihn als Indikator verwenden – als eine Art Con-

---

4 Hier ist anzumerken, dass man die Lebenserwartungsdifferenzen nach Einkommen nicht umstandslos und direkt mit den Lebenserwartungsdifferenzen nach räumlichen Indikatoren vergleichen kann. Es geht hier nur darum, an einem Beispiel die räumliche Dimension abzubilden, wie sie häufig in sozialepidemiologischen Studien genutzt wird.



tainer verstanden, in dem sich wichtige soziale Grenzlinien, die außerhalb des Raums selbst liegen, abbilden.

Auf den ersten Blick sind die raumbezogenen Befunde, die wir hier mit Richard Wilkinson referieren, leicht mit den üblichen statistischen Korrelationen gesundheitlicher Ungleichheiten zu erklären. In den ärmsten Gegenden leben Menschen, denen es aus verschiedenen Gründen nicht so gut geht, in sehr geballter Konzentration. So herrscht eine hohe Arbeitslosenquote, das heißt, es leben viele Menschen in den ärmsten Stadtbezirken, die ein hohes Krankheitsrisiko aufweisen (vgl. RKI 2006; Elkeles 2008). Diejenigen, die eine Arbeit besitzen, haben häufig nur prekäre und unsichere Beschäftigungsverhältnisse, die schlecht bezahlt sind und in der Regel mit hohen Gesundheitsbelastungen einhergehen (vgl. u.a. Jahn/Wolf 2005). Auf der Grundlage fehlender oder prekärer und schlecht bezahlter Arbeitsplätze (*Working Poor*) leben ferner viele Menschen in den segregierten und „abgehängten“ Stadtvierteln unterhalb der Armutsgrenze (vgl. Keller 1999). Das bedeutet aus gesundheitswissenschaftlicher Perspektive auch, dass diese Menschen ein hohes Risiko hinsichtlich eines gesundheitsabträglichen Lebensstils, eines wenig gesundheitszuträglichen Ernährungs- und Bewegungsverhaltens an den Tag legen (vgl. Richter 2005; Helmert/Schorb 2006). In den ärmsten Regionen konzentrieren sich schließlich mit hoher Wahrscheinlichkeit Menschen mit niedrigem Bildungsgrad. Der Zusammenhang zwischen hoher Bildung und Gesundheit gilt als einer der stärksten Zusammenhänge in der gesundheitlichen Ungleichheitsforschung und ist sehr gut abgesichert. „Health, by any definition and by any measure, increases with the level of education. The better-educated feel more hale, well, sound, robust, and able. They ail and suffer less often and less severely. Their medical histories show fewer and lesser signs of dysfunction in critical organ systems, and they live longer.“ (Mirowsky/Ross 2003, S. 32; vgl. auch Abel u.a. 2006) Fasst man all diese Einzelindikatoren zusammen, dann liefern sie zunächst eine sehr plausible Erklärung für die Differenzen in der Lebenserwartung zwischen Menschen, die in reichen, und solchen, die in armen Vierteln wohnen. Der räumliche Bezug würde in seiner Bedeutung stark abgeschwächt und kaum eigenständige Erklärungskraft besitzen.

Zwei Aspekte sprechen aber gegen eine allzu einfache Erklärung von ungleichen Morbiditätsraten oder von Lebenserwartungsdifferenzen zwischen sozialen Gruppen, die, was Letztere anbelangt, immerhin bis zu sechzehn Jahren betragen. *Zum einen* sind selbst benachteiligte Stadtteile und segregierte Wohnviertel nur in sehr seltenen Fällen vollständig homogen. Sowohl in den klassischen Ghettos als auch in moderneren Plattenbausiedlungen gibt es eine heterogene Wohnbevölkerung, die sozialstrukturell bis weit in die Mittelschicht hineinreicht (vgl. Wacquant

2002; Keller 2005)<sup>5</sup>. *Zum anderen* verhalten sich die hier angegebenen Indikatoren nicht einfach kumulativ zueinander, sondern stehen selbst in wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnissen. Ein niedriger Bildungsabschluss macht eine brüchige Berufsbiografie wahrscheinlich, die mit Einkommensarmut einhergeht. Insofern lassen sich die Effekte der einzelnen Indikatoren nicht addieren.

Diese Einwände deuten schon an, dass die räumliche Vermittlung gesundheitlicher Ungleichheit möglicherweise nicht darin aufgeht, gesamtgesellschaftliche Ungleichheiten zu materialisieren, ihnen eine körperliche und eine räumlich-dingliche Dimension zu verleihen. Und in der Tat lassen sich gerade in der internationalen Forschung eine Reihe von Studien aus der Public-Health-Forschung finden, die zeigen, dass ein stadtteil- bzw. raumbezogener Einfluss auf die Morbidität und Mortalität einzelner Individuen bestehen bleibt, selbst wenn individuelle sozioökonomische Statusvariablen kontrolliert wurden (vgl. Yen/Kaplan 1999; Martikainen u.a. 2003; van Lenthe u.a. 2005; eine gute Zusammenfassung der Befunde liefert Schüle 2009).

In der Public-Health-Literatur wird häufig zwischen Kontextvariablen und Kompositionsvariablen unterschieden, die andeuten, dass Raum einen eigenständigen Effekt auf gesundheitliche Ungleichheit abbilden soll<sup>6</sup>. Unter Kompositionsvariablen werden dabei hauptsächlich statusbezogene individuelle Größen wie Bildungsabschluss, Einkommen, Arbeitsverhältnisse oder Alter gefasst. Unter Kontextvariablen werden demgegenüber Variablen verstanden, die sich auf die räumliche und dingliche Umwelt beziehen. Alle Einwohnerinnen und Einwohner eines sozial benachteiligten Stadtviertels sind beispielsweise in Flughafen- oder Autobahnnahe einer bestimmten Lärm- und Umweltbelastung ausgesetzt, relativ unabhängig von ihrem eigenen sozialen Status. Auch dürfte die durchschnittliche Qualität der Wohnquartiere in segregierten und „abgehängten“ Stadtvierteln deutlich schlechter sein als in wohlhabenden Gegenden. Die Lärmbelastung innerhalb von Hochhauswohnquartieren ist aufgrund der Hellhörigkeit der Woh-

---

5 In einer eigenen, vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanzierten Studie haben wir Erhebungen in Düsseldorf und Solingen durchgeführt. Für Düsseldorf liegt ein sehr detaillierter Sozialatlas vor, der die Stadt in Bezirke unterteilt und nach sozialpädagogischem und sozialarbeiterischem Interventionsbedarf differenziert. Auf der Grundlage einer Elternbefragung in Kitas konnte gezeigt werden, dass selbst in den Bezirken mit der höchsten Stufe an zugewiesenem Interventionsbedarf lediglich die Hälfte der Eltern, die ihr Kind in eine Kita vor Ort geben, der unteren Sozialschicht zuzuordnen ist. Zu ähnlichen Befunden sozialer Heterogenität kommen die Studien von Holger Ziegler und Hans-Uwe Otto. Informationen zum BMBF-Forschungsprojekt „BEEP“ („Bielefelder Evaluation von Eltern- edukationskursen“) finden sich unter [www.uni-bielefeld.de/gesundhw/beep](http://www.uni-bielefeld.de/gesundhw/beep)

6 Diese Unterscheidung ist nicht unumstritten. So wird darauf hingewiesen, dass die Unterscheidung in hohem Maße konstruiert ist und aus einer praxeologischen Perspektive beide Motive so verschränkt sind, dass die Trennung künstlich und einer „Variablensoziologie“ geschuldet sei; vgl. Macintyre u.a. (2002); Macintyre/Ellaway (2003).

nungen enorm. Wohnquartierbezogene Gesundheitsbelastungen wie Schimmelpilzbefall oder schlechte Isolierung dürften einen ganz eigenständigen Effekt beinhalten, der auf die Morbidität und Mortalität einwirkt (vgl. Dott u.a. 2007).

Solche Umwelteffekte könnten der zentrale Grund dafür sein, dass die gesundheitliche Ungleichheit nicht in der ungleichen Verteilung von Menschen mit besonderen Belastungen in unterschiedlichen Stadtvierteln aufgeht, sondern die räumliche Dimension gewissermaßen eine aktive Materialität entwickelt. Die Eigenständigkeit der Raumdimension verweist in den bisherigen Beispielen vor allem auf eine materielle, gleichsam mechanistische Ebene. Schimmelpilze oder Feuchtigkeit in Wohnungen führen zu unmittelbaren körperlichen Schäden, die sich dann wiederum zu gesundheitlichen Ungleichheiten in der Bevölkerung akkumulieren. Zudem ist mittlerweile die Hausarztversorgung in strukturschwachen ländlichen Gebieten nicht mehr überall ausreichend, so dass hier der Raum zum medizinischen Versorgungsproblem avanciert (vgl. Mielck 2008).

### III. Abschließende Betrachtungen: Zur Notwendigkeit der Vermittlung der Sozialepidemiologie mit dem Setting-Ansatz

Die sozialepidemiologischen Studien liefern in der Gesamtschau eine Reihe von bedeutsamen empirischen Befunden, die zunächst zeigen, wie stark gesundheitliche Ungleichheit räumlich passiv (Komposition) und aktiv (Kontext) verankert ist. Allerdings bleibt eine große Schwäche in den Studien, dass sie sich um kein genaueres Verständnis von Raum und um keine Wirkmechanismen der Räumlichkeit im Hinblick auf gesundheitliche Ungleichheit bemühen. Der Zugang zur Räumlichkeit bleibt deshalb einerseits empirizistisch und andererseits materialistisch. In der jüngeren Raumsoziologie lautet der Tenor, dass ein Verständnis von Räumlichkeit in der Weise über eine materialistische Perspektive hinausgehen muss, als es die subjektiven Aneignungs- und Konstruktionsleistungen von Räumlichkeit in Rechnung zu stellen hat (vgl. Schroer 2006; Löw 2007). So zeigt zum Beispiel Carsten Keller (2005) die sehr differenten räumlichen und sozialen Wahrnehmungsmuster von Bewohnerinnen und Bewohnern einer Plattenbausiedlung in Ostdeutschland auf und kann verdeutlichen, dass der vorhandene Raum nicht auf alle sozialen Akteure gleichermaßen wirkt, sondern durch individuelle WahrnehmungsfILTER, Aspirationen und Zukunftseinstellungen vermittelt ist.

Solche individuellen räumlichen Aneignungsprozesse sind dabei weder deterministisch noch beliebig. Im Kontext von gesundheitsrelevanten Raumerfahrungen ist zum Beispiel von Bedeutung, dass Jugendliche in segregierten Wohnvierteln oder „abgehängten“ Stadtteilen im Rahmen ihrer Peer-Sozialisation deutlich mehr

Gewalterfahrungen in ihrer Wohngegend machen als Jugendliche, die in gut situierten bürgerlichen Stadtvierteln wohnen (vgl. Mansel 2001; Raithel/Mansel 2003). Zudem sind die Wohnverhältnisse gerade in Großfamilien sehr beengt und die Rückzugsmöglichkeiten in der familialen Sozialisation entsprechend begrenzt (vgl. Stadt Düsseldorf 2005).

Ein weiterer Aspekt von ungleichheitsbezogener Raumerfahrung verdeutlicht, dass Raum selbst in hoch industrialisierten Gesellschaften auch die Qualität des sozial Trennenden und kaum Überbrückbaren annehmen kann. Aus der stadtsoziologischen Erforschung französischer *Banlieues* (stark deprivierte Vorstadtsiedlungen, wörtlich „Bannmeilen“) ist bekannt, dass arbeitslose Jugendliche häufig nicht einmal das Geld für die Fahrkarte besitzen, um in die Stadt zu fahren. Sie sitzen buchstäblich in ihrer Wohngegend fest (vgl. Bourdieu 1997).

Solche Beispiele bedeuten nicht, dass alle Jugendlichen in segregierten Stadtvierteln Gewalterfahrungen machen oder dass sich nur eine kleine Minderheit eine Fahrkarte des ÖPNV leisten kann. Sie können aber auf das Zusammenspiel von individuellen Handlungsressourcen, Einstellungsmustern und Aspirationen sowie der räumlich dinglichen Umwelt, einschließlich der sozialisatorisch relevanten Körpererfahrungen, hinweisen, das in gesundheitswissenschaftlicher Perspektive in seiner Komplexität noch wenig verstanden ist.

Auf der anderen Seite liefert der Setting-Ansatz ein Verständnis oder doch zumindest eine normative Folie für die Aneignungsprozesse von Räumlichkeit in sozial benachteiligten Stadtvierteln. Hier wird besonders auf die Gestaltbarkeit von Räumen hingewiesen, werden die positiven gesundheitlichen Effekte hervorgehoben, die eine durch die Betroffenen selbst bestimmte Organisations- und lebensweltliche Nahraumgestaltung beinhaltet. In der Setting-Perspektive wird dafür aber häufig unterschätzt, dass gesundheitliche und soziale Ungleichheiten nicht voneinander zu trennen sind, und in der Hinsicht zu wenig Wert auf die Analyse der gesamtgesellschaftlichen Ungleichheitsproduktion gelegt. Während die sozialepidemiologische Perspektive im empirischen Materialismus verharret, ist der Setting-Ansatz häufig nicht materialistisch genug. Wenn es beiden Ansätzen gelingt, sich aufeinander zuzubewegen, wäre nicht nur für die Analyse gesundheitlicher Ungleichheiten einiges gewonnen. Es könnten darüber hinaus ungleichheitsreduzierende Interventionsstrategien sachhaltig in den Blick genommen werden, die radikaler sind als das, was mit der aktuellen Ideologie des Forderns und Förderns für kompatibel gehalten wird.

## Literatur

- Abel, Thomas/Abraham, Andrea/Sommerhalder, Kathrin (2006): Kulturelles Kapital, kollektive Lebensstile und die soziale Reproduktion, in: Richter, M./Hurrelmann, K. (Hrsg.): Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme, Perspektiven, Wiesbaden, S. 185-198.
- Altgeld, Thomas (2004): Gesundheitsfördernde Settingansätze in benachteiligten städtischen Quartieren. Expertise im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Regiestelle E & C, Berlin.
- Altgeld, Thomas (2008): Gesundheitsfördernde Settingarbeit als Schlüsselstrategie zur Reduktion von gesundheitlichen Ungleichheiten, in: Bauer, U./Bittlingmayer U. H./Richter M. (Hrsg.): Health Inequalities. Determinanten und Mechanismen gesundheitlicher Ungleichheit, Wiesbaden, S. 511-529.
- Bauer, Ullrich/Bittlingmayer, Uwe H./Richter, Matthias (Hrsg.) (2008): Health Inequalities. Determinanten und Mechanismen gesundheitlicher Ungleichheit, Wiesbaden.
- Bittlingmayer, Uwe H. (2009): Gesundheitsförderung im Setting Schule und ihre normativen Implikationen, in: Ders./Sahrai, D./Schnabel, P.-E. (Hrsg.): Normativität und Public Health. Vergessene Dimensionen gesundheitlicher Ungleichheit, Wiesbaden, S. 269-299.
- Bittlingmayer, Uwe H./Sahrai, Diana/Schnabel, Peter-Ernst (Hrsg.) (2009): Normativität und Public Health. Vergessene Dimensionen gesundheitlicher Ungleichheit, Wiesbaden.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M.
- Bourdieu, Pierre (1997): Der Lauf der Dinge, in: Ders. und andere (Hrsg.): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz, S. 87-109.
- Diez-Roux, A.V. (2001): Investigating Neighbourhood and Area Effects on Health, in: American Journal of Public Health, 91 (11), S. 1783-1789.
- Dott, W., und andere (2007): Schimmelpilzbelastung in Innenräumen – Befunderhebung, gesundheitliche Bewertung und Maßnahmen, in: Bundesgesundheitsblatt-Gesundheitsforschung-Gesundheitsschutz 50 (10), S. 1308-1323.
- Dragano, Nico (2007): Neighbourhood Socioeconomic Status and Cardiovascular Risk Factors: a Multilevel Analysis of Nine Cities in the Czech Republic and Germany, in: BioMed Central Public Health, 7.
- E&C [Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten] (2006): Homepage: Soziale Stadt, [www.eundc.de](http://www.eundc.de) (Zugriff am 12.9.2009).
- Elkeles, Thomas (2008): Gesundheitliche Ungleichheit am Beispiel von Arbeitslosigkeit und Gesundheit – Befunde, Erklärungen und Interventionsansätze, in: Bauer, U./Bittlingmayer, U.H./Richter, M. (Hrsg.): Health Inequalities. Determinanten und Mechanismen gesundheitlicher Ungleichheit, Wiesbaden, S. 87-107.
- Helmert, Uwe/Schorb, Friedrich (2006): Die Bedeutung verhaltensbezogener Faktoren im Kontext der sozialen Ungleichheit der Gesundheit, in: Richter, M./Hurrelmann, K. (Hrsg.): Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme, Perspektiven, Wiesbaden, S. 125-139.
- Hurrelmann, Klaus (2006): Gesundheitssoziologie. Eine Einführung in sozialwissenschaftliche Theorien von Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung, 6. Aufl., Weinheim/München.

- Jahn, Elke J./Wolf, Katja (2005): Entwicklung der Leiharbeit und regionale Disparitäten (IAB-Kurzbericht, Nr. 14).
- JKMG [Jahrbuch Kritische Medizin und Gesundheitswissenschaften] (2009): Health Inequalities, Hamburg.
- Keller, Carsten (1999): Armut in der Stadt. Zur Segregation benachteiligter Gruppen in Deutschland, Wiesbaden.
- Keller, Carsten (2005): Leben im Plattenbau. Zur Dynamik sozialer Ausgrenzung, Frankfurt a.M./New York.
- Kessler, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne/Frey, Oliver (Hrsg.) (2005): Handbuch Sozialraum, Wiesbaden.
- Kessler, Fabian/Ziegler, Holger (2007): Zur politischen Regulation des Begehrens, in: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, H. 105, S. 23-35.
- Löw, Martina (2007): Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums, 5. Aufl., Frankfurt a.M.
- Macintyre, Sally/Ellaway, Anne/Cummins, Steven (2002): Place Effects on Health: How Can We Conceptualize, Operationalize and Measure Them?, in: Social Science & Medicine, Vol. 55, S. 125-139.
- Macintyre, Sally/Ellaway, Anne (2003): Neighborhoods and Health: an Overview, in: Kawachi, I./Bergman, L. F. (Hrsg.): Neighborhood and Health, New York, S. 20-41.
- Mansel, Jürgen (2001): Angst vor Gewalt. Eine Untersuchung von jugendlichen Opfern und Tätern, Weinheim/München.
- Martikainen, P./Kauppinen, T./Valkonen, T. (2003): Effects of the Characteristics of Neighbourhoods and the Characteristics of People on Cause Specific Mortality: a Register Based Follow-up Study of 252 000 Men, in: Journal of Epidemiology and Community Health, 57 (3), S. 210-217.
- Meinlschmidt G (2008): Sozialstrukturatlas Berlin 2008, Berlin (Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz), [www.berlin.de/imperia/md/content/senstatistik-gesoz/gesundheits/ssa08\\_netz.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/senstatistik-gesoz/gesundheits/ssa08_netz.pdf)
- Mielck, Andreas (2005): Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Einführung in die aktuelle Diskussion, Bern.
- Mielck, Andreas (2008): Regionale Unterschiede bei Gesundheit und gesundheitlicher Versorgung: Weiterentwicklung der theoretischen und methodischen Ansätze, in: Bauer, U./Bittlingmayer, U.H./Richter, M. (Hrsg.): Health Inequalities. Determinanten und Mechanismen gesundheitlicher Ungleichheit, Wiesbaden, S. 167-187.
- Mielck, Andreas/Helmert, Uwe (2006): Soziale Ungleichheit und Gesundheit, in: Hurrelmann, K./Laaser, U./Razum, O. (Hrsg.): Handbuch Gesundheitswissenschaften, Weinheim/München, S. 603-624.
- Mirowsky, John/Ross, Catherine E. (2003): Education, Social Status, and Health, New York.
- Naidoo, Jennie/Wills, Jane (2003): Lehrbuch der Gesundheitsförderung. Umfassend und anschaulich mit vielen Beispielen und Projekten aus der Praxis der Gesundheitsförderung. Herausgegeben von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Bonn.
- Otto, Hans-Uwe/Ziegler, Holger (2004a): Sozialraum und sozialer Ausschluss. Die analytische Ordnung neo-liberaler Integrationsrationalitäten in der Sozialen Arbeit (Teil 1), in: Neue Praxis, 34 (2), S. 117-135.

- Otto, Hans-Uwe/Ziegler, Holger (2004b): Sozialraum und sozialer Ausschluss. Die analytische Ordnung neo-liberaler Integrationsrationalitäten in der Sozialen Arbeit (Teil 2), in: Neue Praxis, 34 (3), S. 271-291.
- Raithel, Jürgen/Mansel, Jürgen (Hrsg.) (2003): Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Hell- und Dunkelfeldbefunde im Vergleich, Weinheim/München.
- Reil-Held, Anette (2000): Einkommen und Sterblichkeit in Deutschland: Leben Reiche länger?, Mannheim (Institut für VWL und Statistik, Universität Mannheim. Beiträge zur angewandten Wirtschaftsforschung 580-00).
- Richter, Matthias (2005): Gesundheit und Gesundheitsverhalten im Jugendalter. Der Einfluss sozialer Ungleichheit, Wiesbaden.
- Richter, Matthias/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.) (2006): Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme, Perspektiven, Wiesbaden.
- RKI [Robert Koch-Institut] (2006): Gesundheit in Deutschland. Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Berlin.
- Sahrai, Diana (2009a): Die Kindertagesstätte als gesundheitsförderndes Setting: Zwischen normativen Idealen und alltagspraktischen Zwängen, in: Bittlingmayer, U.H./Dies./Schnabel, P.-E. (Hrsg.): Normativität und Public Health. Vergessene Dimensionen gesundheitlicher Ungleichheit, Wiesbaden, S. 235-267.
- Sahrai, Diana (2009b): Healthy Migrants oder besondere Risikogruppe? Zur Schwierigkeit des Verhältnisses von Ethnizität, Migration, Sozialstruktur und Gesundheit, in: Jahrbuch Kritische Medizin und Gesundheitswissenschaften, Bd. 45: Health Inequalities, S. 70-94.
- Schnabel, Peter-Ernst (2007): Gesundheit fördern und Krankheit prävenieren. Besonderheiten, Leistungen und Potentiale aktueller Konzepte vorbeugenden Versorgungshandelns, Weinheim/München.
- Schnabel, Peter-Ernst (2008): Ungleichheitsverstärkende Prävention vs. ungleichheitsverringemde Gesundheitsförderung – Plädoyer für eine konzeptionelle und durchsetzungspraktische Unterscheidung, in: Bauer, U./Bittlingmayer, U.H./Richter, M. (Hrsg.): Health Inequalities. Determinanten und Mechanismen gesundheitlicher Ungleichheit, Wiesbaden, S. 480-510.
- Schnabel, Peter-Ernst (2009): Zur Kritik medizin-paradigmatischer Normativitäten in der aktuellen „Präventions“-Politik, in: Bittlingmayer, U.H./Sahrai, D./Ders. (Hrsg.): Normativität und Public Health. Vergessene Dimensionen gesundheitlicher Ungleichheit, Wiesbaden, S. 183-208.
- Schroer, Markus (2006): Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums, Frankfurt a.M.
- Schüle, Steffen (2009): Sozial benachteiligte Stadtteile als Herausforderung für die Bekämpfung von gesundheitlicher Ungleichheit in Deutschland – Analyse der „Good Practice“ Datenbank der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V. (unveröff. Bachelor-Arbeit an der Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld).
- Stadt Düsseldorf (2005): Sozialräumliche Gliederung der Stadt Düsseldorf. Forschungsbildung 2005, Düsseldorf.
- van Lenthe, Frank J., und andere (2005): Neighbourhood Unemployment and All Cause Mortality: a Comparison of Six Countries, in: Journal of Epidemiology and Community Health, 59 (3), S. 231-237.

- van Lenthe, Frank J. (2006): Aggregate Deprivation and Effects on Health, in: Siegrist, J./Marmot, M.: Social Inequalities in Health. New Evidence and Policy Implications, New York, S. 167-192.
- Wacquant, Loïc (2002): Tödliche Symbiose. Wenn Ghetto und Gefängnis sich verbinden, in: Bittlingmayer, U.H./Eickelpasch, R./Kastner, J./Rademacher, C. (Hrsg.): Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus, Opladen, S. 269-317.
- Wilkinson, Richard (2005): The Impact of Inequality. How to Make Sick Societies Healthier, New York/London.
- Yen, I. H./Kaplan, G. A. (1999): Neighborhood Social Environment and Risk of Death: Multilevel Evidence from the Alameda County Study, in: American Journal of Epidemiology, 149 (10), S. 898-907.



Dirk Baier und Susann Rabold

## Jugendgewalt in segregierten Stadtteilen

**Zusammenfassung:** Internationale Studien belegen, dass in segregierten Stadtteilen lebende Jugendliche gewaltbereiter sind. Der Frage, ob dies auch in Deutschland gilt, wurde sich bislang allerdings nur selten empirisch gewidmet. Anhand einer Schülerbefragung in Hannover wird daher untersucht, inwieweit sich das Verhalten von Jugendlichen in verschiedenen Stadtteilen unterscheidet. Im Ergebnis zeigt sich, dass Jugendliche aus sozial benachteiligten Stadtteilen innerhalb des letzten Jahres 2,7-mal häufiger als Gewalttäter in Erscheinung getreten sind als Jugendliche aus wohlhabenden Stadtteilen. Diese Unterschiede variieren mit Unterschieden in der Verteilung zentraler Bedingungsfaktoren (z.B. Bekanntschaft mit delinquenten Freunden, Selbstkontrolle, problematisches Freizeitverhalten). Grundsätzlich ist damit nicht von einem eigenständigen Verstärkungseffekt der Beschaffenheit von Stadtteilen auszugehen. Die entscheidenden Bedingungsfaktoren der Gewalttäterschaft sind vielmehr auf mikro- und mesosozialer Ebene zu verorten.

### 1. Beeinflussen Stadtteile die Entstehung von Jugendgewalt?

Mit dieser Frage beschäftigt sich die kriminologische Forschung bereits seit Anfang des 20. Jahrhunderts. Eine erste Untersuchung dieser Frage geht auf Shaw und McKay (1969 [1942]) zurück, die in Chicago über einen längeren Zeitraum hinweg die Wohnorte von männlichen jugendlichen Kriminellen auf Stadtplänen dokumentierten. Die zentrale Erkenntnis war, dass mit zunehmender Entfernung vom Stadtkern das Ausmaß der registrierten Jugendkriminalität deutlich abnahm. Auch im Hinblick auf andere Merkmale der Stadtgebiete (z.B. Zu- und Fortzüge, Armutsquote) zeigte sich, dass die Lebensbedingungen besser wurden, je größer die Distanz von der Stadtmitte war. Auf Basis dieser auf Aggregatebene gefundenen Beziehungen zwischen den sozio-ökonomischen Bedingungen und der Kriminalitätsrate von Stadtteilen formulierten Shaw und McKay die „Theorie der sozialen Desorganisation“. Diese besagt, dass strukturelle Benachteiligung, die unter anderem in einer hohen Mobilität, einem hohen Migranten- und einem hohen Armutsanteil zum Ausdruck kommt, die Heterogenität der Einwohnerschaft eines Stadtteils erhöht. In der Folge verändern sich auch kulturelle Eigenschaften des Stadtteils. Entsprechend

den Überlegungen von Shaw und McKay steigt mit der Einwohnerheterogenität insbesondere die Normenvielfalt. In benachteiligten Stadtteilen „moral values range from those that are strictly conventional to those in direct opposition to conventionality as symbolized by the family, the church, and other institutions common to our general society“ (Shaw/McKay 1969 [1942], S. 171). In diesen Gebieten können sich damit häufiger delinquente Subkulturen ausbilden, in denen abweichende Normen und Verhaltensmuster aufrechterhalten und an nachfolgende Generationen weitergegeben werden. In nicht benachteiligten Stadtteilen hingegen werden normkonforme Einstellungen von nahezu allen Bewohnern geteilt; delinquente Verhaltensvorbilder sind nicht vorhanden.

Sampson und Groves (1989) erweitern den Desorganisationsansatz später um eine soziale Komponente. Sie definieren Desorganisation als „inability of a community structure to realize common values of its residents and maintain effective controls“ (ebenda, S. 777). Die Normenvielfalt in sozial benachteiligten Stadtteilen geht einher mit unzureichenden sozialen Bindungen unter den Einwohnern und einem unzureichenden sozialen Zusammenhalt. Dies wiederum hat zur Folge, dass die Bereitschaft der hier lebenden Menschen sinkt, informelle Sozialkontrolle auszuüben. Informelle Sozialkontrolle bezieht sich auf die Interventionsbereitschaft der Bewohner eines Stadtteils, d.h. das kontrollierende bzw. sanktionierende Einschreiten im Falle von Anzeichen sozialer Unordnung („herumhängende“ Jugendliche, Schulschwänzen). Das gemeinsame Normenverständnis und die stärkere soziale Kohäsion in nicht benachteiligten Stadtteilen haben demgegenüber häufiger zur Folge, dass Anwohner bei Anzeichen von Unordnung eingreifen.

Verschiedene Studien haben sich in Anlehnung an den Desorganisationsansatz empirisch mit der Frage auseinandergesetzt, welche konkreten Mechanismen tatsächlich die Beziehung zwischen den strukturellen Bedingungen eines Stadtteils und der Kriminalitätsrate vermitteln. Dabei wurden im Wesentlichen zwei Modelle herausgearbeitet, die beide soziale Prozesse fokussieren (vgl. Jencks/Mayer 1990): das Ansteckungsmodell und das Modell kollektiver Sozialisation. Nach dem Ansteckungsmodell (vgl. Crane 1991) spielen vor allem die Gleichaltrigen im Stadtteil eine Rolle, die delinquente Einstellungen und Verhaltensmuster an andere weitergeben. Da diese in benachteiligten Stadtteilen häufiger zu finden sind, steigt die Wahrscheinlichkeit des Einzelnen, in delinquente Freundesgruppen integriert zu werden und sich selbst entsprechend zu verhalten. Das Modell weist einen starken Bezug zu lerntheoretischen Annahmen auf, wonach delinquente Jugendliche Verhaltensvorbilder für andere darstellen und nicht nur geeignete Orte für das Begehen von Straftaten, sondern auch die zur Ausführung von Straftaten notwendigen Kompetenzen vermitteln.

Im Rahmen kollektiver Sozialisationsmodelle wird dagegen die Rolle der Erwachsenen betont. Erwachsene stellen einerseits Sozialisationsagenten und andererseits

Kontrollinstanzen dar, die für die Genese delinquenten Verhaltens der Jugendlichen in einem Stadtteil bedeutsam sein können. Wilson (1987) verweist auf die Bedeutung von Erwachsenen als positive Rollenvorbilder, in deren Verhalten sich bestimmte Werte und Normen widerspiegeln: Erwachsene mit einer hohen Bildung bzw. einem hohen Status können Jugendlichen die Botschaft vermitteln, dass man durch Arbeit und Bildung, also durch normenkonformes Verhalten, erfolgreich sein kann. Neben der Vorbildfunktion üben Erwachsene auch einen kontrollierenden Einfluss auf die im Stadtteil lebenden Jugendlichen aus. Sampson u.a. (1997) sprechen von der kollektiven Wirksamkeit („collective efficacy“), die sowohl das Ausmaß des sozialen Zusammenhalts als auch jenes an informeller Sozialkontrolle umfasst. Auf Basis einer Bevölkerungsbefragung in Chicago konnten sie zum einen belegen, dass in benachteiligten Stadtteilen die kollektive Wirksamkeit niedriger ausfällt. Zum anderen konnten sie eine negative Beziehung zwischen der kollektiven Wirksamkeit und dem Gewaltaufkommen in den letzten sechs Monaten feststellen. Der Einfluss struktureller Stadtteilmerkmale reduzierte sich unter Berücksichtigung der kollektiven Wirksamkeit.

In den bislang beschriebenen Ansätzen werden die Stadtteile als Entwicklungskontext für Kinder und Jugendliche und damit als Sozialisationskontext für Gewaltverhalten betrachtet (vgl. Wikstroem/Sampson 2003). Eine andere Perspektive befasst sich mit der Frage der räumlichen Konzentration von kriminellen Taten. Stadtteile werden hier als „context of action“ aufgefasst. Untersucht werden dabei unter anderem Beziehungen zwischen Tatorten bzw. Opferwohnsitzen und Eigenschaften des entsprechenden Stadtteils. Damit wird die situative Bedingtheit delinquenten Verhaltens in den Vordergrund gerückt, die in theoretischen Ansätzen wie z.B. dem Routine-Activity-Approach fokussiert wird (vgl. Cohen/Felson 1979).

Verschiedene Studien legen zudem die Vermutung nahe, dass Stadtteile nicht nur einen direkten Einfluss auf die Gewaltbereitschaft eines Akteurs haben, sondern auch Beziehungen zwischen Risikofaktoren (z.B. elterlicher Gewalt, Selbstkontrolle) und Gewaltdelinquenz beeinflussen (vgl. unter anderem Lynam u.a. 2000; Vazsonyi u.a. 2006). Die Befunde hierzu sind allerdings nicht einheitlich: So finden einige Studien engere Beziehungen zwischen elterlichen Erziehungsmerkmalen und eigenem Gewaltverhalten in benachteiligten Stadtteilen und stützen damit die sog. Verstärkungshypothese, nach der negative Einflüsse kumulativ wirken (vgl. Brody u.a. 2001; Hay u.a. 2006). Andere Studien wiederum berichten von stärkeren Effekten in weniger benachteiligten Gebieten (vgl. Simons u.a. 2002).

Grundsätzlich besteht in der bisherigen internationalen Forschung jedoch Einigkeit darüber, dass in benachteiligten, segregierten Stadtteilen eine höhere Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen zu beobachten ist. Allerdings gibt es bislang noch verschiedene Ansichten darüber, wie sich die strukturellen Gegebenheiten letztlich in das Verhalten der Individuen „übersetzen“.

## 2. Befunde aus Deutschland

Eine der ersten umfassenden Untersuchungen zum Zusammenhang von Stadtteilgemeinschaften und Jugendgewalt in Deutschland stammt von Oberwittler (2004a, 2004b), der in den Jahren 1999 und 2000 in Freiburg i.Br. und Köln insgesamt 6 437 Jugendliche der achten bis zehnten Jahrgangsstufe zum delinquenten Verhalten befragt hat. Ergänzend wurde eine postalische Befragung unter Erwachsenen durchgeführt, mit der weitere Informationen zum Stadtteil (z.B. zur sozialen Kohäsion) erfasst werden konnten. Die Befunde dieser Studie zeigen, dass mit 3,8 Prozent ein insgesamt eher geringer Anteil der Varianz des schweren delinquenten Verhaltens (unter anderem Raub, Einbruch) durch Nachbarschaftsmerkmale erklärt werden kann. Dieser Anteil variiert mit dem Anteil an Freunden, die eine Person in ihrer Nachbarschaft hat: Bei Jugendlichen mit vielen Freunden im Stadtteil beträgt dieser Anteil 4,2 Prozent, bei denen mit nur wenigen Freunden nur 0,3 Prozent (vgl. Oberwittler 2004a, S. 214 f.). Weiterhin kommt Oberwittler zu dem Ergebnis, dass die Bedingungen im Stadtteil vor allem bei deutschen Jugendlichen (und hier wiederum bei Mädchen in höherem Maße als bei Jungen) einen Einfluss zu haben scheinen; für nichtdeutsche Jugendliche sind Stadtteile dagegen weniger relevant (vgl. Oberwittler 2003, S. 289). Im multivariaten Mehrebenenmodell zeigt sich zuletzt, dass schwere Jugenddelinquenz mit zunehmender sozialer Benachteiligung im Stadtteil steigt und mit wachsender „intergenerationaler Geschlossenheit“ sinkt. Letztere wurde durch Aussagen wie „Erwachsene in dieser Nachbarschaft kennen die Freunde ihrer Kinder“ und „Es gibt in dieser Nachbarschaft Erwachsene, zu denen Kinder aufschauen können“ erfasst (vgl. Oberwittler 2004a, S. 220).

Kunadt und Reinecke (2008) kommen zu dem Ergebnis, dass das Begehen von Gewaltdelikten nur in geringem Maße durch Gegebenheiten des Stadtteils beeinflusst wird. Sie ermitteln auf Basis einer Befragung unter 5 037 Jugendlichen der achten und zehnten Jahrgangsstufe in Duisburg 2003 eine Intraklassenkorrelation von 0,014; d.h., maximal 1,4 Prozent der Gesamtvarianz der Gewaltdelikte können durch Merkmale der Stadtteile erklärt werden. Im Vergleich verschiedener Stadtteilgruppen zeigt sich, dass 18,3 Prozent der Achtklässler, die in einem nicht desorganisierten Stadtteil leben, als Gewalttäter in Erscheinung getreten sind. Nur wenig höher fällt dieser Anteil in sehr desorganisierten Stadtteilen mit 19,4 Prozent aus (vgl. Kunadt 2010).

Einen geringen, aber dennoch signifikanten Einfluss des Stadtteils auf die Jugendgewalt berichten Rabold und Baier (2009), die in Hannover im Jahr 2006 Schülerinnen und Schüler der neunten Jahrgangsstufe befragt haben. Die Intraklassenkorrelation beträgt drei Prozent, die Gewaltraten in den einzelnen Stadtteilen schwanken zwischen 0 und 32,6 Prozent (ebenda, S. 25). Neben strukturellen Bedingungen (ethnische Heterogenität, Armutsquote) wurden in der Studie auch

soziale Faktoren (Kohäsion, positive Rollenvorbilder) in Mehrebenenmodellen daraufhin getestet, ob sie mit der individuellen Gewaltbereitschaft in Beziehung stehen. In der multivariaten Analyse trägt dabei einzig ein höherer Anteil positiver Rollenvorbilder zur Reduktion der Gewaltbereitschaft eines Jugendlichen bei. Allerdings findet sich in Korrelationsanalysen, dass strukturelle Desorganisation mit höheren Gewaltraten einhergeht; erst bei Berücksichtigung weiterer Stadtteil-eigenschaften verliert die Desorganisation ihren Einfluss, so dass davon auszugehen ist, dass die strukturellen durch die sozialen Faktoren vermittelt werden, wie dies unter anderem Sampson u.a. (1997) gezeigt haben (vgl. Rabold/Baier 2010).

Für Deutschland lässt sich auf Grundlage der bisherigen Befunde damit folgern, dass mit einer stärkeren Benachteiligung von Stadtteilen auch höhere Jugendgewaltraten einhergehen. Die Zusammenhänge sind aber alles in allem schwächer als in US-amerikanischen Studien. Dies überrascht nicht, sind doch die Verhältnisse in deutschen Großstädten kaum mit denen amerikanischer Großstädte vergleichbar. Hoch segregierte Stadtteile, „gekennzeichnet durch ökonomische, physische und ästhetische Prozesse der Entwertung, rassistische Diskriminierung, massive Arbeitslosigkeit, miserable Versorgung mit sozialer Infrastruktur, illegalem Drogenhandel, niedriger Selbstachtung, einem Klima der Furcht, der physischen und verbalen Aggression“ (Zukin 1998, zitiert nach Häußermann/Siebel 2001, S. 41), existieren in Deutschland nicht. Auch in absehbarer Zeit sind solche Zustände nicht zu erwarten, weil erstens ethnische Minderheiten in Deutschland kleiner und weniger sichtbar sind; weil zweitens die Geschichte der Immigration in Deutschland wesentlich jünger ist, die Herausbildung von Segregation aber lange Zeiträume benötigt; und weil drittens der deutsche Sozialstaat durch den sozialen Wohnungsbau, durch Transferleistungen und verschiedene Institutionen der Herausbildung von Problemvierteln entgegenwirkt (vgl. Häußermann/Siebel 2001).

Dies bedeutet nicht, dass Stadtteile in deutschen Großstädten völlig homogen wären. Friedrichs und Triemer (2009) zeigen beispielsweise anhand einer Analyse von 15 deutschen Großstädten, dass die Anteile an Sozialhilfeempfängern in den zehn „ärmsten“ Stadtteilen der untersuchten Städte im Jahr 2005 zwischen 17,4 Prozent und 28,4 Prozent betragen haben; in den „reichsten“ Stadtteilen variierten die Raten zwischen 0,2 Prozent und 0,6 Prozent. Im Zeitverlauf (von 1990 bis 2005) ist tendenziell sogar eine Zunahme der sozialen Segregation, d.h. der strukturellen Benachteiligung, zu verzeichnen. Die ethnische Segregation ist entsprechend den Analysen der Autoren über die Zeit hinweg dagegen zurückgegangen, weshalb gefolgert werden kann, dass „die Städte [...] eher sozial als ethnisch gespalten“ (ebenda, S. 77) sind.

Nachfolgend wollen wir diesen Befund der vorhandenen und sich verschärfenden innerstädtischen sozialen Segregation aufnehmen. Mittels Indikatoren der Sozialstruktur sollen Stadtteile identifiziert werden, die besonders positive und beson-

ders negative Rahmenbedingungen des Aufwachsens bieten. Für diese Stadtteile werden deskriptive Auswertungen zur Verbreitung gewalttätigen Verhaltens unter Jugendlichen präsentiert. Zusätzlich soll sich der Frage gewidmet werden, inwieweit auch die Bedingungsfaktoren von Gewaltverhalten in den Stadtgebieten variieren. Abschließend wird geprüft, ob sich differenzielle Effekte der Bedingungsfaktoren auf gewalttätiges Verhalten finden lassen.

### 3. Datenbasis und Stichprobenbeschreibung

Um den Zusammenhang zwischen der sozialen Segregation von Stadtteilen und dem jugendlichen Gewaltverhalten zu untersuchen, werden nachfolgend Daten einer Schülerbefragung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen herangezogen, die im Jahr 2006 unter Jugendlichen der neunten Jahrgangsstufe durchgeführt wurde (vgl. Rabold u.a. 2008). Angestrebt war eine Vollerhebung unter allen Schülerinnen und Schülern der neunten Klasse ( $N = 4\,822$ ). Aufgrund von Totalausfällen (Verweigerung einzelner Schulen) sowie von am Befragungstag abwesenden Schülerinnen und Schülern bzw. von solchen, deren Eltern oder die selbst die Befragung verweigerten, konnten insgesamt 3 661 Jugendliche befragt werden, was einer Rücklaufquote von 75,9 Prozent entspricht. Nachfolgend wird jedoch nur ein Teil dieser Schülerinnen und Schüler für Auswertungen herangezogen, da all jene aus dem Datensatz entfernt wurden, die nicht in Hannover wohnen ( $N = 384$ ) bzw. die keine Angabe zu ihrem Stadtteil gemacht haben ( $N = 45$ )<sup>1</sup>. Für Auswertungen stehen demnach Angaben von 3 232 Befragten zur Verfügung.

Diese Jugendlichen sind im Durchschnitt 15,0 Jahre alt. Zu 19,1 Prozent handelt es sich um Förder- bzw. Hauptschüler, zu 44,1 Prozent um Real- und Gesamtschüler und zu 36,9 Prozent um Gymnasiasten bzw. Waldorfschüler. Jeweils die Hälfte ist weiblich bzw. männlich (49,0 bzw. 51,0 Prozent). Etwas weniger als die Hälfte hat eine nichtdeutsche Herkunft (46,7 Prozent). Zur Bestimmung der Herkunft wurden nicht allein die Staatsangehörigkeit des Befragten, sondern auch dessen Angaben zur Herkunft der Eltern herangezogen.

Die befragten Jugendlichen stammen aus 49 Stadtteilen; d.h., dass aus jedem Hannoveraner Stadtteil Schülerinnen und Schüler erreicht wurden. Die Stadtteile Hannovers weisen eine nicht unerhebliche Varianz auf; allein die Einwohnerzahl variiert zwischen 827 und 42 016<sup>2</sup>. Allerdings ist die Varianz hinsichtlich anderer

1 Verschiedene Auswertungen belegen, dass Jugendliche den Stadtteil, in dem sie wohnen, sehr verlässlich berichten können (vgl. Kunadt 2010; Rabold u.a. 2008).

2 Alle Angaben zu den Stadtteilen beziehen sich auf das Jahr 2005, d.h. das Jahr vor der Befragung. Die Angaben wurden sämtlich der öffentlichen Statistik entnommen (Landeshauptstadt Hannover 2006).

Indikatoren nicht derart groß, dass von hoch segregierten Stadtteilen gesprochen werden kann. Der Anteil an arbeitslosen Personen streut beispielsweise zwischen 3,5 und 25,6 Prozent, der Anteil an Empfängern von Transferleistungen zum Lebensunterhalt („Sozialhilfe“) zwischen 2,1 und 31,6 Prozent. Der geringste Ausländeranteil liegt bei 2,5 Prozent, der höchste bei 32,9 Prozent. Dies bedeutet nicht, dass auf kleinräumigerer Ebene möglicherweise doch stärkere Segregationstendenzen existieren. Diese lassen sich aber bislang nicht sichtbar machen, da auf Nachbarschafts- oder Baublockebene keine öffentlichen Statistiken vorliegen und damit Auswertungen nur auf Stadtteilebene durchgeführt werden können.

Um dennoch die weniger von den stärker segregierten Stadtteilen zu unterscheiden, wurden verschiedene Indikatoren auf Stadtteilebene untersucht. Dabei hat sich gezeigt, dass im Gegensatz zu US-amerikanischen Städten Indikatoren wie Mobilität oder Einwohnerdichte nicht mit anderen klassischen Faktoren der strukturellen Desorganisation korrelieren<sup>3</sup>. Der Ausländeranteil ist hingegen relativ hoch mit der Arbeitslosen- und Sozialhilfequote korreliert ( $r > .80$ ); die beiden letztgenannten Faktoren korrelieren aber noch einmal deutlich höher miteinander ( $r = .99$ ). Vor dem Hintergrund der Befunde von Friedrichs und Triemer (2009) haben wir uns deshalb entschieden, die Segregation nur anhand von zwei Variablen abzubilden, die den sozialen Status eines Stadtteils beschreiben: die Arbeitslosen- und Sozialhilfequote. Beide Indikatoren wurden auf Stadtteilebene z-standardisiert und gemittelt. Danach wurden die Stadtteile zu fünf Gruppen zusammengefasst: Die „sehr guten“ und „sehr schlechten“ Stadtteile sind jeweils die fünf Stadtteile mit den niedrigsten bzw. höchsten Werten; die „eher guten“ und „eher schlechten“ Stadtteile sind jeweils die zehn Stadtteile mit den folgenden niedrigsten bzw. höchsten Werten; die „mittleren“ Stadtteile sind die 19 Stadtteile mit mittleren Werten. Es erfolgt damit keine absolute Bestimmung (nicht-)segregierter Stadtteile nach theoretischen Kriterien, sondern eine relative Bestimmung, die sich nach empirischen Kriterien richtet.

In Tabelle 1 ist die Beschreibung der Stadtteile dargestellt. Dabei zeigt sich für die Stadtteile mit sehr schlechtem sozialem Status der höchste Anteil an Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Ausländern. Die sehr guten Stadtteile weisen bei allen drei Indikatoren die niedrigsten Quoten auf. Die Einwohnerdichte ist demgegenüber in eher guten Stadtteilen am höchsten; die meisten Fortzüge finden sich in eher schlechten Stadtteilen, wobei die höchste Einwohnerstabilität in den sehr guten Stadtteilen zu beobachten ist<sup>4</sup>.

3 So beträgt z.B. die Korrelation zwischen der Mobilität (Zu- und Fortzüge im Stadtteil) und der Arbeitslosenquote nur  $r = .14$ , die Korrelation zwischen der Einwohnerdichte und der Arbeitslosenquote nur  $r = .13$ .

4 In den Schülerdaten zeigen sich vergleichbare Unterschiede hinsichtlich der strukturellen Faktoren: So gaben 22,7 Prozent der Jugendlichen in sehr schlechten Stadtteilen an, dass

Tabelle 1: Deskriptive Statistik der Stadtteilgruppen

|                            | sehr schlecht | eher schlecht | mittel      | eher gut    | sehr gut | gesamt |
|----------------------------|---------------|---------------|-------------|-------------|----------|--------|
| N Stadtteile               | 5             | 10            | <b>19</b>   | 10          | 5        | 49     |
| N Schüler                  | 309           | 599           | <b>1329</b> | 854         | 141      | 3232   |
| Arbeitslosenquote          | 22,4          | 16,5          | 12,8        | 7,4         | 4,3      | 12,9   |
| Sozialhilfequote           | <b>28,8</b>   | 19,9          | 14,4        | 6,7         | 2,7      | 14,9   |
| Anteil Ausländer           | <b>26,2</b>   | 20,7          | 13,9        | 8,8         | 5,4      | 15,0   |
| Einwohner je Hektar        | 31,6          | 40,0          | 28,9        | <b>43,5</b> | 14,2     | 24,9   |
| Fortzüge je 1000 Einwohner | 125,8         | <b>134,3</b>  | 114,0       | 100,6       | 88,7     | 116,5  |

Fett: höchster Wert je Zeile

Quelle: Eigene Darstellung.

#### 4. Empirische Befunde

Um das Gewaltverhalten der Jugendlichen zu erfragen, wurde ihnen eine Liste mit vier Delikten vorgelegt: Körperverletzung („einen anderen Menschen verprügelt und verletzt“), Bedrohung mit Waffen („einen anderen Menschen mit einer Waffe bedroht“), Erpressung („alleine oder mit anderen jemanden erpresst, dafür ‚zu bezahlen‘, dass er/sie nicht verprügelt wird“) und Raub („jemandem mit Gewalt etwas abgenommen“). Die Schülerinnen und Schüler sollten angeben, ob sie ein Delikt bereits einmal im bisherigen Leben ausgeführt haben, wann sie es zum ersten Mal und wie häufig sie es in den letzten zwölf Monaten ausgeführt haben. Tabelle 2 belegt, dass das Gewaltverhalten signifikant mit der Stadtteilzugehörigkeit variiert. In ihrem bisherigen Leben haben 26,8 Prozent der Jugendlichen aus sehr schlechten Stadtteilen mindestens eine Gewalttat ausgeführt, aber nur 12,1 Prozent derjenigen Jugendlichen aus sehr guten Stadtteilen. In Bezug auf die letzten zwölf Monate beträgt die Gewalttätterrate in sehr schlechten Stadtteilen 19,3 Prozent, in sehr guten Stadtteilen 7,1 Prozent. Mittels logistischer Regressionsanalysen lässt sich zeigen, dass sich die Jugendlichen aus sehr schlechten Stadtteilen signifikant (10-Prozent-Niveau) von den Jugendlichen aus den mittleren, eher guten und sehr guten Stadtteilen unterscheiden; die Jugendlichen aus

---

mindestens ein Elternteil derzeit arbeitslos ist; bei jenen aus sehr guten Stadtteilen sind es nur 5,1 Prozent. Sozialhilfe/Arbeitslosengeld II beziehen 32,6 Prozent der Familien der sehr schlechten Stadtteile und nur 5,8 Prozent der Familien der sehr guten Stadtteile. Der Migrantenanteil in der Jugendgeneration beträgt in erstgenannten Stadtteilen 72,5 Prozent, in letztgenannten Stadtteilen nur 22,0 Prozent.



sehr guten Stadtteilen unterscheiden sich von allen anderen Gruppen signifikant<sup>5</sup>. Jugendliche Gewalttäter aus sehr schlechten Stadtteilen begehen zudem besonders viele Taten: Ein Gewalttäter hat hier im Durchschnitt 8,1 Taten verübt, in sehr guten Stadtteilen kommen auf einen Täter nur 3,6 Taten. Keinen Unterschied gibt es hinsichtlich des Alters zum Zeitpunkt der Erstbegehung einer Gewalttat. Damit gilt, dass sich in sehr schlechten und eher schlechten Stadtteilen mehr Jugendliche gewalttätig verhalten; sie fangen damit aber durchschnittlich nicht früher an.

Tabelle 2: Gewaltverhalten nach Stadtteilgruppe (in % bzw. Mittelwerte)

|              |                          | sehr schlecht | eher schlecht | mittel       | eher gut | sehr gut | gesamt | Cramers V bzw. F-Wert |
|--------------|--------------------------|---------------|---------------|--------------|----------|----------|--------|-----------------------|
| gesamt       | Lebenszeitprävalenz      | <b>26,8</b>   | 25,9          | 22,8         | 20,7     | 12,1     | 22,7   | .074**                |
|              | Alter 1. Mal             | 12,26         | 11,99         | <b>12,52</b> | 12,16    | 12,35    | 12,29  | 1.015                 |
|              | 12-Monats-Prävalenz      | <b>19,3</b>   | 18,5          | 15,0         | 14,5     | 7,1      | 15,6   | .070**                |
|              | Anzahl Taten (nur Täter) | <b>8.10</b>   | 3.64          | 4.52         | 5.24     | 3.60     | 4.90   | 2.513*                |
| deutsch      | 12-Monats-Prävalenz      | <b>15,3</b>   | 14,1          | 10,7         | 11,7     | 8,2      | 11,6   | .051                  |
| nichtdeutsch | 12-Monats-Prävalenz      | 20,8          | <b>21,6</b>   | 20,3         | 19,4     | 3,2      | 20,1   | .064                  |
| Jungen       | 12-Monats-Prävalenz      | 28,4          | <b>29,0</b>   | 22,7         | 21,2     | 10,7     | 23,4   | .098**                |
| Mädchen      | 12-Monats-Prävalenz      | 8,0           | <b>8,8</b>    | 7,3          | 7,5      | 3,0      | 7,5    | .042                  |

Fett: höchster Wert je Zeile, \*  $p < .05$ , \*\*  $p < .01$

Quelle: Eigene Darstellung.

Eine nach Subgruppen differenzierte Auswertung der Prävalenzraten zeigt darüber hinaus, dass insbesondere männliche Schüler von der sozialen Segregation des Stadtteils beeinflusst werden: Für Jungen aus sehr schlechten und eher schlechten Stadtteilen ergeben sich die höchsten Prävalenzraten (28,4 bzw. 29,0 Prozent); bei Jungen aus sehr guten Stadtteilen ist die Rate nur ein Drittel so hoch (10,7 Prozent). Der Befund von Oberwittler (2003), nach dem die Gewaltbereitschaft der Mädchen in höherem Maße durch den sozialräumlichen Kontext beeinflusst wird, lässt sich also nicht replizieren. Grundsätzlich findet sich aber bei allen Gruppen die gleiche Tendenz, nach der in Stadtteilen mit hoher Benach-

5 Es ist darauf hinzuweisen, dass Signifikanztests von beschränkter Aussagekraft sind, weil eine Vollerhebung anvisiert und ein Großteil der Schülerinnen und Schüler auch erreicht wurde.

teilung höhere Raten zu beobachten sind als in Stadtteilen mit geringer sozialer Benachteiligung. Bei nichtdeutschen und weiblichen Befragten verläuft die Trennlinie im Wesentlichen zwischen den Jugendlichen aus sehr guten Stadtteilen und den restlichen Jugendlichen.

Tabelle 3: Bedingungsfaktoren des Gewaltverhaltens nach Stadtteilgruppe (in Prozent bzw. Mittelwerte)

|  | sehr schlecht (1) | eher schlecht (2) | mittel (3) | eher gut (4) | sehr gut (5) | gesamt | Cramers V bzw. F-Wert | (1) zu ..1 | (5) zu ... 1 |
|--|-------------------|-------------------|------------|--------------|--------------|--------|-----------------------|------------|--------------|
| Anteil Gymnasias-ten                       | 19,7              | 34,2              | 33,2       | 44,0         | <b>78,0</b>  | 36,9   | .229***               | 2,3,4,5    | 1,2,3,4      |
| schwere Elterngewalt in letzten 12 Monaten | 11,3              | <b>12,2</b>       | 6,8        | 6,1          | 3,6          | 7,9    | .095***               | 3,4,5      | 1,2          |
| Konflikte in Nachbarschaft                 | <b>1,95</b>       | <b>1,95</b>       | 1,87       | 1,81         | 1,74         | 1,87   | 5,114***              | 3,4,5      | 1,2,3        |
| Besuch Disko/Jugendclub                    | 2,32              | <b>2,44</b>       | 2,26       | 2,20         | 1,80         | 2,26   | 11,039***             | 4,5        | 1,2,3,4      |
| geringe Selbstkontrolle                    | 2,72              | <b>2,85</b>       | 2,70       | 2,66         | 2,58         | 2,72   | 4,615**               | 2          | 2            |
| mehr als 3 gewalttätige Freunde            | <b>20,4</b>       | 17,1              | 13,0       | 11,1         | 5,8          | 13,6   | .088***               | 3,4,5      | 1,2,3,4      |
| mehr als 4 Tage geschwänzt                 | <b>14,6</b>       | 10,3              | 11,4       | 10,5         | 4,3          | 10,9   | .059*                 | 2,4,5      | 1,2,3,4      |

1 Dargestellt sind signifikante Unterschiede zwischen Gruppe 1 und Gruppe 5 (den beiden Extremgruppen) und allen anderen Gruppen ( $p < .10$ ; logistische bzw. lineare Regressionsanalysen), **Fett**: höchster Wert je Zeile, \*  $p < .05$ , \*\*  $p < .01$ , \*\*\*  $p < .001$

Quelle: Eigene Darstellung.

Mit der Stadtteilzugehörigkeit variiert nicht nur die Gewaltbereitschaft der Jugendlichen, sondern es ergeben sich auch für verschiedene, als Bedingungsfaktoren gewalttätigen Verhaltens gehandelte Variablen signifikante Unterschiede (vgl. Tabelle 3). Jugendliche aus sehr schlechten Stadtteilen besuchen besonders selten ein Gymnasium, Jugendliche aus sehr guten Stadtteilen hingegen besonders oft. Vom Erleben schwerer Elterngewalt (mit Gegenstand geschlagen, mit Faust geschlagen/getreten, geprügelt/zusammengeschlagen) berichten allerdings die Schülerinnen und Schüler aus sehr schlechten Stadtteilen nur am zweithäufigsten; die Schülerinnen und Schüler aus eher schlechten Stadtteilen haben dies etwas häufiger erfahren müssen. Jene Jugendliche berichten auch am häufigsten davon, sich an von Erwachsenen unkontrollierten Freizeitorten aufzuhalten (Diskotheken, Jugendclubs/Jugendzentren, fester Treffpunkt der Clique). Die Selbstkontrollfähigkeiten dieser Jugendlichen sind noch etwas geringer ausgeprägt als die Fähigkei-

ten der Jugendlichen aus sehr schlechten Stadtteilen<sup>6</sup>. Konflikte zwischen den Nachbarn, erfasst über die beiden Aussagen „Hier gibt es häufiger Konflikte zwischen den Nachbarn“ und „Die Leute hier haben keine gemeinsamen Werte“, nehmen Jugendliche aus eher und sehr schlechten Stadtteilen häufiger wahr. Die Schülerinnen und Schüler aus sehr schlechten Stadtteilen berichten zuletzt am häufigsten davon, mehr als drei Freunde zu kennen, die selbst schon Gewalttaten ausgeführt haben, sowie davon, die Schule intensiv zu schwänzen. Hinsichtlich der meisten in Tabelle 3 aufgeführten Variablen zeigt sich, dass sich die Jugendlichen aus der ersten Gruppe signifikant von den Jugendlichen aus den Gruppen drei, vier und fünf unterscheiden; die Jugendlichen der fünften Gruppe unterscheiden sich meist signifikant von den Schülerinnen und Schülern der ersten und zweiten Gruppe. Insofern lässt sich folgern, dass sich in schlechten und sehr schlechten Stadtteilen bestimmte Erziehungsstile, Persönlichkeitseigenschaften und Beziehungsnetzwerke häufen und darüber auch mit einer erhöhten Gewaltbereitschaft der Jugendlichen in diesen Stadtteilen in Beziehung stehen.

Die Beziehungen zwischen den Bedingungsfaktoren und dem Gewaltverhalten stellen sich in den verschiedenen Stadtteilgruppen sehr ähnlich dar, wobei es dennoch Niveauunterschiede gibt. Wir verzichten hier auf die Berechnung multivariater Analysen, weil in den einzelnen Gruppen zum Teil recht wenige Fälle vorhanden sind, um simultan neun unabhängige Variablen zu testen. Stattdessen werden in Tabelle 4 die Korrelationen betrachtet, die sich zwischen den Variablen ergeben. Männliche Jugendliche sind demnach in allen Gruppen häufiger Täter als weibliche Jugendliche, nur in den sehr guten Stadtteilen ist dieser Unterschied nicht signifikant. In diesen Stadtteilen ergibt sich auch das einzige Mal ein zu den anderen Gebieten konträres Ergebnis: Migranteng jugendliche in diesen Stadtteilen sind seltener Täter als einheimische Deutsche (nicht signifikant); in den anderen Gebieten ist die Korrelation positiv, wobei in den sehr schlechten Gebieten ebenfalls keine Signifikanz erreicht wird. Der Effekt in den sehr guten Stadtteilen steht wahrscheinlich mit der dort unterschiedlichen Migrantenzusammensetzung in Zusammenhang, da sich in sehr guten Stadtteilen sehr viel seltener Migrantenfamilien mit multiplen Problembelastungen niederlassen.

Der Besuch eines Gymnasiums verringert die Gewaltbereitschaft, das Erleben elterlicher Gewalt erhöht sie. Für die beiden Extremgruppen (sehr schlechte und sehr gute Stadtteile) werden die Zusammenhänge als nicht signifikant ausgewiesen. Eine höhere wahrgenommene Konfliktintensität in der Nachbarschaft geht mit einer erhöhten Gewaltbereitschaft einher, vor allem in den weniger benachteiligten Stadtteilen; Gleiches gilt für das häufige Schulschwänzen, das nur in der

<sup>6</sup> Die Selbstkontrolle wurde über drei Subskalen erhoben (Impulsivität, Risikosuche, unbeständiges Temperament); hohe Werte stehen für eine niedrige Selbstkontrolle (vgl. zum Wortlaut der Items und den Eigenschaften der Gesamtskala wie der Subskalen Rabold u.a. 2008, S. 85).

Gruppe der Jugendlichen aus sehr schlechten Stadtteilen nicht signifikant mit der Gewalttäterschaft in Beziehung steht. Der häufige Besuch von Orten, die der Kontrolle Erwachsener weitestgehend entzogen sind, der Kontakt mit gewalttätigen Freunden sowie die niedrige Selbstkontrolle erhöhen in alle fünf Gebieten signifikant die Bereitschaft, Gewalttaten zu begehen. Besonders hoch sind dabei die Korrelationen in den sehr schlechten Stadtteilen.

Tabelle 4: Korrelationen zwischen Bedingungsfaktoren und Gewaltverhalten nach Stadtteilgruppe (Phi- bzw. punktbiseriale Korrelation)

|  | sehr schlecht | eher schlecht | mittel | eher gut | sehr gut | gesamt |
|--|---------------|---------------|--------|----------|----------|--------|
| Geschlecht: männlich                       | .257          | .261          | .215   | .195     | .148     | .220   |
| Herkunft: nichtdeutsch                     | .063          | .095          | .133   | .104     | -.080    | .117   |
| Besuch Gymnasium                           | -.099         | -.163         | -.157  | -.169    | -.053    | -.162  |
| schwere Elterngewalt in letzten 12 Monaten | .064          | .172          | .137   | .193     | .096     | .153   |
| Konflikte in Nachbarschaft                 | .108          | .032          | .079   | .073     | .275     | .082   |
| Besuch Disko/Jugendclub                    | .344          | .273          | .249   | .312     | .350     | .287   |
| geringe Selbstkontrolle                    | .474          | .401          | .337   | .429     | .363     | .391   |
| mehr als 3 Gewaltfreunde                   | .535          | .463          | .370   | .503     | .409     | .447   |
| mehr als 4 Tage geschwänzt                 | .036          | .154          | .209   | .333     | .216     | .212   |

Fett: Korrelation signifikant bei  $p < .05$

Quelle: Eigene Darstellung.

## 5. Zusammenfassung

Die Auswertungen haben gezeigt, dass in strukturell benachteiligten Stadtteilen die Gewaltbereitschaft höher ausfällt als in strukturell besser gestellten Stadtteilen. Dies entspricht den Befunden der internationalen Forschung. Die Unterschiede sind dabei freilich eher gering: Jugendliche aus den am stärksten benachteiligten Stadtteilen sind nur 2,7-mal häufiger als Gewalttäter in Erscheinung getreten als Jugendliche aus den am wenigsten benachteiligten Stadtteilen (19,3 zu 7,1 Prozent); die Abstände zu den mittleren Stadtteilen sind noch geringer. Erklärbar sind diese eher geringen Unterschiede einerseits damit, dass Gewaltverhalten im Jugendalter besonders häufig vorkommt, d.h. auch unter jenen Jugendlichen, die bis dato keine Auffälligkeiten gezeigt haben. Delinquenz im Jugendalter ist ubiquitär, zumindest in ihrer sporadischen Form. Da wir uns stärker auf die Prävalenzraten konzentriert haben, werden Unterschiede tendenziell unterschätzt. Ein Blick auf die Anzahl der began-

genen Taten konnte aber zeigen, dass vor allem die Gewalttäter in sehr benachteiligten Stadtteilen besonders viele Taten begehen. Ein zweiter Grund für die insgesamt geringen Unterschiede dürfte darin zu suchen sein, dass die Lebenswelten in deutschen Großstädten weniger differieren als beispielsweise in US-amerikanischen Großstädten. Stadtteile mit einem Ausländeranteil in der Gesamtbevölkerung oder einer Armutsquote von über 50 Prozent existieren in Hannover nicht. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote in den „sehr schlechten“ Stadtteilen beträgt 22,4 Prozent, in den „sehr guten“ Stadtteilen 4,3 Prozent. Auf Stadtteilebene lassen sich mithin keine ghettoartigen, stark segregierten Stadtteile identifizieren. Ob dies auf Nachbarschafts- oder Baublockebene möglich ist, lässt sich wegen fehlender Daten bislang nicht beurteilen. Von diesen kleineren Einheiten würde eventuell ein noch stärkerer sozialisatorischer Effekt ausgehen.

Die zwischen den Stadtteilgruppen identifizierten Unterschiede in den Gewalttäterquoten variieren in der zu erwartenden Richtung mit Unterschieden in der Verteilung zentraler Bedingungsfaktoren; oder anders ausgedrückt: Die Unterschiede in den Gewaltraten lassen sich vollständig erklären, wenn Faktoren wie die Erziehung, die Persönlichkeit und die Beziehungsnetzwerke der Jugendlichen berücksichtigt werden. Dies ist deshalb der Fall, weil sich die Zusammenhänge zwischen diesen Faktoren und der Gewalttäterschaft im Prinzip in allen Stadtteilgruppen gleich gestalten. Vor allem der enge Kontakt mit delinquenten Freunden, das häufige Aufsuchen von der Erwachsenenkontrolle teilweise enthobenen Freizeitorten sowie mangelnde Selbstkontrollfähigkeiten erhöhen in allen Gruppen das Gewaltisiko. Alle drei Faktoren liegen bei Jugendlichen aus (sehr) schlechten Stadtteilen häufiger vor als bei Jugendlichen aus (sehr) guten Stadtteilen.

Die wesentliche Schlussfolgerung aus den Analysen ist deshalb, dass das Ausmaß der Segregation eines Stadtteils, hier gemessen über dessen soziale Benachteiligung, letztlich keinen eigenständigen Verstärkungseffekt auf das Gewaltisiko ausübt. Segregation in bundesdeutschen Großstädten führt nicht unmittelbar in die Gewaltdelinquenz. Entscheidend für ein erhöhtes Gewaltisiko sind vielmehr die meso- und mikrosozialen Bedingungen (Familie, Freunde, Freizeit), unter denen ein Jugendlicher aufwächst. Diese wiederum sind nicht unabhängig von den makrosozialen Rahmenbedingungen und insofern auch nicht unabhängig von der strukturellen Beschaffenheit eines Stadtteils (vgl. Rabold/Baier 2010). Es bleibt dabei weiteren Studien vorbehalten zu klären, wie sich die makrosozialen Bedingungen letztlich in die meso- und mikrosozialen Gegebenheiten übersetzen. Denn bislang gibt es nur wenig Erkenntnisse darüber, welche konkreten Mechanismen zu erklären helfen, warum sich Jugendliche in benachteiligten Stadtgebieten häufiger an unkontrollierten Freizeitorten treffen, warum sie sich häufiger zu delinquenten Freundesgruppen zusammenschließen oder warum sie häufiger Gewalt durch die eigenen Eltern ausgesetzt sind.

## Literatur

- Brody, G. H./Ge, X./Conger, R./Gibbons, F. X./Murry, V. M./Gerrard, M./Simons, R. L. (2001): The Influence of Neighborhood Disadvantage, Collective Socialization, and Parenting on African American Children's Affiliation with Deviant Peers, in: *Child Development*, 72 (4), S. 1231-1246.
- Cohen, L. E./Felson, M. (1979): Social Change and Crime Rate Trends. A Routine Activity Approach, in: *American Sociological Review*, 44 (4), S. 588-608.
- Crane, J. (1991): The Epidemic Theory of Ghettos and Neighborhood Effects on Dropping Out and Teenage Childbearing, in: *American Journal of Sociology*, 96 (5), S. 1226-1259.
- Friedrichs, J./Triemer, S. (2009): *Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten*, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Häußermann, H./Siebel, W. (2001): Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, [http://www.schader-stiftung.de/docs/haeussermann\\_-\\_siebel\\_gutachten.pdf](http://www.schader-stiftung.de/docs/haeussermann_-_siebel_gutachten.pdf) [04.06.2009].
- Hay, C./Fortson, E. N./Hollist, D. R./Altheimer, I./Schaible, L. M. (2006): The Impact of Community Disadvantage on the Relationship between Family and Juvenile Crime, in: *Journal of Research in Crime and Delinquency*, 43 (4), S. 326-356.
- Jencks, C./Mayer, S. E. (1990): The Social Consequences of Growing Up in a Poor Neighborhood, in: Lynn, L./McGeary, M. (Hrsg.): *Inner-city Poverty in the United States*, Washington D.C., S. 111-153.
- Kunadt, S. (2010): Sozialräumliche Determinanten der Jugendkriminalität. Test eines Modells informeller Sozialkontrolle zur Erklärung des Gewalthandelns Jugendlicher aus verschiedenen Duisburger Ortsteilen, in: Oberwittler, D./Rabold, S./Baier, D. (Hrsg.): *Städtische Armutsquartiere – Kriminelle Lebenswelten? Studien zu sozialräumlichen Kontexteffekten auf Jugendkriminalität und Kriminalitätswahrnehmungen*, Wiesbaden, im Druck.
- Kunadt, S./Reinecke, J. (2008): Jugendkriminalität und öffentliche Missstände, in: *Stadtforschung und Statistik*, 1, S. 19-23.
- Landeshauptstadt Hannover (Hrsg.) (2006): *Strukturdaten der Stadtteile und Stadtbezirke 2006*, <http://www.hannover.de/data/download/s/statistik/Strukturdaten06/strukturdaten2006.pdf> [06.03.2007].
- Lynam, D. R./Caspi, A./Moffitt, T. E./Wikstroem, P.-O. H./Loeber, R./Novak, S. (2000): The Interaction Between Impulsivity and Neighborhood Context on Offending: The Effects of Impulsivity Are Stronger in Poorer Neighborhoods, in: *Journal of Abnormal Psychology*, 109, S. 563-574.
- Oberwittler, D. (2003): Geschlecht, Ethnizität und sozialräumliche Benachteiligung – überraschende Interaktionen bei sozialen Bedingungsfaktoren von Gewalt und schwerer Eigentumsdelinquenz von Jugendlichen, in: Lamnek, S./Boatca, M. (Hrsg.): *Geschlecht – Gewalt – Gesellschaft*, Opladen (Otto-von-Freising-Tagungen der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, Bd. 4), S. 269-294.
- Oberwittler, D. (2004a): A Multilevel Analysis of Neighbourhood Contextual Effects on Serious Juvenile Offending. The Role of Subcultural Values and Social Disorganization, in: *European Journal of Criminology*, 1 (2), S. 201-236.

- Oberwittler, D. (2004b): Stadtstruktur, Freundeskreise und Delinquenz: Eine Mehrebenenanalyse zu sozialökologischen Kontexteffekten auf schwere Jugenddelinquenz, in: Oberwittler, D./Karstedt, S. (Hrsg.): *Soziologie der Kriminalität*, Wiesbaden (Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie), S. 135-170.
- Rabold, S./Baier, D. (2009): Stadtteile als Bedingungsfaktoren von Jugendgewalt, in: *Stadtforschung und Statistik*, 1, S. 24-28.
- Rabold, S./Baier, D. (2010): Sozialräumlicher Kontext und Jugenddelinquenz. Zum Einfluss von Stadteigenschaften auf gewalttätiges Verhalten von Jugendlichen am Beispiel Hannovers, in: Oberwittler, D./Rabold, S./Baier, D. (Hrsg.): *Städtische Armutsquartiere – Kriminelle Lebenswelten? Studien zu sozialräumlichen Kontexteffekten auf Jugendkriminalität und Kriminalitätswahrnehmungen*, Wiesbaden, im Druck.
- Rabold, S./Baier, D./Pfeiffer, C. (2008): Jugendgewalt und Jugenddelinquenz in Hannover. Aktuelle Befunde und Entwicklungen seit 1998, Hannover (KFN Forschungsberichte Nr. 105).
- Sampson, R. J./Groves, W. B. (1989): Community Structure and Crime: Testing Social-Disorganization Theory, in: *American Journal of Sociology*, 94 (4), S. 774-802.
- Sampson, R. J./Raudenbush, S. W./Earls, F. (1997): Neighborhoods and Violent Crime: A Multilevel Study of Collective Efficacy, in: *Science*, 277, S. 918-924.
- Shaw, C. R./McKay, H. D. (1969 [1942]): *Juvenile Delinquency and Urban Areas: A Study of Rates of Delinquency in Relation to Differential Characteristics of Local Communities in American Cities* (Revised Edition), Chicago.
- Simons, R. L./Lin, K. H./Gordon, L. C./Brody, G. H./Murry, V./Conger, R. D. (2002): Community Differences in the Association Between Parenting Practices and Child Conduct Problems, in: *Journal of Marriage and Family*, 64 (2), S. 331-345.
- Vazsonyi, A. T./Cleveland, H. H./Wiebe, R. P. (2006): Does the Effect of Impulsivity on Delinquency Vary by Level of Neighborhood Disadvantage?, in: *Criminal Justice and Behaviour*, 33 (4), S. 511-541.
- Wikstroem, P.-O. H./Sampson, R. J. (2003): Social Mechanisms of Community Influences on Crime and Pathways in Criminality, in: Lahey, B. B./Moffitt, T. E./Caspi, A. (Hrsg.): *Causes of Conduct Disorder and Juvenile Delinquency*, New York/London, S. 118-148.
- Wilson, W. J. (1987): *The Truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass and Public Policy*, Chicago/London.
- Zukin, S. (1998): How 'Bad' is it? Institutions and Intentions in the Study of American Ghetto, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 22 (3), S. 511-520.





Jürgen Mansel, Sandra Legge und Wilhelm Heitmeyer

## **Prekarität, Deprivationserleben und Armut in wirtschaftlich prosperierenden und in abwärtsdriftenden Regionen**

### **Abwertungsprozesse und Gewaltpotenzial im Vergleich**

**Zusammenfassung:** Im Beitrag wird überprüft, ob die Wirtschaftsstärke einer Region sich dahingehend auswirkt, dass die Anwohner in strukturschwachen Gebieten stärker dazu tendieren, Angehörige potenzieller Konkurrentengruppen abzuwerten, als Personen, die in einer strukturstarken Region leben. Hierzu wurden den Individualdaten aus den bisher acht Querschnittserhebungen des Projektes „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte solche Strukturdaten zugespielt, die eine Einschätzung der Wirtschaftsstärke der jeweiligen Regionen erlauben. Grundlage der vorgenommenen Analysen sind die Daten von insgesamt 17 349 Personen aus 241 verschiedenen Kreisen und kreisfreien Städten. Gezeigt wird zunächst, dass Personen in wirtschaftlich abwärtsdriftenden Regionen in stärkerem Maße von Desintegrationsrisiken betroffen sind als solche in wirtschaftlich aufstrebenden Gebieten. Mehrebenenanalysen ergeben, dass die Wirtschaftsstärke einer Region unabhängig vom individuellen Desintegrationsniveau einen Effekt auf das Ausmaß von fremdenfeindlichen Einstellungen und Gewaltakzeptanz der Anwohner der jeweiligen Region hat.

### **1. Zur Kontextgebundenheit von Lebensqualität**

Die Lebensqualität und das Wohlstandsniveau, welches Personen zuteil wird, hängen trotz aller Globalisierungsprozesse weiterhin maßgeblich von der Wirtschaftskraft eines Landes bzw. Nationalstaates ab. So werden auch innerhalb der Europäischen Union zum Teil massive Differenzen hinsichtlich der durchschnittlich verfügbaren Einkommen, der Zufriedenheit mit den finanziellen Mitteln, die Haushalten zur Verfügung stehen, sowie des Anteils der von Armut betroffenen bzw. bedrohten Haushalte ermittelt (vgl. z.B. Noll/Weick 2009). Aber auch innerhalb eines einzelnen Staatengefüges unterscheiden sich einerseits die Opportunitäten und Handlungsmöglichkeiten und andererseits die Beschränkungen und

Restriktionen, denen Personen unterliegen, maßgeblich nach regionalen Kontextfaktoren und den sich dort den jeweiligen Anwohnern bietenden Gelegenheitsstrukturen. Die räumliche Nähe zu bzw. die Erreichbarkeit von attraktiven Arbeitsplätzen, Kulturangeboten, Konsummöglichkeiten, die Verfügbarkeit infrastruktureller und institutioneller Einrichtungen etc. bestimmen maßgeblich die Qualität der alltäglichen Lebensgestaltung.

Untersuchungen zur Armut- und Reichtumsentwicklung zeigen, dass sich in Deutschland in den letzten Jahren nicht nur die soziale Kluft zwischen Armen und Reichen vergrößert hat (vgl. Goebel u.a. 2008, S. 164 ff.; Mansel/Heitmeyer 2005)<sup>1</sup>, sondern auch, dass sich Armutslagen räumlich verdichten, d.h. Armut in bereits bestehenden Armutsgeländen zunimmt, während sie in privilegierten und/oder in wirtschaftlicher Hinsicht strukturstarken Regionen zum Teil abnimmt (vgl. Blasius u.a. 2008; Farwick 2001). Bei dieser räumlichen Verdichtung von Armutslagen sind drei Faktoren bedeutsam:

- sozial bessergestellte und gut verdienende Personen verlagern ihren Wohnsitz aus den von Verarmungsprozessen bedrohten Regionen in attraktivere Wohngegenden,
- statusniedere Personen ziehen wegen günstiger Mieten zu bzw. werden durch die kommunalen Wohnungsämter in Sozialwohnungen der armutsbedrohten Regionen eingewiesen,
- die ungünstige Qualifikationsstruktur der Bewohnerinnen und Bewohner macht diese anfälliger für Arbeitslosigkeit und die Angewiesenheit auf staatliche Transferleistungen (vgl. Blasius u.a. 2008, S. 8).

Wir gehen davon aus, dass solche Kontexte bei Anwohnern Wirkungen hinterlassen und die sozialräumliche Konzentration sozialer Benachteiligung über die individuell erfahrene Benachteiligung hinausgehend zusätzliche Folgen hat (Friedrichs 1998). Als vermittelnde Mechanismen sind dabei unterschiedliche Varianten denkbar. Möglich ist z.B., dass im sozialen Nahraum Vorbilder für erfolgreiche Karriereverläufe sowie Repräsentanten gesellschaftlich akzeptierter Werte und Normen fehlen und/oder keine Netzwerke vorhanden sind, die Unterstützung leisten könnten, um etwa nach einer Phase der Arbeitslosigkeit in das Erwerbsle-

---

1 Nach einer Stagnation des Gini-Koeffizienten Ende der 1990er-Jahre steigt dieser seit 2000 deutlich an. Der Gini-Koeffizient oder auch Gini-Index ist ein statistisches Maß, das vom italienischen Statistiker Corrado Gini zur Darstellung von Ungleichverteilungen entwickelt wurde. Der Koeffizient kann beispielsweise als Kennzahl für die Ungleichverteilung von Einkommen oder Vermögen eingesetzt werden. Er wird besonders in der Wohlfahrtsökonomie verwendet. Gini-Koeffizienten können beliebige Werte zwischen 0 (das Vermögen eines Staates ist auf alle Bewohner gleichmäßig verteilt) und 1 (das gesamte Vermögen eines Staates gehört einem einzigen Bewohner) annehmen. Je näher der Gini-Koeffizient an 1 ist, desto größer ist die Ungleichheit (zum Beispiel einer Einkommensverteilung) (vgl. z.B. Sen 1997).

ben zurückzukehren (vgl. z.B. Oberwittler 2003). Denkbar ist auch, dass marode Bausubstanz, Unrat auf Straßen und Plätzen etc. („incivilities“) bei Anwohnern Resignation und Apathie hervorrufen, weil „eh' nichts mehr zu retten ist“ und quasi alle Mühen als umsonst angesehen werden (so z.B. Häfele/Lüdemann 2006). Auch wenn die subjektive Verarbeitung solcher Lebensbedingungen entscheidend für Ausmaß und Art der Folgen ist, so kann davon ausgegangen werden, dass der unmittelbare Lebensraum eigenständige Effekte erzeugt – und zwar dadurch, dass Standards und Erwartungshaltungen gesetzt werden, die als Orientierungspunkte für Alltagsroutinen, Verhaltensweisen und Einstellungen dienen. Erfahren Personen erhebliche Begrenzungen in dem sie umgebenden Lebensraum, kann das die Integration in das soziale Gefüge behindern. Wird der materielle Lebensstandard als gefährdet wahrgenommen, kann dies nicht zuletzt auch Folgen für das Selbstwertgefühl und soziale Klima in einer Wohnregion haben. Unter solchen Bedingungen wird, so nehmen wir an, ein Nährboden dafür geschaffen, dass Personen, die als potenzielle Konkurrenten um knappe Güter betrachtet werden, zwecks Kompensation des beschädigten Selbstwertgefühls abgewertet werden. Damit wächst die Wahrscheinlichkeit, dass Vorurteile und Ressentiments gegenüber schwachen Bevölkerungsgruppen übernommen werden und die Akzeptanz von aggressivem bzw. gewaltbereitem Verhalten zunimmt.

Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden nach einer knappen Darstellung des zugrunde liegenden Datenmaterials (Abschnitt 2) individuelle Desintegrationserfahrungen, wahrgenommene Desintegrationsrisiken und Desintegrationsängste (Abschnitt 3) sowie das Ausmaß der Abwertung von potenziellen Konkurrentengruppen und der Gewaltakzeptanz (Abschnitt 4) bei Personen in strukturschwachen, wirtschaftlich abwärtsdriftenden Regionen mit solchen von Personen in prosperierenden Kreisen und kreisfreien Städten verglichen. Insofern unsere Annahme zutrifft und das individuelle Desintegrationsniveau von Personen in abwärtsdriftenden Regionen jenes von Personen in strukturstarken Regionen übersteigt, wäre allein aufgrund dieses Sachverhalts zu erwarten, dass Anwohner aus den strukturschwachen Regionen eher offen für Vorurteile und Ressentiments gegenüber potenziellen Konkurrentengruppen sind. Über diese Zusammenhänge zwischen Desintegration und Abwertungsprozessen sowie Gewaltakzeptanz (siehe hierzu z.B. Endrikat u.a. 2002; Mansel 2004) hinausgehend wird hier die räumliche Komponente als ein zusätzlicher Einflussfaktor hinzugefügt. Um zu überprüfen, inwiefern Kontexte eigene Wirkungen entfalten, werden in Abschnitt 5 Mehrebenenanalysen<sup>2</sup> durchgeführt, mit deren Hilfe sich aufzeigen lässt, ob auch unter Berücksichtigung des individuellen Desintegrationsniveaus (Level 1) solche Kontexteffekte (Level 2) existieren.

2 Mehrebenenmodelle ermöglichen die gleichzeitige Analyse hierarchischer, auf verschiedenen Ebenen angesiedelter Daten (vgl. Engel 1998).

## 2. Datengrundlage

Der letzte Auswertungsschritt macht Zweierlei erforderlich: Den Analysen sind erstens solche Daten zugrunde zu legen, bei denen gewährleistet ist, dass anhand objektiver Strukturdaten für möglichst kleinräumige Gebiete der regionale wirtschaftliche Wohlstand (von z.B. prosperierend über stagnierend bis abwärtsdriftend) in feingliedrig abgestufter Form ermittelt werden kann; zweitens und zusätzlich müssen in den jeweiligen Gebieten bei einer hinreichenden Anzahl von Personen die interessierenden Merkmale bzw. Einstellungen erhoben worden sein. Da bei den im Rahmen des Projekts „*Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*“ (GMF) seit 2002 im jährlichen Abstand durchgeführten acht Querschnittserhebungen zum einen mittlerweile 19 000 Personen<sup>3</sup> befragt wurden und diesen Individualdaten zum anderen auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte die Daten des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) zur regionalen wirtschaftlichen Situation zugeordnet werden können, liegt ein für die beabsichtigten Berechnungen geeigneter Datensatz vor.

### 2.1 Jährliche Surveyerhebungen im GMF-Projekt

Bei den jährlichen Surveyerhebungen im Rahmen des GMF-Projektes handelt es sich um mit einem standardisierten Erhebungsinstrument durchgeführte Telefonbefragungen (CATI-Methode)<sup>4</sup>. Durch diese Befragungsform wird der Interviewdauer ein deutliches Limit gesetzt<sup>5</sup>. Um dennoch eine Vielzahl von Variablen zu erheben und unterschiedliche Erklärungsansätze zu testen, wurden für die Operationalisierung weitgehend Kurzskalen (mit in der Regel zwei bis fünf Statements pro Konstrukt bzw. Subdimension) eingesetzt. Die von der Forschergruppe meist in Anlehnung an bewährte Instrumente entwickelten Kurzskalen wurden in mehreren Pretests erprobt und getestet. Als Antwortvorgaben wurden zumeist vierstufige Likert-Skalierungen eingesetzt<sup>6</sup>.

Die Grundgesamtheit für die Stichproben waren dabei jeweils Privathaushalte in Deutschland. Die Stichproben wurden disproportional zugunsten der Bevölkerung in den neuen Bundesländern geschichtet (zwei Drittel West, ein Drittel Ost).

3 In den Jahren 2002 bis 2004 wurde eine Zufallsauswahl mit einer Stichprobe von jeweils N = 3 000 Personen und in den Jahren 2005 bis 2008 von jeweils N = 2 000 Personen im Alter von über 16 Jahren befragt.

4 CATI = Kurzform für „Computer Assisted Telephone Interview“. Durchgeführt wurde die Befragung von TNS Infratest München.

5 Die durchschnittliche Interviewdauer lag bei etwa 30 Minuten.

6 Likert-Skalierungen = nach dem amerikanischen Psychologen R. A. Likert benanntes Verfahren zur Messung von Einstellungen. Die im Einzelnen erhobenen Variablen werden im Ergebnisteil (Abschnitte 3 bis 6) dargestellt.

Die Auswahl der Haushalte erfolgte auf der Basis eines Telefon-Master-Samples, das zu verzerrungsfreien Stichproben ohne Klumpeneffekte führt. Eingetragene Telefonnummern wurden durch generierte Rufnummern ergänzt, um sicherzustellen, dass in den Stichproben auch solche Haushalte enthalten sind, die in keinem Telefonverzeichnis eingetragen sind. In den Haushalten wurde die Zielperson mittels des Schwedenschlüssels<sup>7</sup> ermittelt. Die Ausschöpfungsquoten an den bereinigten Bruttostichproben lagen jeweils bei etwa 40 Prozent<sup>8</sup>.

Bei den Analysen wurden nur jene Befragten berücksichtigt, die in Kreisen bzw. kreisfreien Städten leben, in denen in den acht Querschnittserhebungen mindestens 20 Personen befragt wurden. Insgesamt gingen aufgrund dieser Auswahl in die Berechnungen die Angaben von 17 349 Personen aus 241 Kreisen bzw. kreisfreien Städten ein.

## 2.2 Wirtschaftlicher Trend in den Regionen und die Bildung von Regionentypen

Der wirtschaftliche Trend in den Regionen wurde anhand von sieben Kontextindikatoren ermittelt, die zwar eher eine Momentaufnahme abbilden, bei denen aber dennoch davon auszugehen ist, dass sie einen über die Zeit relativ stabilen Entwicklungstrend aufzeigen. In anderem Zusammenhang (vgl. Hüpping/Reinecke 2007, S. 81 ff.) haben sich dabei die folgenden Indikatoren bewährt: 1) die Steuereinnahmen aus dem Jahr 2003, 2) die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen im Jahr 2004, 3) die Arbeitnehmerentgelte in 2002, 4) das verfügbare Haushaltseinkommen 2002, 5) die Entwicklung der Arbeitslosenquote von 1995 bis 2004, 6) die Entwicklung der Erwerbstätigenquote von 1996 bis 2003 und 7) die Quote der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen von 1995 bis 2003. Bei einer explorativen Faktorenanalyse weisen alle sieben Indikatoren auf einem Faktor die höchsten Ladungen auf. Der Faktor erklärt insgesamt 74 Prozent der Varianz der Einzelvariablen. Über diese Indikatoren wurde ein z-standardisierter Faktorwert ermittelt, der zwischen -3 und +3 schwankt. Dieser Faktorwert (Regionentrend) findet Eingang in die Mehrebenenanalyse in Abschnitt 5.

Für die deskriptiven Analysen zum Desintegrationsniveau und dem Ausmaß der Abwertung von potenziellen Konkurrenzgruppen sowie der Gewaltakzeptanz wurde auf der Basis des Regionentrends eine weitere Variable gebildet, bei welcher drei Regionentypen – wirtschaftlich a) prosperierend [Werte > 1], b) gleichblei-

7 Die im Haushalt telefonisch erreichte Person wird danach befragt, wie viele volljährige Personen im Haushalt leben. Ist dies mehr als eine Person, folgt eine Frage, in der ermittelt wird, wer von diesen Personen als nächstes Geburtstag hat. Dies ist dann die zu befragende Person.

8 Die häufigsten Ausfallgründe waren, dass die Kontaktperson oder die Zielperson die Auskunft verweigerte. In etwa fünf Prozent der Fälle wurde das Interview vorzeitig abgebrochen.

bend [Werte  $\geq -1$  und  $\leq 1$ ] und c) abwärtsdriftend bzw. strukturschwach [Werte  $< -1$ ] – unterschieden wurden.

Da bei der Ermittlung des Regionentrends nicht zwischen Ost und West differenziert wurde, hatte dies für die Ermittlung der Regionentypen zur Folge, dass unter den Befragten aus abwärtsdriftenden Regionen ausschließlich Personen aus den neuen Bundesländern enthalten sind; in den prosperierenden Regionen sind hingegen nur Personen aus den alten Bundesländern vertreten. Von den Befragten aus den neuen Bundesländern wurden 69.7 Prozent dem abwärtsdriftenden und 30.3 Prozent dem gleichbleibenden, von jenen aus den alten Bundesländern 75 Prozent dem gleichbleibenden und 25 Prozent dem prosperierenden Regionentyp zugeordnet. Bei der breit gefächerten Variable des Regionentrends, bei welcher für jeden Kreis bzw. jede kreisfreie Stadt ein eigener Wert ermittelt wurde, vermindert sich bei getrennter Betrachtung der alten und der neuen Bundesländer die Streuung gegenüber der Gesamtstichprobe ( $s = 0.90$ ) zwar nicht unerheblich, verbleibt aber sowohl im Osten ( $s = 0.41$ ) wie auch im Westen ( $s = 0.66$ ) auf einem vertretbaren Niveau.

### 3. Desintegrationsrisiken im Vergleich

Im Hinblick auf Desintegrationsprozesse unterscheiden wir drei Dimensionen (vgl. Anhut/Heitmeyer 2000, 2005; Anhut 2002). Im Rahmen der *individuell-funktionalen Systemintegration* werden die Zugänge zu wichtigen gesellschaftlichen Teilsystemen (z.B. Prekarität am Arbeitsmarkt), aus der prekären Situation resultierende Ängste und Sorgen sowie die Teilnahmechancen am Konsumwarenmarkt und den Kulturangeboten (relative Deprivation) erfasst. Des Weiteren betrachten wir bei der *kommunikativ-interaktiven Sozialintegration* die wahrgenommenen Möglichkeiten der Mitwirkung an öffentlich relevanten, das soziale Gefüge bestimmenden politischen Entscheidungen (Machtlosigkeit bei politischen Fragen) sowie Auffassungen dahingehend, ob erwirtschaftete Güter sozial gerecht verteilt werden (soziale Spaltung) und damit zentrale Prinzipien des Zusammenlebens wie etwa die Verteilungsgerechtigkeit realisiert sind. Bei der *kulturell-expressiven Sozialintegration* geht es um die im sozialen Nahraum erfahrene soziale Unterstützung und um Auffassungen dahingehend, inwiefern unter heutigen Bedingungen stabile soziale Beziehungen überhaupt noch gewährleistet sind (generelle sozio-emotionale Desintegration).

Bei dem nachfolgenden Vergleich beschränken wir uns auf solche Aspekte, die in allen der bisher acht Survey-Erhebungen enthalten waren. Für die *individuell-funktionale Systemintegration* waren dies die objektiv prekäre Position am Arbeits-

markt, die subjektive Einschätzung der eigenen (Arbeitsmarkt-)Position und die relative Deprivation<sup>9</sup>.

Im Hinblick auf die *objektive Prekarität*, die über die Absolvierung einer Berufsausbildung und die Betroffenheit der Haushaltsmitglieder von Arbeitslosigkeit operationalisiert wird, werden nun, bedingt durch die Ost-West-Konfundierung des Regionentyps einerseits und den Sachverhalt, dass zu DDR-Zeiten ein Rechtsanspruch auf eine berufliche Ausbildung bestand, andererseits, (paradoxe) nur geringfügige Unterschiede bei Anwohnern in abwärtsdriftenden und prosperierenden Regionen ermittelt (Tabelle 1). „Nur“ etwa ein Achtel (13.4 Prozent) der Befragten in den abwärtsdriftenden Regionen gibt an, keine Berufsausbildung absolviert zu haben, in den gleichbleibenden und prosperierenden Regionen gilt dies hingegen für etwa ein Fünftel (19.9 Prozent bzw. 22.1 Prozent). Erwartungsgemäß fallen demgegenüber die Unterschiede bei der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit aus. Über ein Viertel (27.1 Prozent) der Befragten in den abwärtsdriftenden Regionen gibt an, dass zumindest ein Haushaltsmitglied in den letzten fünf Jahren von Arbeitslosigkeit betroffen war, für die Befragten in den wirtschaftlich eher stabilen Regionen gilt dies für weniger als ein Fünftel (17.8 Prozent) und in den prosperierenden Regionen sogar für weniger als ein Sechstel (15.2 Prozent). In den

9 Da es uns im Rahmen des Regionenvergleichs um die Einschätzung der eigenen Chancen der Partizipation am Konsumwarenmarkt und den Kulturangeboten geht, sind wir bei der Bildung dieses Konstruktes von der üblichen Vorgehensweise abgewichen. Das ursprüngliche Konzept geht auf Stouffer u.a. (1949; zur Weiterentwicklung des Konzepts siehe z.B. Crosby 1976) zurück und bezieht sich auf die Wahrnehmung, im Vergleich zu anderen ungerechtfertigt benachteiligt zu werden. Ist eine Person davon überzeugt, von den tatsächlich vorhandenen Ressourcen nicht diejenigen zu erhalten, von denen die Person glaubt, dass sie ihr zustehen, gilt sie als relativ depriviert. Um die individuelle relative Deprivation abzubilden, wird üblicherweise ein Vergleich der eigenen Möglichkeiten im Verhältnis zu anderen Mitgliedern der Gesellschaft vorgenommen. Zudem fließt in die Beurteilung ein, ob sich Personen aufgrund der von ihnen erbrachten Leistungen gerecht entlohnt fühlen. Deshalb wird in der Regel ein Subtraktionsindex aus der Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen und finanziellen Situation und der Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation gebildet. Wenig depriviert wären in dieser Hinsicht demnach insbesondere jene Personen, die die eigene Situation als gut, die allgemeine wirtschaftliche Situation hingegen als schlecht beurteilen (also im Vergleich zu anderen gut abschneiden) und sich gleichzeitig für ihre Leistungen gerecht entlohnt fühlen. Hochdepriviert wären hingegen solche Personen, die zwar die allgemeine Lage positiv, ihre persönliche Lage aber als schlecht einstufen (und deshalb im Vergleich zu anderen schlecht abschneiden) und sich zusätzlich als nicht gerecht entlohnt erachten. In Abweichung davon wurde hier ein Additionsindex aus der Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen und finanziellen Situation und der Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation gebildet. Hochdepriviert sind hier demnach jene Personen, die auf der Basis der Einschätzung sowohl der persönlichen als auch der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Situation denken, dass die Möglichkeiten der Partizipation an den Kulturgütern und am Konsumwarenmarkt begrenzt sind, und zusätzlich davon überzeugt sind, dass die begrenzten Teilhabemöglichkeiten darauf basieren, dass sie für ihre Leistungen nicht gerecht entlohnt werden.

abwärtsdriftenden Regionen sind die Betroffenen zusätzlich häufiger und über längere Zeiträume von Arbeitslosigkeit betroffen.

Tabelle 1: Desintegration in wirtschaftlich prosperierenden und abwärtsdriftenden Regionen im Vergleich Mittelwerte (< 0 entspricht im Vergleich zur Gesamtpopulation einem unter- und > 0 einem über-durchschnittlichen Desintegrationsniveau)

|  |   | wirtschaftlich prosperierend |                  | Gleichbleibend<br>$\bar{x}$ | wirtschaftlich abwärtsdriftend |                  |
|--|---|------------------------------|------------------|-----------------------------|--------------------------------|------------------|
|  |   | $\bar{x}$                    | Eta <sup>1</sup> |                             | $\bar{x}$                      | Eta <sup>1</sup> |
| individuell-funktionale Systemintegration  | Prekarität, objektiv                          | -.010                        | .00              | -.011                       | .038*                          | .02              |
|  | Prekarität, subjektiv                         | -.082**                      | .03              | -.020                       | .239**                         | .11              |
|  | relative Deprivation                          | -.070**                      | .05              | -.009                       | .161**                         | .11              |
| kommunikativ-interaktive Sozialintegration | Machtlosigkeit bei politischen Entscheidungen | -.085**                      | .04              | -.015                       | .211**                         | .10              |
|  | Soziale Spaltung                              | -.103**                      | .06              | -.013                       | .233**                         | .14              |
| kulturell-expressive Sozialintegration     | Fehlende soziale Unterstützung                | -.067*                       | .03              | -.010                       | .163**                         | .08              |
|  | Generelle sozio-emotionale Desintegration     | -.087**                      | .04              | -.010                       | .191**                         | .09              |

1 jeweils im Vergleich zu wirtschaftlich gleichbleibend

\* p < .05

\*\* p < .001

Quelle: Eigene Darstellung.

Entsprechend diesen Erfahrungen lassen sich für die *subjektiv wahrgenommene Prekarität* deutliche Unterschiede bei den Anwohnern der Regionentypen ermitteln (Tabelle 1). Etwa ein Drittel der erwerbstätigen Anwohner strukturschwacher Gebiete hält es für (sehr) wahrscheinlich, in den nächsten fünf Jahren arbeitslos zu werden. In den gleichbleibenden und prosperierenden Regionen haben diese Sorge nur zwischen einem Viertel und einem Fünftel der Erwerbstätigen (23.0 Prozent bzw. 20.6 Prozent). Zugleich empfinden über vier Zehntel (42.2 Prozent) der Befragten in abwärtsdriftenden Regionen Angst bei der Vorstellung, arbeitslos zu werden, in den anderen Regionen haben diese Angst weniger als ein Drittel (31.9 Prozent bzw. 29.5 Prozent). Nicht zuletzt glauben deutlich mehr Befragte aus den strukturschwachen Regionen, dass sich ihre finanzielle und wirtschaftliche Lage in den nächsten Jahren (noch weiter) verschlechtern wird (35.9 Prozent versus 30.3 Prozent bzw. 26.8 Prozent).

Die Erwartung einer weiteren Verschlechterung der eigenen finanziellen und wirtschaftlichen Situation ist insbesondere vor dem Hintergrund bedeutsam, dass die Personen in strukturschwachen Gebieten bereits aktuell ihre Lage weniger positiv einschätzen. Das *Deprivationsempfinden* ist in diesen Regionen deutlich



erhöht (vgl. Tabelle 1). Fast vier Zehntel (39.3 Prozent) der Befragten aus strukturschwachen Gebieten schätzen ihre aktuelle persönliche, wirtschaftliche und finanzielle Situation in der Tendenz schlecht ein; in den aufwärtsstrebenden Regionen gilt dies für ein Viertel der Befragten (25.2 Prozent). Die allgemeine wirtschaftliche Lage wird (von etwa zwei Dritteln) pessimistischer eingeschätzt, die Unterschiede nach den Regionentypen bleiben aber im Niveau erhalten. Zusätzlich ist fast die Hälfte der Anwohner in strukturschwachen (47.5 Prozent; 30.9 Prozent in gleichbleibenden und 26.8 Prozent in prosperierenden) Regionen überzeugt, dass sie nicht den Lohn erhalten, den sie aufgrund der von ihnen erbrachten Leistungen verdient hätten.

Damit wird für die Anwohner aus wirtschaftlich abwärtsdriftenden Regionen bei der individuell funktionalen Systemintegration ein deutlich ungünstigeres Bild ermittelt. Das höhere Desintegrationsniveau setzt sich bei der *kommunikativ-interaktiven Sozialintegration* fort, die hier durch die empfundene *Machtlosigkeit bei politischen Entscheidungen* und durch die *wahrgenommene soziale Spaltung* abgebildet wird (vgl. Tabelle 1). So sind z.B. annähernd zwei Drittel der Befragten in den abwärtsdriftenden (65.8 Prozent; 54.4 Prozent in den gleichbleibenden und 51.3 Prozent in den aufstrebenden) Regionen überzeugt, dass „Leute wie sie (...) sowieso keinen Einfluss darauf (haben), was die Regierung tut“ und über zwei Drittel (67.7 Prozent; 51.6 Prozent in gleichbleibenden und 45.1 Prozent in den prosperierenden) Regionen stimmen „voll und ganz“ der Aussage zu, dass die „Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden“.

Auch bezüglich der *kulturell-expressiven Sozialintegration* stellt sich die Situation für die Anwohner der abwärtsdriftenden Regionen deutlich ungünstiger dar. Eine schlechte wirtschaftliche Situation hat offensichtlich auch Folgen für das soziale Zusammenleben von Menschen im Hinblick auf die gegenseitige *soziale Unterstützung*, die Qualität, die Stabilität und das Vertrauen in die Verlässlichkeit der sozialen Netzwerke (*generelle sozio-emotionale Desintegration*; vgl. Tabelle 1). Über ein Viertel der Menschen in wirtschaftlich abwärtsdriftenden (26.5 Prozent; 18.1 Prozent in gleichbleibenden und 15.9 Prozent in prosperierenden) Regionen wünscht sich bei Problemen mehr Hilfe und Unterstützung, und etwa vier Zehntel der Menschen in diesen Regionen (39.5 Prozent; 29.7 Prozent in gleichbleibenden und 25.7 Prozent in strukturstarken Regionen) stimmen „voll und ganz“ der Aussage zu, dass „soziale Beziehungen immer instabiler“ werden.

#### 4. Abwertende Einstellungen und Gewaltakzeptanz

Da Desintegrationserfahrungen, wahrgenommene Desintegrationsrisiken und Desintegrationsängste ein wichtiger Erklärungsfaktor für die Abwertung von

Angehörigen potenziell konkurrierender Gruppen sowie für die individuelle Gewaltakzeptanz sind, lässt das höhere individuelle Desintegrationsniveau bei Anwohnern in strukturschwachen Regionen erwarten, dass diese auch eher Vorurteile und Ressentiments gegenüber Angehörigen solcher Gruppen übernehmen und zudem eher die Anwendung von Gewalt billigen bzw. selbst in stärkerem Maße eine Verhaltenstendenz zur Gewaltbereitschaft entwickeln<sup>10</sup>. Diese Annahme kann zumindest teilweise bestätigt werden (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Abwertung schwacher Gruppen und Gewaltbereitschaft in wirtschaftlich prosperierenden und abwärtsdriftenden Regionen im Vergleich, Mittelwerte (< 0 entspricht im Vergleich zur Gesamtpopulation einer unter- und > 0 einer überdurchschnittlichen Abwertung bzw. Gewaltakzeptanz)

|                      | wirtschaftlich prosperierend |                  | gleichbleibend | wirtschaftlich abwärtsdriftend |                  |
|----------------------|------------------------------|------------------|----------------|--------------------------------|------------------|
|                      | $\bar{x}$                    | Eta <sup>1</sup> | $\bar{x}$      | $\bar{x}$                      | Eta <sup>1</sup> |
| Rassismus            | -.055**                      | .03              | -.007          | .124**                         | .07              |
| Etabliertenvorrechte | -.060**                      | .03              | .008           | .055*                          | .02              |
| Fremdenfeindlichkeit | -.158**                      | .07              | -.017          | .331**                         | .15              |
| Antisemitismus       | -.041**                      | .03              | .005           | .042*                          | .02              |
| Sexismus             | -.019*                       | .02              | .016           | -.055**                        | .03              |
| Gewaltbilligung      | -.032                        | .01              | -.014          | .126**                         | .08              |
| Gewaltbereitschaft   | -.057**                      | .04              | .002           | .081**                         | .04              |

1 jeweils im Vergleich zu wirtschaftlich gleichbleibend

\* p < .05

\*\* p < .001

Quelle: Eigene Darstellung.

Hinsichtlich der *Gewaltakzeptanz* zeigt sich, dass die Anwohner strukturschwacher Regionen nicht nur den Einsatz von Gewalt anderer eher billigen, wenn es z.B. darum geht, Störenfriede „zu zeigen, wer Herr im Hause ist“, sondern auch eher bereit sind, selbst Gewalt anzuwenden. So wird das Statement „um mich durchzusetzen, muss ich manchmal auch Gewalt anwenden“, zwar auch von Anwohnern abwärtsdriftender Regionen mehrheitlich, aber dennoch seltener eindeutig abgelehnt (63.7 Prozent) als in den gleichbleibenden (69.1 Prozent) oder den prosperierenden (73.2 Prozent) Regionen.

10 Mit der Konzentration auf Desintegrationsprozesse als Erklärung für die Übernahme von Vorurteilen und Ressentiments wird in dem Beitrag einer spezifischen Sichtweise nachgegangen. Aus Platzgründen wird hier auf eine Diskussion alternativer Erklärungskonzepte wie etwa die Ansätze von Autoritarismus, Anomie oder die Theorie der sozialen Identität, der sozialen Dominanz, die Kontakttheorie etc. verzichtet. Allerdings ist zu bedenken, dass auch z.B. autoritäre Einstellungen oder anomische Zustände in den zu vergleichenden Regionen unterschiedlich stark verbreitet sein können.

Bei den *abwertenden Einstellungen* sind die Unterschiede bei Befragten in den einzelnen Regionentypen im Hinblick auf die fremdenfeindlichen Einstellungen am deutlichsten ausgeprägt. So ist z.B. der Anteil jener, die die Forderung „wenn die Arbeitsplätze knapp werden, sollten die in Deutschland lebenden Ausländer in die Heimatländer zurückgeschickt werden“ in der Tendenz unterstützen, mit 35.8 Prozent mehr als doppelt so hoch als in den prosperierenden (17.4 Prozent; 21.7 Prozent in den gleichbleibenden) Regionen. Bei den rassistischen Einstellungen fallen die regionentyp-spezifischen Unterschiede deutlich geringer aus. Hinsichtlich des Einklagens von Etabliertenvorrechten und beim Antisemitismus erreichen die Unterschiede nur noch knapp das Signifikanzniveau, wobei insbesondere hinsichtlich der letztgenannten Vorurteile auch nicht davon ausgegangen werden kann, dass die von den Vorurteilen betroffene Gruppe von den Anwohnern abwärtsdriftender Regionen als potenzielle Konkurrenten angesehen wird. Bei den primär kulturell geprägten sexistischen Einstellungen ergibt sich demgegenüber ein völlig anderes Verteilungsmuster, denn entsprechende Auffassungen werden von den Menschen in strukturschwachen Regionen am seltensten vertreten, von jenen in den gleichbleibenden Regionen hingegen am häufigsten.

Letzteres deutet auch darauf hin, dass die Unterschiede zwischen den Regionentypen zumindest in diesem Fall durch die Ost-West-Konfundierung dieser Variable zustande kommen, denn in den abwärtsdriftenden Regionen sind aufgrund der hier herangezogenen Kriteriumsvariablen – wie oben ausgeführt – ausschließlich solche aus den neuen Bundesländern enthalten, und in den östlichen Ländern werden sexistische Einstellungen seltener vertreten als in den alten Bundesländern. Dies gilt jedoch nicht nur für den Sexismus. Verbleiben wir bei der Ermittlung der Effekte des wirtschaftlichen Regionentrends jedoch zunächst auf der gesamtdeutschen Ebene.

## 5. Wirtschaftsstärke in den Regionen und individuelle Desintegration als erklärende Variablen für Abwertungsprozesse und Gewaltakzeptanz

Die durchgeführten Mehrebenenanalysen (für eine detaillierte Darstellung vergleiche Tabelle 3, Beispiel Fremdenfeindlichkeit, für die anderen abhängigen Variablen erfolgt eine reduzierte Darstellung der Kennwerte in Tabelle 4) zeigen für das gesamte Bundesgebiet zunächst durchgängig signifikante Effekte des Regionentrends für das Ausmaß der Abwertung von Angehörigen schwacher Gruppen sowie für die Einstellungen zur Gewalt. Besonders deutlich kommt dieser Regionentrend bei den fremdenfeindlichen Einstellungen zum Tragen (Tabelle 3), während er beim Einklagen von Etabliertenvorrechten, dem Antisemitismus und

dem Sexismus nur knapp das Signifikanzniveau erreicht (Tabelle 4, R.Nr. 1). Das heißt, je strukturschwächer eine Region in wirtschaftlicher Hinsicht ist, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass die Anwohner insbesondere fremdenfeindliche und rassistische, aber auch antisemitische Vorurteile vertreten, Etablierenrechte reklamieren und/oder Gewalthandlungen als legitim ansehen, um bestimmte Ziele zu erreichen. Die vergleichsweise geringeren Effekte des Regionentrends beim Antisemitismus zeigen aber auch an, dass eine schwache Wirtschaftsstruktur in einer Region insbesondere Vorurteile gegenüber Angehörigen solcher Gruppen befördert, die von Menschen als Konkurrenten um berufliche Positionen, um Wohnraum etc. erachtet werden. Der bei gesamtdeutscher Betrachtung demgegenüber – infolge der Ost-West-Konfundierung nicht nur des Regionentyps, sondern auch des Regionentrends<sup>11</sup> – umgekehrte Effekt des Regionentrends beim Sexismus unterstreicht, dass es sich bei dieser Form der Abwertung primär um kulturell geprägte Vorurteile und Ressentiments handelt.

Die Frage ist nun, ob das höhere Ausmaß der Abwertung und der Gewaltbefürwortung in den strukturschwachen Regionen auf einen eigenständigen Effekt der Wirtschaftsstärke der Regionen zurückzuführen oder durch das höhere individuelle Desintegrationsniveau der Anwohner in diesen Regionen bedingt ist.

Unabhängig vom jeweiligen Erklärungswert der Einzelvariablen zur Messung des individuellen Desintegrationsniveaus<sup>12</sup> für das Ausmaß der Abwertung sowie der Gewaltakzeptanz zeigt sich, dass sich unter Berücksichtigung des individuellen Desintegrationsniveaus die Effekte des Regionentrends zwar abschwächen, aber dennoch in statistisch signifikanter Form erhalten bleiben. Die Wirtschaftsstärke einer Region hat somit auch unter Berücksichtigung des individuellen Desintegrationsniveaus einen eigenen Effekt auf Abwertungsprozesse und Gewaltbefürwortung.

---

11 Dass hier die Ost-West-Konfundierung zum Tragen kommt, wird vor allem auch daran ersichtlich, dass bei den getrennt für die alten und neuen Bundesländer gerechneten Analysen (vgl. Tabelle 3, R.Nr. 2 und 3) sich der positive Effekt analog wie bei den anderen abhängigen Variablen in einen negativen verändert.

12 Ein detaillierter Vergleich ist hier aus Platzgründen nicht angebracht, aufgrund der hier vorgenommenen Analysen aber auch nicht möglich. Aus den sich ausschließlich auf die Individualebene beziehenden Untersuchungen (siehe hierzu z.B. Mansel 2004; Mansel/Kaletta 2009) ist aber bekannt, dass sich im Rahmen der individuell-funktionalen Systemintegration insbesondere die subjektiv wahrgenommene Prekarität am Arbeitsmarkt sowie die relative Deprivation, im Rahmen der kommunikativ-interaktiven Sozialintegration die erlebte Machtlosigkeit bei politischen Entscheidungen und im Rahmen der kulturell-expressiven Sozialintegration die fehlende soziale Unterstützung als erklärungskräftig für die Abwertung von schwachen Gruppen und die Gewaltakzeptanz erweisen.

Tabelle 3: Regionentrend und individuelle Desintegration als Erklärungsfaktoren für Fremdenfeindlichkeit

|   | Nullmodell |      |        |      |           |      | erweitertes Modell |      |        |      |        |      |
|---|------------|------|--------|------|-----------|------|--------------------|------|--------|------|--------|------|
|   | Gesamt     |      | Ost    |      | West      |      | Gesamt             |      | Ost    |      | West   |      |
|   | coeff      | s.e. | coeff  | s.e. | coeff     | s.e. | coeff              | s.e. | coeff  | s.e. | coeff  | s.e. |
| Konstante                                 | .100*      | .010 | .123   | .052 | .046      | .019 | .065*              | .009 | .037   | .044 | .043   | .016 |
| Regionentrend                             | -.165*     | .010 | -.164* | .041 | -.091*    | .023 | -.090*             | .009 | -.106* | .034 | -.060* | .020 |
| Prekarität, objektiv                      |            |      |        |      |           |      | -.023              | .012 | -.038  | .022 | -.015  | .014 |
| Prekarität, subjektiv                     |            |      |        |      |           |      | .019               | .008 | .050*  | .013 | -.005  | .010 |
| relative Deprivation                      |            |      |        |      |           |      | .267*              | .014 | .266*  | .023 | .269*  | .017 |
| Machtlosigkeit bei polit. Entscheidungen  |            |      |        |      |           |      | .276*              | .009 | .274*  | .016 | .275*  | .011 |
| Soziale Spaltung                          |            |      |        |      |           |      | .012               | .011 | .051   | .023 | -.001  | .013 |
| Generelle sozio-emotionale Desintegration |            |      |        |      |           |      | .148*              | .009 | .143*  | .017 | .150*  | .011 |
| Random part                               |            |      |        |      |           |      |                    |      |        |      |        |      |
| $\delta^2_e$ (Level1)                     | .736*      | .009 | .792*  | .016 | .700*     | .011 | .610*              | .007 | .056*  | .014 | .584*  | .009 |
| $\delta^2_{uo}$ (Level2)                  | .015*      | .003 | .009*  | .003 | .017*     | .011 | .008*              | .001 | .004   | .002 | .011*  | .003 |
| 2 Log Likelihood                          | 34470      |      | 12453  |      | 21987.004 |      | 31978              |      | 11575  |      | 20402  |      |
| Anz. Freiheitsgrade                       | 2          |      | 2      |      | 2         |      | 9                  |      | 9      |      | 9      |      |

\* p &lt; .005

Quelle: Eigene Darstellung.

Werden nun infolge der Ost-West-Konfundierung des Regionentrends entsprechende Analysen für die neuen und alten Bundesländer getrennt durchgeführt, lässt sich lediglich noch für die fremdenfeindlichen Einstellungen ein signifikanter Effekt der Wirtschaftsstärke der Regionen ermitteln (vgl. Tabelle 3). Zusätzlich zeigt sich für die alten Bundesländer, dass die Gewaltbereitschaft von Personen zunimmt, je schwächer die Wirtschaftskraft in einer Region ausfällt (vgl. Tabelle 4, R.Nr. 2), und für die alten Bundesländer, dass in den wirtschaftlich schwächeren Regionen rassistische Einstellungen häufiger vertreten und eher Etabliertenvorrechte eingeklagt werden (vgl. Tabelle 3, R.Nr. 3). Die beiden letzten Effekte sind jedoch nicht mehr signifikant, wenn das individuelle Desintegrationsniveau kontrolliert wird. Demgegenüber bleiben die Effekte für Gewaltbereitschaft im Westen und für Fremdenfeindlichkeit in beiden Landesteilen auch unter Kontrolle der Desintegration erhalten (vgl. Tabelle 3)<sup>13</sup>. Im Osten wie im Westen hat damit die Wirtschaftsstärke einer Region bei den Anwohnern einen unabhängigen Einfluss auf das Ausmaß von Vorurteilen und Ressentiments gegenüber Migranten (vgl. Tab. 4). Zusätzlich steigt

13 Für die anderen Gruppen wurden die in Tabelle 4 in R.Nr. 4 dokumentierten Befunde aus Platzgründen nicht nochmals gesondert für die alten und neuen Bundesländer ausgewiesen.

im Westen die individuelle Gewaltbereitschaft von Personen an, wenn die wirtschaftliche Situation der Region schlecht ist bzw. sich zusehends verschlechtert.

Tabelle 4: Regionentrend und individuelles Desintegrationsniveau im Zusammenhang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Gewaltbefürwortung

| R.Nr.                                    |  | Rassismus | Etablierten-<br>vorrechte | Fremdenfeind-<br>lichkeit | Antisemitismus | Sexismus | Gewaltbilligung | Gewaltbereit-<br>schaft |
|--|--|-----------|---------------------------|---------------------------|----------------|----------|-----------------|-------------------------|
| Nullmodell (Level 2)                     |  |           |                           |                           |                |          |                 |                         |
| 1  | Regionentrend, Gesamt                        | -.061**   | -.022*                    | -.162**                   | -.018*         | .024*    | -.057**         | -.049**                 |
| 2  | Regionentrend, West                          | -.023     | -.035                     | -.101**                   | -.008          | -.030    | -.001           | -.058**                 |
| 3  | Regionentrend, Ost                           | -.080*    | -.081*                    | -.154**                   | -.021          | -.042    | -.043           | -.035                   |
| erweitertes Modell (Level 2 und Level 1) |  |           |                           |                           |                |          |                 |                         |
| 4  | Regionentrend                                | -.037**   | -.019*                    | -.090**                   | -.016*         | .044**   | -.039**         | -.031**                 |
|  | Prekarität, objektiv                         | .034*     | -.025*                    | -.023*                    | -.059**        | -.029*   | -.026*          | .056**                  |
|  | Prekarität, subjektiv                        | .004      | -.007                     | .019*                     | -.013          | -.038**  | -.011           | .016                    |
|  | relative Deprivation                         | .059**    | .117**                    | .297**                    | .116**         | .064**   | .017            | .036*                   |
|  | Machtlosigkeit bei polit.<br>Entscheidungen  | .158**    | .219**                    | .276**                    | .143**         | .137**   | .138**          | .088**                  |
|  | Soziale Spaltung                             | -.039**   | -.020                     | .012                      | -.012          | -.064**  | -.016           | .010                    |
|  | Generelle sozio-emotionale<br>Desintegration | .074**    | .110                      | .148**                    | .098**         | .109**   | .054**          | .050**                  |

\* p < .05

\*\* p < .001

Quelle: Eigene Darstellung.

## 6. Resümee und Ausblick

Das höhere Desintegrationsniveau bei Menschen in strukturschwachen Regionen legt es dringend nahe, einen intensiveren Blick auf die dort vorhandenen Problemlagen zu richten und politische Maßnahmen zu fordern, um einer weiteren Verarmung und einer Kumulation von Problemlagen entgegenzuwirken. Dass diese Regionen aufgrund ihrer Struktur darüber hinaus einen Nährboden für fremdenfeindliche Einstellungen und für eine keimende Gewaltbereitschaft darstellen und somit zu einem menschenfeindlichen und gewalthaltigen Klima beitragen, unterstützt Forderungen in diese Richtung nachdrücklich. Notwendig sind vernetzte Maßnahmen der auf unterschiedlichen Ebenen agierenden politischen Akteure, die zugleich die Bewohner segregierter Stadtviertel einbinden und

diesen die Möglichkeit bieten, sich selbst als Personen zu erfahren, die über ihr Handeln auf die Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfelds Einfluss nehmen können. Wenn es gelingt, die Anwohner segregierter Stadtviertel in die Stadtteilarbeit einzubinden, und sie dort durch gemeinsame Aktivitäten auch kurzfristige Ziele erreichen können, würde dies nicht nur die von Betroffenen erlebte Machtlosigkeit reduzieren, sondern auch ein wichtiger Schritt zur Reduktion von Desintegration insgesamt sein.

Möglicherweise werden in der hier vorgelegten Analyse die sich entwickelnden und aufkeimenden Schwierigkeiten unterschätzt, denn Kreise und kreisfreie Städte stellen recht großräumige und weitflächige Einheiten dar, die keineswegs homogen sind. Einzelne Stadtviertel können sich insbesondere in den größeren Kreisen im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und die Angebotsstruktur stark unterscheiden. Von daher sind weitere Untersuchungen nötig, die die regionalen Kontexte kleinräumiger abzubilden vermögen und für die dann zusätzlich z.B. Daten zur Bausubstanz der Häuser, zur infrastrukturellen Einbindung etc. vorliegen. Deshalb werden in unserem Projekt „Sozialraumanalysen zum Zusammenleben vor Ort“<sup>14</sup> in verschiedenen Regionen Befragungen in Gemeinden, Kleinstädten und Stadtteilen von größeren Städten durchgeführt, bei denen die Individualdaten mit Kontextdaten praktisch auf Straßenzug-Ebene zusammengeführt werden können. Wir erwarten von diesen Analysen weiter differenzierte Aussagen zu Kontexteffekten in kleinräumigen Gebieten innerhalb von wirtschaftlich abwärtsdriftenden, stagnierenden und aufwärtsstrebenden Regionen.

## Literatur

- Anhut, Reimund (2002): Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie, in: Bohnacker, T. (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung, Opladen, S. 381-407.
- Anhut, Reimund/Heitmeyer, Wilhelm (2000): Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption, in: Heitmeyer, W./Anhut, R. (Hrsg.): Bedrohte Stadtgesellschaften. Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktdimensionen, Weinheim, S. 17-75.
- Anhut, Reimund/Heitmeyer, Wilhelm (2005): Desintegration, Anerkennungsbilanzen und die Rolle sozialer Vergleichsprozesse, in: Heitmeyer, W./Imbusch, P. (Hrsg.): Integrationspotentiale einer modernen Gesellschaft, Wiesbaden, S. 75-100.
- Blasius, Jörg/Friedrichs, Jürgen/Klößner, Jennifer (2008): Doppelt benachteiligt. Leben in einem deutsch-türkischen Stadtteil, Wiesbaden.
- Bourdieu, Pierre (1998): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz.

14 [http://ekvv.uni-bielefeld.de/foda\\_publ/publ/Projekt\\_Detail.jsp?prjId=9426010](http://ekvv.uni-bielefeld.de/foda_publ/publ/Projekt_Detail.jsp?prjId=9426010) (zuletzt abgerufen am 20.11.2009).

- Crosby, F. A. (1976): A Model of Egoistical Relative Deprivation, in: *Psychological Review*, 83 (2), S. 85-113.
- Endrikat, Kirsten/Schaefer, Dagmar/Mansel, Jürgen/Heitmeyer, Wilhelm (2002): Soziale Desintegration. Die riskanten Folgen negativer Anerkennungsbilanzen, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände*. Folge 1, Frankfurt a. M., S. 37-58.
- Engel, Uwe (1998): Einführung in die Mehrebenenanalyse: Grundlagen, Auswertungsverfahren und praktische Beispiele, Opladen.
- Farwick, Andreas (2001): *Segregierte Armut in der Stadt*, Opladen.
- Friedrichs, Jürgen (1998): Do Poor Neighborhoods Make Their Residents Poorer? Context Effects of Poverty Neighborhoods on Residents, in: Andrefß, Hans-Jürgen (Hrsg.): *Empirical Poverty-Research in a Comparative Perspective*, Aldershot, S. 77-98.
- Häfele, Joachim/Lüdemann, Christian (2006): „Incivilities“ und Kriminalitätsfurcht im urbanen Raum. Eine Untersuchung durch Befragung und Beobachtung, in: *Kriminologisches Journal*, 38 (4), S. 273-291.
- Hüpping, Sandra/Reinecke, Jost (2007): Abwärtsdriftende Regionen. Die Bedeutung sozioökonomischer Entwicklungen für Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Heitmeyer, W. (Hrsg.): *Deutsche Zustände*. Folge 5, Frankfurt a. M., S. 77-101.
- Göbel, Jan/Habich, Roland/Krause, Peter (2008): Einkommen – Verteilung, Armut und Dynamik, in *Datenreport 2008*, Bonn, S. 163-172.
- Mansel, Jürgen (2004): Wiederkehr autoritärer Aggression. Soziale Desintegration und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Lautmann, Rüdiger/Klimke, Daniela/Sack, Fritz (Hrsg.): *Punitivität*. 8. Beiheft des *Kriminologischen Journals*, S. 105-137.
- Mansel, Jürgen/Heitmeyer, Wilhelm (2005): Soziale Spaltung. Auswirkungen auf das Zusammenleben, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände*. Folge 3, Frankfurt a. M., S. 39-72.
- Mansel, Jürgen/Reinecke, Jost (2008): Gefühlte Deintegrationszonen – Kontexteffekte für die Abwertung schwacher Gruppen, in: Groenemeyer, Axel/Wieseler, Silvia (Hrsg.): *Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle. Realitäten, Repräsentationen und Politik*, Wiesbaden, S. 527-551.
- Mansel, Jürgen/Kaletta, Barbara (2009): Die menschenfeindlichen Folgen von Desintegrationsprozessen und Anerkennungsproblemen, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände*. Folge 7, Frankfurt a. M., S. 73-92.
- Noll, Heinz Herbert/Weick, Stephan (2009): Große Disparitäten im Auskommen mit dem Einkommen. Vergleichende Analysen zum materiellen Lebensstandard in der Europäischen Union, in: *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)* 42, S. 6-10.
- Oberwittler, Dietrich (2003): Stadtstruktur, Freundeskreise und Delinquenz. Eine Mehrebenenanalyse zu sozialökologischen Kontexteffekten auf schwere Jugenddelinquenz, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 43, *Soziologie der Kriminalität* (hrsg. von Oberwittler, Dietrich/Karstedt, Susanne), Wiesbaden, S. 133-170.
- Schubarth, Wilfried/Speck, Karsten (2009): *Regionale Abwanderung Jugendlicher. Theoretische Analysen, empirische Befunde und politische Gegenstrategien*, Weinheim/München.
- Sen, Amartya Kumar (1997): *On Economic Inequality* (Enlarged Edition with a Substantial Annexe “On Economic Inequality” after a Quarter Century with James Foster), Oxford.
- Stouffer, S. A./Suchman, E. A./Devinney, L. C./Star, S. A./Williams, R. M. jr. (1949): *The American Soldier. Adjustment During Army Life*. Vol. 1, Princeton.



Wolfgang Spanier

## **Politische Strategien zur Gestaltung von Lebenswelten und sozialen Kommunikationsräumen in segregierten Stadtvierteln**

**Zusammenfassung:** Die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung geben eine Grundlage für praktisches Handeln gegen Armut und Ausgrenzung ab. Die sozialen Probleme treten in segregierten Stadtteilen verdichtet auf. Für eine politische Gegenstrategie ist ein sozialräumliches und ganzheitliches Konzept notwendig. Die föderale Struktur mit den unterschiedlichen Zuständigkeiten wirkt in diesem Zusammenhang eher erschwerend. Mit seinem sozialräumlichen, ganzheitlichen und sozial-integrativen Ansatz ist das Programm „Soziale Stadt“ Grundlage für eine Strategie gegen Armut und Ausgrenzung. Das Programm sollte fortgesetzt, weiterentwickelt und finanziell noch besser ausgestattet werden. Es muss vor allem ergänzt werden durch Maßnahmen gegen Bildungsarmut und zur Stärkung der Familie auf der kommunalen Umsetzungsebene. Förderprogramme sind hilfreich, aber die Förderung ist zeitlich befristet. Armutsprävention und Integration müssten langfristig angelegt werden, um nachhaltige Wirkungen zu erzielen.

## **Ausgangslange: Armut und Ausgrenzung in Deutschland**

Noch 1995 hat die damalige konservativ-liberale Koalition in Bonn einen Armutsbericht für überflüssig erklärt, weil es Armut nicht gebe, sondern nur „bekämpfte Armut“ dank der Sozialhilfe.

Seither gibt es eine Vielzahl von Armutsberichten der Wohlfahrtsverbände, der Länder, der Kommunen, der Gewerkschaften und auf europäischer Ebene der OECD.

Die Fakten sind hinlänglich bekannt. In Deutschland ist von einer Risikoquote relativer Armut zwischen 13 Prozent (EU-SILC 2006) und 18 Prozent der Bevölkerung (SOEP 2006) auszugehen. Debatten über Statistiken bringen politisch wenig, wir haben eine hohe Armutsquote und sie steigt. Ungleichheit bei Ein-

kommen und Vermögen hat in Deutschland zugenommen, schneller als in den meisten anderen Ländern der OECD. In Deutschland ist die Armutsquote von Kindern und Jugendlichen besonders stark gestiegen. Neue Entwicklungen sind hinzugekommen, zum Beispiel die steigende Zahl der „working poor“ (vgl. OECD 2009). Die Situation wird dadurch verschärft, dass die wachsende Armut in den strukturschwachen Regionen und in den großen Städten konzentriert ist.

Die wichtigsten strukturellen Ursachen liegen auf der Hand: die sich verfestigende Langzeitarbeitslosigkeit auf hohem Niveau, der deutliche Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse und die Einkommensarmut. Ausschlaggebend ist aber nicht die Quote relativer Armut. Unterversorgung, das heißt Armut nach dem Lebenslagenkonzept, ist in den Blick zu nehmen, wenn man eine politische Gegenstrategie entwickeln will.

Die bundespolitische Debatte dieser Beschreibungen von sozialen Verwerfungen und der wachsenden sozialen Ungleichheit in Deutschland ist oft genug gekennzeichnet von Skandalisierung und Moralisierung. Meist sind die Debatten nur sehr kurzlebig. Ein Beispiel aus der jüngeren Zeit ist die kurz aufflammende Diskussion über die neue Unterschicht nach der Veröffentlichung einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die breite Diskussion in den Sozialwissenschaften hat wohl nur in Ansätzen den politischen Diskurs erreicht. Für „praktizierende“ Politikerinnen und Politiker ist die wissenschaftliche Debatte unübersichtlich und kann deshalb nur schwer Orientierungshilfe oder gar Politikberatung bieten.

Berthold Vogel konstatiert eine „soziologische Verschärfung“: „Angesichts dauerhafter Arbeitslosigkeit, neuer Armutsrisiken und polarisierter Einkommens- und Vermögensverhältnisse trat das Bild einer gespaltenen Gesellschaft hervor“ (Vogel 2006, S. 342). Barthelheimer beobachtet ein Defizit „... an theoretischer und begrifflicher Klarheit beim inflationären Gebrauch des veränderten Vokabulars sozialer Ungleichheit“ (Barthelheimer 2007, S. 5). Imbusch/Rucht stellen 2005 beim Begriff der Integration eine „babylonische Diskussionslage“ in den Sozialwissenschaften fest (vgl. Imbusch/Rucht 2005, S. 66).

Die seit 2001 vorgelegten Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung können nach meiner Auffassung Grundlage für das praktisch-politische Handeln gegen Armut und Ausgrenzung sein. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht ist „... notwendige Basis für eine fundierte Politik zur Stärkung der sozialen Gerechtigkeit und zur Verbesserung sozialer Teilhabe“ (BMAS 2008, S. 28). Der Bericht bietet nicht nur eine empirische Fundierung, sondern auch eine theoretische Grundlage mit dem Lebenslagenansatz, der verknüpft wird mit dem Konzept der Teilhabe und Verwirklichungschancen nach Amartya Sen (vgl. ausführlicher: Institut für angewandte Wissenschaftsforschung e.V. 2006).

„Beide Ansätze erweitern die Bemessung der Wohlstandsposition über traditionelle Einkommensanalysen hinaus auf Lebenslagedimensionen wie Gesundheit, Bildung oder Wohnen. Es wird dabei an den beobachteten Unterschieden der Lebenslagen und damit den Teilhabeergebnissen angesetzt“ (BMAS 2008, S. 28). Unter Berufung auf Barthelheimer ist das Ziel mehr Teilhabe. Aus Teilhabechancen werden Verwirklichungschancen, wenn in der Gesellschaft reale Voraussetzungen und Möglichkeiten eröffnet werden, die individuellen Teilhabechancen real zu nutzen (vgl. BMAS 2008, S. 29).

## Die räumliche Verdichtung der sozialen Probleme

Im 3. Armuts- und Reichtumsbericht wird nur in wenigen Sätzen auf die sozialräumliche Segregation in den Städten eingegangen. Segregation, Suburbanisierung, aber auch die Auswirkungen des demographischen Wandels prägen die Entwicklung unserer Städte.

Vor allem seit den 1990er-Jahren gibt es eine Vielzahl von sozialwissenschaftlichen Analysen, die sich mit der schwindenden sozialen Integrationsfähigkeit der Stadt beschäftigen, vor allem der Städte, die von Deindustrialisierung und Schrumpfungprozessen besonders betroffen sind. Das Augenmerk richtet sich auf die sozialräumliche Konzentration sozialer Problemlagen, auf Entwicklungen bis hin zu Entsolidarisierung und sozialer Polarisierung. Titel wie „Versagt die ‚Integrationsmaschine‘ Stadt?“, „Bedrohte Stadtgesellschaft“ und „Die Krise der ‚sozialen Stadt‘“ belegen dies. Ein weiteres Beispiel sind die Untersuchungen von Klaus Peter Strohmeier zur zunehmenden Polarisierung sozialer Lagen der Bevölkerung in den Städten des Ruhrgebiets.

Wesentlich beigetragen zum Entstehen segregierter Stadtteile haben auch Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt. Die Entwicklung in den Großsiedlungen, der dramatische Rückgang der preisgebundenen Sozialwohnungen, ethnische Segregation, die staatlich geförderte Abwanderung vieler Familien ins Umland der Städte, das faktische Auslaufen der sozialen Wohnraumförderung haben die soziale Segregation begünstigt. Zwar ist laut 3. Armutsbericht die Zahl der Wohnungslosen gesunken, haben wir in vielen Regionen einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt, dennoch muss in den Städten gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft mit einer sozialen Wohnungspolitik gegengesteuert werden.

In segregierten Stadtteilen häufen sich die sozialen und ethnischen Konflikte. Gewalt und Kriminalität haben die politische Öffentlichkeit aufgerüttelt. In ersten Schritten wird ein politischer Paradigmenwechsel eingeleitet. Immer deutlicher wird, dass eine ganzheitliche Strategie gegen Armut und Ausgrenzung entwickelt werden muss. Der sozialräumliche Ansatz wird immer häufiger gewählt. Die einschlägigen

Expertenberichte für die Bundesregierung, auf die hier mehrfach Bezug genommen wird, weisen mehr oder weniger akzentuiert den Weg in diese Richtung.

## Strategie gegen Armut und Ausgrenzung

Die folgende Skizzierung einer solchen Strategie ist sicherlich stark vereinfachend und unvollständig. Sie ist der Versuch, die Voraussetzungen und die Bedingungen möglicher konkreter Maßnahmen in sozial segregierten Stadtvierteln zu beschreiben. Erschwert wird eine solche gesamtgesellschaftliche Strategie in Deutschland durch die föderale Struktur. Nur einige Beispiele sollen das belegen. Die wesentlichen Zuständigkeiten der Sozialpolitik liegen beim Bund, für die Bildungspolitik bei den Ländern. Die Föderalismusreform hat Zuständigkeiten klarer getrennt und auch verändert, so ist die soziale Wohnraumförderung Aufgabe der Länder geworden.

Nicht näher eingegangen werden soll auf Maßnahmen gegen materielle Armut: von der Höhe der Regelsätze und der Höhe von vorgelagerten finanziellen Leistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag, Wohngeld bis zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie gesetzlichem Mindestlohn und neuen Leitplanken für prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Diese bundespolitischen Maßnahmen sind notwendig, um die strukturellen Probleme von Arbeitslosigkeit bzw. Langzeitarbeitslosigkeit und Einkommensarmut anzugehen.

Auf der kommunalen Ebene aber entscheidet sich, ob und wie sich die Lebenslagen der Menschen tatsächlich verändern, mehr Teilhabe verwirklicht werden kann. Eine Politik gegen Armut und Ausgrenzung ist nur erfolgreich, wenn alle drei staatlichen Ebenen eine aufeinander abgestimmte gemeinsame Strategie entwickeln. Das setzt aber voraus, dass es die Übereinstimmung gibt, dass diese gesellschaftspolitische Aufgabe, den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken, hohe Priorität hat. Wichtig ist dabei die Fokussierung auf Kinder und Jugendliche und ihre Familien. Sie sind besonders von Armut und Ausgrenzung betroffen.

Eine weitere Voraussetzung ist, dass ein ganzheitliches Konzept entwickelt wird. Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik, Sozial- und Bildungspolitik, Familienpolitik und Wohnungspolitik, um nur die wichtigsten Politikbereiche zu nennen, müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Es gibt bereits eine Reihe von positiven Ansätzen, oft werden aber nur zeitlich befristete Projekte gefördert, und die Zusammenarbeit der Ressorts ist durchaus verbesserungswürdig. Im Zusammenhang des Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ sind die Koordination und Kooperation verbessert worden, zum Teil recht spät wie die Kooperation zwischen dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und dem Bundesministerium für Gesundheit seit 2007. Die Abstimmung zwischen den Ressorts auf Bundes- und Länderebene, aber auch

zwischen dem Bund und den Ländern muss noch weiter verstärkt werden, vor allem in den Bereichen Schule und Bildung, Integration von Zuwanderern, Gesundheitsförderung und Lokale Ökonomie (vgl. Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008, S. 10 f.).

Entscheidende Voraussetzung aber ist, dass der Schwerpunkt der konkreten Maßnahmen auf der lokalen Ebene liegt, in den Städten, genauer in den segregierten Stadtvierteln, um die Menschen tatsächlich zu erreichen. Es ist Aufgabe von Bund und Ländern, die notwendigen finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Kommunen in die Lage versetzen, diese Strategie gegen Armut und Ausgrenzung vor Ort umzusetzen. Die besonders von Armut und Ausgrenzung betroffenen strukturschwachen Regionen und Städte sind gleichzeitig die finanzschwächsten. Obwohl direkte Finanzhilfen des Bundes an die Kommunen nicht möglich sind, hat zum Beispiel die finanzielle Beteiligung des Bundes am Ausbau der Kindertagesstättenplätze für die unter dreijährigen Kinder gezeigt, dass es möglich ist, bundesweit einen wichtigen bildungspolitischen Fortschritt zu erreichen und durch den Bund finanziell zu unterstützen, wenn Bund und Länder sich einig sind und eine Mitzuständigkeit des Bundes gegeben ist.

## Das Programm Soziale Stadt – Ein Modell?

Das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“, 1999 initiiert, hat ein Konzept entwickelt, um in segregierten Stadtvierteln Integration zu stärken und der Polarisierung entgegenzuwirken. Es ist ein Programm der Städtebauförderung und wurde fortlaufend weiterentwickelt. Zunehmend werden auch nicht-investive Maßnahmen einbezogen. So werden seit 2006 auch sozial-integrative Projekte gefördert. Seit 2009 gibt es die ergänzenden Projekte im neuen ESF-Bundesprogramm „Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“, das heißt arbeitsmarktpolitische Maßnahmen mit dem sozialraumorientierten Ansatz des Programms Soziale Stadt (vgl. BMVBS 2009b). Diese Erweiterungen sind im Interesse einer Strategie gegen Armut und Ausgrenzung notwendig und gehen über die klassische Städtebauförderung hinaus. Sie waren politisch nicht unumstritten, zumindest gab es in der Union große Vorbehalte. Das gilt auch für die Änderung des Bundesbaugesetzbuches.

Das Konzept des Programms ist 2004 auch in das Bundesbaugesetzbuch (§ 171 e) aufgenommen worden (vgl. Löhr 2009). Die wesentlichen Ziele und Instrumente werden hier genannt:

- sozialräumlicher Bezug auf Quartiere mit sozialen Missständen,
- ressortübergreifende Bündelung von Ressourcen,
- städtebauliche, aber auch nicht-investive Maßnahmen,

- als unabdingbare Voraussetzung ein integriertes Handlungskonzept,
- Bürgermitwirkung.

Ziele sind die Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass mit diesem baurechtlichen Instrument die Voraussetzung für integrative Stadtentwicklungskonzepte geschaffen wird. Ein Ziel, das auch für das Programm „Soziale Stadt“ wichtig ist, wird ebenfalls im Bundesbaugesetzbuch genannt: die Verstetigung. In nuce haben wir hier ein Handlungskonzept zur besseren sozialen Integration von segregierten Stadtteilen.

Das Programm ist erfolgreich, sicherlich auch, weil es ein „lernendes“ Programm ist. Mehr als 520 Stadtquartiere in 330 Städten wurden bis 2009 in das Programm aufgenommen – das belegt, dass Bemühungen um Integration und Verringerung von Segregation immer wichtiger werden.

Bewährt hat sich das Instrument des Quartiersmanagements. Es wird Wert darauf gelegt, dass Kooperationspartner wie Schulen, Kitas, Vereine, Verbände, Selbsthilfegruppen, Ehrenamtliche, aber auch die Wohnungsunternehmen mit einbezogen werden. Eine Fülle von Beispielen zeigt, dass es über diese Kooperationspartner gelingt, direkt an die Alltagswirklichkeit der Menschen anzuknüpfen, sie in ihrem Alltag zu erreichen.

Ein zentrales Handlungsfeld des Programms ist „Aktivierung und Beteiligung“. In fast allen Gebieten gibt es ein Vor-Ort-Büro als Anlaufstelle. In einer von der beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) angesiedelten Bundestransferstelle Soziale Stadt durchgeführten bundesweiten Befragung in den Programmgebieten heißt es: „In den Quartieren der Sozialen Stadt besteht ein ausdifferenziertes Netzwerk lokaler Initiativen, Vereine und Organisationen“<sup>1</sup>.

Stadtteilkonferenzen, oft mit einem Verfügungsfonds, themenbezogene Arbeitsgruppen, Nachbarschaftsnetzwerke werden eingerichtet. Niedrigschwellige Angebote wie Stadtteilstefte, Angebote von Beratungen, gezielte Angebote für Kinder und Jugendliche sollen die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers aktivieren. Übereinstimmend wird auf Erfolge bei der Bürgermitwirkung hingewiesen, allerdings heißt es ausdrücklich in der Befragung: „Eine Herausforderung bleiben nach Einschätzung der Befragten weiterhin die Ansprache und Beteiligung nur schwer erreichbarer Bevölkerungsgruppen (Aussiedlerinnen und Aussiedler, Arbeitslose, Angehörige fremder Ethnien, Alleinerziehende)“<sup>2</sup>. Genau die Zielgruppen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen oder bedroht sind, werden eher

---

1 <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/arbeitspapiere/band12/2.6-aktivierung.phtml> (zuletzt abgerufen am 11.11.2009).

2 Vgl. ebenda.

schlecht erreicht. In diesem Handlungsfeld – Aktivierung und Beteiligung – reicht das Modell offensichtlich nicht aus.

Das Programm „Soziale Stadt“ hat sich insgesamt bewährt. Es sollte nicht nur fortgeführt, sondern finanziell aufgestockt und weiterentwickelt werden. Mit seinem ganzheitlichen und sozialintegrativen Ansatz ist es ein Modell für eine Strategie gegen Armut und Ausgrenzung, die auch die notwendige Koordination und Kooperation der Ressorts auf der Ebene des Bundes, der Länder, der Kommunen und zwischen diesen staatlichen Ebenen fördert.

Allerdings sind die Möglichkeiten des Programms begrenzt. Die wichtigen sozial-integrativen Maßnahmen spielen eine nur relativ bescheidene Rolle, es bleibt schwerpunktmäßig ein Städtebauförderungsprogramm zur Verbesserung von Wohnqualität und Wohnumfeld.

Es ist ein Förderprogramm und deshalb zeitlich befristet mit degressiver Mittelvergabe. Die Verstetigung der Maßnahmen in den Stadtquartieren ist in den meisten Fällen nicht gewährleistet, weil die dauerhafte Finanzierung fehlt (vgl. Bundestransferstelle Soziale Stadt 2008, S. 10). Die notwendige Verstetigung ist das ungelöste Problem.

Migrantinnen und Migranten, besonders Arbeiterfamilien, sind überproportional von Armut und Ausgrenzung betroffen. Die in den letzten Jahren endlich verstärkten Bemühungen um die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sind eine notwendige Ergänzung der Strategie. Das Programm „Soziale Stadt“ ist weitgehend das Modell für die Umsetzung des nationalen Integrationsplans vor Ort. Ähnlich wie bei den Projekten der Sozialen Stadt gibt es im Rahmen des nationalen Integrationsplans eine Fülle von Beispielen, wie ethnische Segregation vor Ort abgebaut werden kann. Das belegen unter anderem die Publikationen der Bertelsmann-Stiftung und der Schader-Stiftung.

Über das bisherige Programm hinaus muss ein zusätzlicher Schwerpunkt auf lokale Bildungspolitik und lokale Familienpolitik gelegt werden. In diesem Handlungsfeld liegt der Schlüssel zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung. Einige Programme verschiedener Bundesministerien geben bereits erste Impulse. Der nationale Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005 – 2010“ und der nationale Integrationsplan bieten wichtige Grundlagen.

## Lokale Bildungs- und Familienpolitik – Schlüsselfunktion für eine Strategie gegen Armut und Ausgrenzung

Wichtigste Zielgruppe der Integrationsbemühungen in segregierten Stadtteilen müssen die sozial benachteiligten Kinder und Jugendlichen und ihre Eltern sein. An den Lebenswelten dieser Kinder – in erster Linie die Familie und die institutionellen Lebenswelten wie Kita und Schule – muss angesetzt werden.

Im 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung werden tiefgreifende Veränderungen der Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen festgestellt. Es gibt einen weitreichenden gesellschaftlichen Wandel der Familienstruktur und familiärer Beziehungen. Der Alltag der Kinder hat sich verändert: Neben der „Internationalisierung von Lebenswelten“ und der „Mediatisierung und Virtualisierung von Lebenswelten“ wird herausgestellt: „Institutionelle Lebenswelten strukturieren den Alltag, bestimmen und begrenzen Handlungs- und Bewegungsräume“ (BMFSFJ 2005, S. 58 ff.).

Der Bericht geht von einem erweiterten Bildungsbegriff aus mit der Trias Bildung, Betreuung und Erziehung. Für die Zukunftsperspektiven werden fünf Leitlinien formuliert, als vierte Leitlinie „Bildung für alle“ mit dem Anspruch von Chancengerechtigkeit und Partizipation (vgl. BMFSFJ 2005, S. 337 ff.). Bei der Umsetzung sind auch entscheidend der lokale und der sozialräumliche Ansatz, die unmittelbare Anknüpfung an die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen. Gerade in segregierten Stadtvierteln müssen Familien unterstützt werden, um die Abhängigkeit der Bildungschancen der Kinder von ihrer sozialen Herkunft zu durchbrechen.

In den letzten Jahren sind neue Möglichkeiten eröffnet worden, die hier nur grob skizziert werden können. Zunehmend wird öffentliche Verantwortung für Kinder von der Geburt an wahrgenommen. Das Projekt des Bundesfamilienministeriums „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder“ hat eine beträchtliche Breitenwirkung in den Kommunen erreicht. Der Ausbau der Betreuung der Unter-Dreijährigen mit einem Rechtsanspruch ab 2013 ist ein weiterer wichtiger Schritt. Nicht nur quantitativ, auch qualitativ gibt es eine Veränderung. Betreuung, Bildung und Erziehung sind der Auftrag, und die Kitas entwickeln sich weiter zu Familienzentren. Die Kompetenz der Eltern kann gestärkt werden, ebenso deren Partizipation. Neue Chancen der frühen Förderung, zum Beispiel der Sprachförderung, sozial benachteiligter Kinder werden eröffnet. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöht die Erwerbschancen Alleinerziehender.



Auch aufgrund der Erfahrungen aus dem Programm „Soziale Stadt“ zur Frage, wie wichtig die Kooperation der Ressorts und die Bündelung der Ressourcen sind, wird auf der lokalen Ebene zunehmend angestrebt, Kinder- und Jugendhilfe, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit mit den Bildungsinstitutionen Kita und Schule zu verbinden.

In den Schulen eröffnen sich zusätzliche Fördermöglichkeiten, wenn sie Ganztagschulen sind. Die Initiative des Bundes für den Offenen Ganzttag an Grundschulen war ein erster Schritt, hat Impulse gegeben und die oft ideologisch verkrustete Abwehrhaltung gegen Ganztagschulen aufgebrochen.

Die Öffnung der Schulen in das Gemeinwesen ist ein wichtiger Schritt, auch um von Ausgrenzung bedrohte Eltern zu erreichen. Kita und Schule bieten Möglichkeiten für neue soziale Kommunikationsräume. Soziale Netzwerke können an sie angedockt werden. Schulen werden zu Stadtteilzentren, bürgerschaftliches Engagement kann eingebracht werden, zum Beispiel die Übernahme von Patenschaften für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler.

Die Erkenntnis ist gewachsen, dass Einzelmaßnahmen wenig erreichen. Lokale Bildungs- und Familienpolitik sollte einem ganzheitlichen Ansatz folgen, ein lokales Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung entwickeln. Das Konzept der Lokalen Bildungslandschaft mit einem klaren Schwerpunkt auf soziale Integration ist zukunftsweisend<sup>3</sup>. Grundlage ist eine Vernetzung der unterschiedlichen Bildungsakteure. Es gibt inzwischen viele Beispiele, dass eine zielgerichtete lokale Familien- und Bildungspolitik die Teilhabechancen sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher konkret verbessern kann.

Es bleibt auf der einen Seite die Skepsis, ob es einer sozialintegrativen lokalen Politik gelingen kann, soziale Integration durch mehr Kommunikation und Partizipation zu verbessern und tatsächlich die Ausgeschlossenen zu erreichen. Auf der anderen Seite hat der Freiwilligensurvey gezeigt, dass Arbeitslose durchaus eine hohe Bereitschaft haben, sich bürgerschaftlich zu engagieren (vgl. Vandamme 2008). Klaus Peter Strohmeier geht davon aus, dass soziale Integration vor Ort Vertrauen voraussetzt. Entsolidarisierungsprozesse führen zu Misstrauen und Abkapselung. Etwa nur durch offene Angebote, zum Beispiel in Bürgerzentren oder Stadtteilkonferenzen, kann dieses Misstrauen nicht überwunden werden. Als besonders geeignete Möglichkeiten nennt Strohmeier „Selbermach-Projekte“ sowie Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung und Qualifizierung vor Ort: „Die Menschen werden bei ihren unmittelbaren Nutzungserwartungen ‚abgeholt‘. Sie sehen, dass etwas besser wird, wenn sie es selbst tun. Die zunächst eigennützig motivierte Beteiligung am Projekt schafft als Sondereffekt soziale Vernetzungen

3 Vgl. hierzu auch die Beiträge in dem Schwerpunktheft „Kommunale Bildungspolitik“ der Deutschen Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK), Heft 2009/I.

und Integration der Bürger“ (Strohmeier 2009). Wenn die objektive Ungleichheit größer wird und gleichzeitig die subjektive Wahrnehmung von Ungleichheiten sich immer mehr verschärft, wird es umso schwieriger, die Betroffenen zu aktivieren und zu beteiligen, werden Desintegrationsprozesse beschleunigt.

Das Konzept des Programms „Soziale Stadt“ ist als Grundlage für eine Strategie gegen Armut und Ausgrenzung geeignet. Es fordert und fördert die Zusammenarbeit der Ressorts auf Bundes- und Landesebene und ebenso auf der entscheidenden Umsetzungsebene, der kommunalen Ebene. Es muss vor allem ergänzt werden durch Maßnahmen gegen Bildungsarmut und zur Stärkung von Familien. Stadtentwicklungspolitik muss dem Leitbild einer „Sozialen Stadt“ folgen. Ein zweites Leitbild ist die „Bürgerkommune“ mit direkter Beteiligung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger. Viele Menschen in der „Unterschicht“ sind nur schwer zu erreichen. Es gibt einige erfolgreiche Beispiele. Insgesamt sind aber die Möglichkeiten begrenzt, die Abkapselung dieser Menschen zu überwinden. Armutsprävention und Integration müssen langfristig angelegt werden, um nachhaltige Wirkungen zu erzielen. Deshalb ist die Verstetigung nach Auslaufen der Förderung notwendig. Unerlässlich ist auch eine Kontrolle der Wirksamkeit der Maßnahmen durch eine kommunale Sozialberichterstattung.

## Literatur

- Anhut, Reimund/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft, Weinheim und München.
- Barthelheimer, Peter (2007): Politik der Teilhabe. Ein soziologischer Beipackzettel (Friedrich-Ebert-Stiftung, Fachforum, Analysen und Kommentare, Nr. 1/2007), Berlin.
- Bleckmann, Peter/Durdel, Anja (Hrsg.) (2009): Lokale Bildungslandschaften, Wiesbaden.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.) (2008): Lebenslagen in Deutschland – 3. Armuts- und Reichtumsbericht, Berlin.
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2005): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. 12. Kinder- und Jugendbericht, Berlin.
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2006): 7. Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektive für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Berlin.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.) (2009a): Stadtentwicklungsbericht 2008, Berlin.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.) (2009b): Auftaktkongress zum ESF-Bundesprogramm „Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“, Berlin.

- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2008): Integration vor Ort. Der nationale Integrationsplan – Ein Zwischenbericht, Berlin.
- Bundestransferstelle Soziale Stadt (Hrsg.) (2008): Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt (Kurzfassung), Berlin.
- EU-SILC (2006): European Union Statistics on Income and Living Conditions. Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen.
- GdW-Bundesverband Deutscher Wohnungsunternehmen e.V. (Hrsg.) (1998): Überforderte Nachbarschaften (GdW-Schriften 48), Köln und Berlin.
- Häußermann, Hartmut (2006): Die Krise der „sozialen Stadt“. Warum der sozial-räumliche Wandel der Städte eine eigenständige Ursache für Ausgrenzung ist, in: Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hrsg.): Das Problem der Exklusion, Hamburg, S. 294–313.
- Häußermann, Hartmut (2009): Die soziale Dimension unserer Städte – von der „Integrationsmaschine“ zu neuen Ungleichheiten, in: Biedenkopf, Kurt/Bertram, Hans/Niejahr, Elisabeth (Hrsg.): Starke Familie – Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise. Bericht der Kommission „Familie und demographischer Wandel“, Stuttgart, S. 147–155.
- Heitmeyer, Wilhelm (2007): Was hält die Gesellschaft zusammen, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt/Main, S. 32–47.
- Imbusch, Peter/Rucht, Dieter (2005): Integration und Desintegration in modernen Gesellschaften, in: Heitmeyer, Wilhelm/Imbusch, Peter (Hrsg.): Integrationspotentiale einer modernen Gesellschaft, Wiesbaden, S. 13–71.
- Institut für angewandte Wissenschaftsforschung e.V. (2006): Das Konzept der Verwirklichungschancen (A. Sen) – empirische Operationalisierung im Rahmen der Armut- und Reichtumsmessung – Machbarkeitsstudie, Berlin.
- Löhr, Rolf-Peter (2009): Kommentar zu § 171 e BauGB, in: Battis, Ulrich/Krautzberger, Michael/Löhr, Rolf-Peter (Hrsg.): BauGB (Kommentar). 11. Auflage, München, S. 1208–1217.
- Mansel, Jürgen/Heitmeyer, Wilhelm (2005): Spaltung der Gesellschaft. Die negativen Auswirkungen auf das Zusammenleben, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 3, Frankfurt/Main, S. 39–72.
- OECD (Hrsg.) (2009): Mehr Ungleichheit trotz Wachstum? Einkommensverteilung und Armut in OECD-Ländern, Paris.
- SOEP (2006): Sozio-ökonomisches Panel, Berlin.
- Strohmeier, Klaus Peter/Alic, Safet (2006): Segregation in den Städten (Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik [Hrsg.]), Bonn.
- Strohmeier, Klaus Peter (2007): Familien in der Stadt – Herausforderungen der städtischen Sozialpolitik, in: Baum, Detlef (Hrsg.): Familien in der Stadt – Herausforderungen in der städtischen Sozialpolitik, Wiesbaden, S. 246–261.
- Strohmeier, Klaus Peter (2008a): Unterstadt – Für wen ist Segregation gefährlich?, in: Groenemeier, Axel/Wieseler, Silvia (Hrsg.): Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle, Wiesbaden, S. 488–501.
- Strohmeier, Klaus Peter (2009): Die Stadt im Wandel – Wiedergewinnung von Solidarpotential, in: Biedenkopf, Kurt/Bertram, Hans/Niejahr, Elisabeth (Hrsg.): Starke Familie – Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise. Bericht der Kommission „Familie und demographischer Wandel“, Stuttgart, S. 156–172.

- Vandamme, Ralf (2008): Zivilgesellschaft und soziale Ausgrenzung, in: Huster, Ernst-Ulrich/Boeckh, Jürgen/Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung, Wiesbaden, S. 558–576.
- Vogel, Berthold (2006): Soziale Verwundbarkeit und prekärer Wohlstand. Für ein verändertes Vokabular sozialer Ungleichheit, in: Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hrsg.): Das Problem der Exklusion, Hamburg, S. 342–355.

Stefan Werner

## Die Komplexität der „Sozialen Stadt“ evaluieren

### Vorschlag einer integrierten Prozessevaluation

**Zusammenfassung:** Die soziale Stadtentwicklung ist von Komplexität gekennzeichnet, da dort Wissen und Mitwirkungsbereitschaft einer Vielzahl an Akteuren und Politikfeldern integriert werden müssen. Im Bundesländer-Programm „Soziale Stadt“ hat deshalb Evaluation einen hohen Stellenwert, um Reflexions- und Lernprozesse zu unterstützen. Jede Evaluation komplexer Verhältnisse läuft jedoch Gefahr, durch Werturteile, z.B. methodisch im Sinne der Durchführbarkeit oder inhaltlich aufgrund konkreter Ziele und Interessen, Wissensbestände auszugrenzen. Die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen sind grundlegend hinterfragbar. In dem Beitrag werden daher Möglichkeiten diskutiert, wie Komplexität in Evaluationen besser bewältigt werden kann: durch einen Fokus auf die Prozessqualität, Methoden der Selbstevaluation und lernende Strukturen. Abschließend werden die theoretischen Überlegungen mit Hilfe des Designs einer „integrierten Prozessevaluation“ für die „Soziale Stadt“ in München operationalisiert.

### Evaluation in der sozialen Stadtentwicklung

*„Das Wissen anderer, einschließlich derer, die betroffen sind, einzubeziehen, verringert die Wahrscheinlichkeit, mit unerwünschten Folgen konfrontiert zu sein (...).“ (Reuter 2006: S. 219)*

Um Entwicklungsziele in Städten umzusetzen und Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu erbringen, sind Kommunen auf die Mitwirkung verschiedenster Akteure angewiesen (vgl. Articus 2002: S. 6 ff.; Thalgott 2006: S. 93; Selle 2005: S. 52 ff.; Werner 2009: S. 242 ff.). Es müssen ganzheitliche Planungs- und Politikprozesse organisiert werden, in denen sich möglichst alle Beteiligten und Betroffenen einbringen können oder deren Wissen und Lebenswelt repräsentiert werden (vgl. Breckner 1997: S. 45 ff.; BMVBS: S. 2; Struck 2000: S. 10). Im Politikfeld der sozialen Stadtentwicklung gewinnt dies an besonderer Bedeutung, weil soziale Probleme sowie anzustrebende Maßnahmen und Ziele von den jeweiligen Akteursgruppen oft sehr unterschiedlich interpretiert werden. Die Exklusion von

Wissen gefährdet hier unweigerlich die Akzeptanz von Maßnahmen, die Bereitschaft, an ihnen mitzuwirken, und letztlich den Erfolg von sozialer Stadtentwicklungspolitik. Daher sollte insbesondere die soziale Stadtentwicklung als ko-produktiver Prozess verstanden werden (vgl. Alisch 2007: S. 305 ff.).

Im Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ der deutschen Städtebauförderung wurden bereits zehn Jahre lang Erfahrungen mit der Gestaltung solch kooperativer Politikgestaltung und Leistungserbringung gesammelt. Nach dem offiziellen Start des Programms 1999 gibt es heute mehrere hundert Gebiete über ganz Deutschland verteilt, die Förderung beziehen. Im Rahmen dessen wurden neue Verfahrensweisen ausprobiert, wurden jeweils gebietsbezogen integrierte Lösungen entwickelt und umgesetzt, um soziale Missstände auf Quartiersebene stadtpolitisch zu bearbeiten (vgl. Häußermann 2006: S. 285 ff.; Walther 2005: S. 111 ff.). Um diese Erfahrungen auszuwerten, wurde das Programm 2003/04 nach knapp fünf Jahren Laufzeit in einer sehr umfangreichen Zwischenevaluation durch das IfS – Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik bundesweit bewertet (IfS 2004). Außerdem wurden regelmäßig durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) Befragungen durchgeführt (Difu 2006, 2007), die ebenfalls die Qualität des Programmfortgangs dokumentieren und Handlungsorientierung für Programmverantwortliche bieten. Die zuletzt durchgeführte dritte bundesweite Befragung behandelte explizit die Wirkungen des Programms.

In diesem Beitrag sind die Methodik sowie die in der Zwischenevaluation und der dritten bundesweiten Befragung ermittelten und erhobenen „Kennzahlen“ der „Sozialen Stadt“ Gegenstand einer kritischen Auseinandersetzung. Der eher quantitativ konnotierte betriebswirtschaftliche Begriff der „Kennzahlen“<sup>1</sup> wird hier im übertragenen Sinne für die soziale Stadtentwicklung verwendet, obwohl dort vergleichsweise mehr qualitative Informationen als in der Betriebswirtschaftslehre genutzt werden. Auch in der sozialen Stadtentwicklung orientieren sich Verantwortliche an Determinanten<sup>2</sup> und Indikatoren<sup>3</sup> in der Hoffnung, dass sie Informationen darüber erhalten, wo nachgesteuert werden muss. Ob ein solches Kennzahlenmanagement erfolgreich sein kann, liegt mit Sicherheit zum großen Teil an der Qualität der verwendeten „Kennzahlen“, daran, wie der Empfänger sie interpretiert, und an der Erhebungsmethode. Der Erfolg von sozialen Maßnahmen ist nämlich nur schwer messbar, weil er in der Regel wenig sichtbar ist, sich oft erst langfristig einstellt und Ursachen nicht unbedingt direkt einer konkreten sozialen Maßnahme

1 Bezeichnung in der Betriebswirtschaftslehre für Zahlen, die über Soll- und Istwerte der Unternehmensentwicklung informieren (vgl. Ossola-Haring 2006: S. 7 f.).

2 Determinanten sind „Bestandteile bzw. Faktoren (...), die den Sozialraum bestimmen bzw. die zu dessen Beeinflussung bzw. Steuerung notwendig sind (...)“ (Huber 2004: S. 73).

3 Indikatoren sind die Konkretisierung von Determinanten in Form von operationalisierten, empirisch erfassbaren Einheiten (vgl. Wottawa/Thierau 1998: S. 87).

zugeordnet werden können. Dieses Kausalitätsproblem erschwert und verkompliziert Bewertungsversuche erheblich und rechtfertigt es prinzipiell, deren Ergebnisse kritisch zu hinterfragen (vgl. Friedrichs/Hommerich S. 45 ff.; Bauer 2005: S. 58 ff.; Stegen 2006: S. 252). Gleichzeitig produzieren aber die komplexen Interaktionsbeziehungen und inhaltlichen Interdependenzen in der „Sozialen Stadt“ eine große Nachfrage nach Evaluationen. Diese sollen als Entscheidungs- und Orientierungshilfe, als Optimierungsinstrument oder als Mittel, um Legitimation herzustellen, um zu kontrollieren, zu dokumentieren und vieles mehr, dienen (vgl. Bauer 2005: S. 58 ff.; Wottawa/Thierau: S. 13 f.). Sie sind somit keineswegs objektiv, sondern streben ganz konkrete Ziele an. Der Prozess der Urteilsbildung bzw. der Bewertung setzt zudem voraus, dass eine normative Vorstellung davon existiert, wie die zu bewertende Wirklichkeit konstruiert ist. Ferner müssen Grundwerte festgelegt sein, auf Basis derer Urteile getroffen werden können. Eine objektive Bewertung ist somit nicht möglich, weil Normen von politischen oder gesellschaftlichen Gruppen gesetzt und Wirklichkeit abbildende Indikatoren von Fachleuten vorgeschlagen werden. Um Objektivität zu erzielen, müsste man also die Werturteile aller Beteiligten und Betroffenen im Prozess der sozialen Stadtentwicklung berücksichtigen, was praktisch schwer umsetzbar ist. Daher ist es notwendig, im Evaluationsprozess zwischen der subjektiven Werteebene und der objektivierbaren anwendungsbezogenen Sachebene zu trennen (vgl. Bauer 2005: S. 73 ff.).

Unter den Voraussetzungen der Kausalitätsproblematik und der vielen unterschiedlichen Akteursperspektiven bei komplexen Aufgabenstellungen oder Programmen ist das einfache Messen von Wirkungen schlichtweg unmöglich. Aus dieser Problemlage bei Evaluationen von komplexen Verhältnissen ergibt sich folgende Fragestellung dieses Beitrags: Wie ist es in einer Evaluation von sozialen Maßnahmen oder Programmen möglich, die komplexen Rahmenbedingungen und die Zuordnungsproblematik von Ursache und Wirkung in sozialen Kontexten ausreichend zu berücksichtigen?

Bevor im Folgenden ein methodischer Lösungsweg in Form einer integrierten Prozessevaluation hergeleitet wird, werden zuerst die Komplexitätsproblematik in der sozialen Stadtentwicklung näher erläutert und vorhandene Bewertungsansätze der „Sozialen Stadt“ diskutiert.

## Komplexitätsproblematik in der sozialen Stadtentwicklung

Der gesellschaftliche Kontext in der sozialen Stadtentwicklung kann heutzutage als komplex bezeichnet werden, da er aus einer Vielzahl verschiedener, stark spezialisierter Bestandteile besteht, die darüber hinaus zueinander in Abhängigkeit stehen (vgl. Willke 2006: S. 19 ff.). Durch diese funktionale Differenzierung wächst zum

einen die sachliche Komplexität, da unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche nebeneinander existieren und sich voneinander durch spezifische Ziele und Arbeitsweisen abgrenzen. Zum anderen gewinnt die soziale Komplexität an Bedeutung, weil Interaktionszusammenhänge immer unüberschaubarer werden. Außerdem nimmt die zeitliche Komplexität aufgrund der Tatsache zu, dass jedes Teilsystem spezifische Zeithorizonte bei eigenen Projekten verfolgt. Zudem kann man ein Anwachsen operativer Komplexität beobachten. Damit ist das Entstehen von differenzierten Organisationsformen gemeint, um mit der immer unübersichtlicheren Umwelt zurechtzukommen. Die Komplexität der operativen Abläufe selbst kann schließlich zum Problem werden. Zuletzt ist noch das Phänomen der kognitiven Komplexität zu nennen, weil in hochgradig differenzierten Gesellschaften auch vielfältige Wahrnehmungsunterschiede von Problemen und adäquaten Lösungen bestehen (vgl. ebenda: S. 85 ff.). Folgen dieser Entwicklung sind eine intensive Verflechtung und Interdependenz in Politikprozessen (vgl. Benz 1992: S. 149 ff.; Jacobs 1962: S. 376; Willke 2001: S. 121; Münch 2001: S. 192 ff.).

Viele Probleme der sozialen Stadtentwicklung können in diesem Rahmen unmöglich durch einen einzigen Akteur bearbeitet werden. Es existieren parallel unterschiedliche Wahrnehmungen von Problemen und deren Lösungsmöglichkeiten, und die Umsetzung von Lösungen kann zudem meist nur in Ko-Produktion realisiert werden. Da solche Probleme nicht eindeutig bestimmbar sind und deren Lösungsansätze weit reichende und unkalkulierbare räumliche, zeitliche und soziale Wirkungen haben können, werden sie in der Literatur auch als „bösaartig“ (Reuter 2006: S. 214 ff.), „komplex“ (Kestermann 1997: S. 53 f.) oder „wicked“ (Schridde 2005: S. 141 ff.) bezeichnet.

Jeder Versuch, diese komplexen Verhältnisse im Sinne der Operationalisierbarkeit zu reduzieren, ist gleichzeitig ein Ausschluss von Wissen (vgl. Reuter 2006: S. 219). Wenn ein Problemfeld räumlich, zeitlich oder inhaltlich begrenzt wird, dann kann zwar besser projektbezogen mit Innovationen experimentiert werden, aber die Entwicklung des Projekts läuft Gefahr, sich von benachbarten Räumen oder Inhalten zu isolieren oder sich nur kurzfristig zu orientieren (vgl. Ibert 2003: S. 124 ff.). Die Alternative, Freiräume zu schaffen, in denen sich sämtliches Wissen selbstgesteuert integrieren kann, wirft jedoch das Problem der Selektivität durch Machtverhältnisse auf. Problem- und Lösungsdefinitionen werden höchstwahrscheinlich zu Gunsten von handlungsmächtigen Akteuren ausfallen (vgl. Mayntz 2001: S. 27). Um dem damit verbundenen Demokratiedefizit vorzubeugen, werden viele Programme der sozialen Stadtentwicklung sehr verwaltungsbzw. politikzentriert oder zentral durch ein Quartiersmanagement gesteuert (vgl. Eckardt 2005: S. 237 ff.). Diese Steuerungsinstanzen sind jedoch erwartungsgemäß leicht überfordert mit der Integration der vielfältigen Wissens- und Ressourcenbestände (vgl. Gawron 2005: S. 165 ff.). Die Folge sind unweigerlich erneut Demo-



kratiedefizite, da in diesem Politikprozess nicht das Wissen und die Handlungslogiken aller Betroffener berücksichtigt werden können (vgl. Scharpf 1973: S. 53 ff.).

Die vorangegangenen Erläuterungen zu Komplexität lassen Zweifel darüber aufkommen, ob Kausalketten in der sozialen Stadtentwicklung eindeutig bestimmbar sind (vgl. Stein/Stock 2005: S. 305). Inwiefern unter diesen Voraussetzungen Evaluationen eine gute Basis für Handlungsempfehlungen sein können, ist Gegenstand des folgenden Abschnitts, in dem dies am Beispiel der Zwischenevaluation der „Sozialen Stadt“ und der dritten bundesweiten Befragung aller Gebiete diskutiert wird.

## „Kennzahlen“ der „Sozialen Stadt“ im Fokus

Die 2003/04 durchgeführte Zwischenevaluation des Programms „Soziale Stadt“ „soll[te] den Kommunen zeitnahe Informationen über den Fortgang des integrierten Erneuerungsansatzes in den Stadtteilen bieten“ (ARGEBAU 2005: S. 22). Sie wurde durch eine interdisziplinär besetzte Expertengruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Bundes- und Länderressorts, des Deutschen Städtetages, des Difu (als Programmbegleitung), der Wissenschaft und der kommunalen Praxis gesteuert. Das letztendliche Gutachten wurde durch das IfS erstellt (vgl. Haack 2005: S. 55 ff.). Die Ziele der Zwischenevaluation richteten sich nach den zwei grundlegend unterscheidbaren Programmzielen der „Sozialen Stadt“: Verbesserung der sozialen Situation in den Programmgebieten und Veränderung der politisch-administrativen Abläufe hin zu einer integrierten Stadtentwicklungspolitik. Daraus ergeben sich die zwei analytischen Ebenen der Evaluationsstudie: eine Ergebnis- und Wirkungsanalyse des Programms in den Gebieten und eine Prozessanalyse des angestrebten Politikwandels (siehe Übersicht 1).

Die Autoren der Zwischenbewertung machen jedoch deutlich, dass es nicht einfach ist, Ergebnisse und Wirkungen zu messen, und stützen sich deshalb schwerpunktmäßig auf qualitative Informationen. Um eine ausgewogene Einschätzung des Programmfortgangs zu erhalten, werden überdies unterschiedliche Perspektiven von beteiligten und programmexternen Akteuren bei der Evaluation mit einbezogen. Dabei greifen die Evaluierenden auf eine Kombination folgender quantitativer und qualitativer Methoden zurück (vgl. IfS 2004: S. 9 ff.):

- Sekundäranalysen von Difu-Materialien,
- vertiefende Datenanalysen von Programmstatistiken,
- Analyse der schriftlichen Erhebungen durch die Programmbegleitung,
- Auswertung von vier Länderevaluierungen,
- Experteninterviews auf Länder- und Bundesebene,
- Gebietsquerschnitt von 13 Fallstudien,

- schriftliche Befragung von 1 800 programmexternen Akteuren,
- Fachgespräche.

## Übersicht 1: Zentrale Forschungsfragen der Zwischenevaluation

|  |  |
|--|--|
| <p><b>Analyse der politisch-administrativen Abläufe:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Ist die Strategie der „Sozialen Stadt“ bezüglich der Problemlagen angemessen?</li> <li>■ Wie gelingt die Koordination der Länderstrategien und -programme mit dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“?</li> <li>■ Wie gut passen die verwendeten Instrumente zur Strategie?</li> <li>■ Haben sich geschaffene Organisationsstrukturen bewährt?</li> <li>■ Ist die Ressourcenbündelung in den Gebieten gelungen, und wie gestaltet sich das Verhältnis von investiven und nicht-investiven Mitteln?</li> <li>■ Wie gut konnte man integrierte Entwicklungsstrategien entwickeln?</li> <li>■ Welche Bedeutung haben die integrierten Handlungskonzepte, und wie klar und konsequent werden Ziele formuliert und deren Erreichungsgrad überprüft?</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>■ Haben sich nachhaltige Strukturen der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen, privaten und gesellschaftlichen Akteuren gebildet?</li> <li>■ Welchen Stellenwert haben Quartiersmanagements, und welche Akteure sind bei Entscheidungen über die Mittelverwendung einbezogen?</li> <li>■ Wie gut konnte die Bevölkerung, insbesondere Migranten, in den Gebieten aktiviert bzw. befähigt werden, einen Beitrag zur Problemlösung zu leisten?</li> </ul> <p><b>Analyse der Wirkungen bzw. Ergebnisse:</b></p> <p>Wie sind die Einschätzungen der Befragten ...</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>■ was mit dem Programm angestoßen wurde?</li> <li>■ wie sich die Wahrnehmung des Gebiets und seiner Situation verändert hat?</li> <li>■ wie sich die sozioökonomische Lage in den Gebieten entwickelt hat?</li> </ul> |
|--|--|

Quelle: Eigene Darstellung nach IfS 2004.

Als Ergebnis wird in der Studie befunden, dass die „Soziale Stadt“ ein gutes Instrument zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und zur Stabilisierung benachteiligter Quartiere sein kann. Ihr wird die Kapazität attestiert, ein sozial verträgliches Zusammenleben von verschiedenen ethnischen Gruppen fördern und negative Kontexteffekte auf die Lebenschancen der Bewohnerinnen und Bewohner verringern zu können. Insgesamt halten die Evaluierenden das Programm für ein Positivbeispiel für kooperativen Föderalismus. Problemdiagnosen und Zielformulierungen, die gebietsbezogene Mittelbündelung, die Vernetzung mit Schulen, die Integration sozial marginalisierter Haushalte und die Strategien für das Handlungsfeld Lokale Ökonomie erscheinen ihnen jedoch oftmals verbesserungswürdig. Besonders betont wird, dass die „Soziale Stadt“ noch mehr als lernendes Programm implementiert werden sollte, wofür einheitliche Indikatoren für ein begleitendes Monitoring sehr förderlich wären (vgl. Häußermann 2005: S. 75 ff.; Aehnelt 2005: S. 63 ff.).

Die dritte bundesweite Befragung 2005/06 (vgl. Difu 2006, 2007) beschäftigt sich mit dieser Herausforderung. In ihr wurden auf Basis der bereits vorliegenden Erfahrungen und Evaluationsergebnisse ein einheitliches Set von Determinanten

und Indikatoren in einem standardisierten Fragebogen operationalisiert und damit die Programmverantwortlichen aller Gebiete der „Sozialen Stadt“ befragt. Das Ergebnis sind neun Determinanten, die anhand von insgesamt über 50 Indikatoren empirisch abgeprüft wurden (siehe Übersicht 2).

Übersicht 2: Determinanten und Indikatoren im Überblick

- 1 **Eigenschaften der Gebiete:** Grundlage der Gebietsauswahl; Auswahlkriterien; Gesamtstädtischer Zusammenhang; Bedeutung von Aktivierung der Quartiersbevölkerung; Sachliche und räumliche Abgrenzung; Belastungsgrad durch Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit; Anteil Migranten-Haushalte; Bedeutung von sozialen Entwicklungszielen gegenüber städtebaulichen; Zielgruppenorientierung.
- 2 **Integrierte Handlungskonzepte:** Bedeutung bei Steuerung; Federführung; Lückenhaftigkeit; Schwerpunkte; Beteiligte Referate; Einbindung verwaltungsexterner Akteure; Politische Rückendeckung; Wertschätzung durch kommunale Ansprechpartner.
- 3 **Maßnahmschwerpunkte:** Ausgewogenheit Handlungsfelder; Wichtigkeit Handlungsfelder; Räumliche Schwerpunktbereiche; Definition Schlüsselprojekte.
- 4 **Finanzierung und Mittelbündelung:** Höhe der Mittel; Leistung kommunaler Anteil; Nicht-investive Förderung; Erfolg Mittelbündelung; Anteil privater Mittel; Aktive Ebene bei Mittelbündelung.
- 5 **Organisation und Management:** Berücksichtigte Handlungsebenen; Bedeutung Ämterkoordination, PR und Berichtswesen; Einbindung Ressorts Soziales und Kinder- und Jugendhilfe; Qualität Kooperationsbeziehungen; Quartiersmanagement.
- 6 **Aktivierung und Beteiligung:** Netzwerk von Gebietsakteuren; Problembezogene Arbeitsgruppen; Aktivierungsmethoden; Gruppenspezifische Angebote; Verfügungsfonds; Zufriedenheit mit Aktivierung; Quartiersbezogene PR-Kanäle; Wirkungseinschätzung PR.
- 7 **Verstetigung:** Diskussion von Verstetigung; Akzeptanz der Ziele; Tragfähige Strukturen.
- 8 **Monitoring und Erfolgskontrolle:** Stadtentwicklungsmonitoring; Aktualisierung von Daten; Fördermonitoring; Prozessevaluierung; Externe Evaluierung.
- 9 **Umsetzung und Wirkung:** Materiell; Nicht-materiell; Zentrale zukünftige Handlungsfelder.

Quelle: Eigene Darstellung nach Difu 2006, 2007.

Grundsätzlich scheinen die Zwischenevaluation und die dritte bundesweite Befragung sehr gewissenhaft, wissenschaftlich und transparent durchgeführt worden zu sein und entsprechen auch weitestgehend den durch die Deutsche Gesellschaft für Evaluation (DeGEval) gesetzten Standards für Evaluationen: Nützlichkeit<sup>4</sup>, Durchführbarkeit<sup>5</sup>, Fairness<sup>6</sup> und Genauigkeit<sup>7</sup> (vgl. DeGEval 2008: S. 10 ff.). Da

- 4 Identifizierung der Beteiligten und Betroffenen, Klärung der Evaluationszwecke, Glaubwürdigkeit und Kompetenz des Evaluators, Auswahl und Umfang der Informationen, Transparenz von Werten, Vollständigkeit und Klarheit der Berichterstattung, Rechtzeitigkeit der Evaluation, Nutzung und Nutzen der Evaluation.
- 5 Angemessene Verfahren, Diplomatisches Vorgehen, Effizienz von Evaluationen.
- 6 Formale Vereinbarung, Schutz individueller Rechte, Vollständige und faire Überprüfung, Unparteiische Durchführung und Berichterstattung, Offenlegung der Ergebnisse.
- 7 Beschreibung des Evaluationsgegenstandes, Kontextanalyse, Beschreibung von Zwecken und Vorgehen, Angaben von Informationsquellen, Valide und reliable Informationen, Systemati-

bei beiden Studien bundesweit überaus große Datensätze verarbeitet werden mussten, ist es sicherlich legitim und notwendig, dass im Sinne der Durchführbarkeit Reduktionen durchgeführt wurden. Dies sollte bei folgenden Kritikpunkten bedacht werden; denn bei ein paar Aspekten lohnt es sich, genauer hinzusehen: der Transparenz von Werten, der Kontextanalyse, der Validität von Informationen und der Meta-Evaluation.

Hinsichtlich der Methodik fällt auf, dass bei der Difu-Befragung die kommunalen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, bei der Zwischenevaluation eine Auswahl von Experten und programmexternen Organisationen im Fokus der Erhebung von Einschätzungen gestanden haben. Dies reproduziert automatisch bestimmte Werte; hier jene der ausgewählten und befragten Personen. Dieser Umstand rechtfertigt die Frage, „ob das gemessen wird, was gemessen werden sollte“ (Friedrichs 1973: S. 102), also die Frage nach der Validität der Informationen. Beteiligte oder betroffene Akteure wie z.B. Schulleiterinnen und Schulleiter, Arbeitslose, Vertreterinnen und Vertreter von Stadtteilparlamenten, Bürgervereinen, Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund etc. hätten wahrscheinlich auch andere Einschätzungen abgegeben als z.B. die kommunalen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Wenn man zudem von komplexen Gesellschaftsverhältnissen und Problemlagen ausgeht, ist in Zweifel zu ziehen, ob man mit den erhobenen Daten verschiedene Wirklichkeitskonstruktionen ausreichend erfassen kann.

Des Weiteren bietet sich auch die kritische Reflexion der verwendeten „Kennzahlen“, also Determinanten und Indikatoren, an. Die Autoren der Zwischenevaluation gehen sehr bewusst mit der Kausalitätsproblematik um. Nichtsdestotrotz fließen die Ergebnisse der Zwischenevaluation in das recht ausdifferenzierte Indikatorensystem der dritten bundesweiten Befragung ein. Die Anwendung dieser „Kennzahlen“ ohne Anpassung an lokale Bedingungen ist gleichbedeutend mit einer Übernahme der dahinter liegenden Werteaussagen. Es ist im Sinne der Nützlichkeit der Evaluation höchst zweifelhaft, ob die adaptierten Indikatoren der lokalen Situation gerecht werden können. Eine der zentralen Fehlerquellen bei Indikatorenkonzepten für Evaluationen liegt darin, dass die getroffene Auswahl von Indikatoren nicht alle Merkmalsgruppen und raum-zeitlichen Besonderheiten berücksichtigt. In diesem Fall wären die Indikatoren nicht vollständig und würden den Aussagebereich nicht hinreichend abdecken. Daher ist es wichtig, dass die Ansichten der Beteiligten und Betroffenen in einem Evaluationsgebiet bei der Entwicklung der Indikatoren ausreichend berücksichtigt werden (vgl. Bauer 2005: S. 94 ff.).

Die subjektive Werteebene hinter beiden Studien hätte, z.B. im Rahmen einer Kontextanalyse oder einer Meta-Evaluation, noch mehr problematisiert werden

---

sche Fehlerprüfung, Analyse qualitativer und quantitativer Informationen, Begründete Schlussfolgerung, Meta-Evaluation.

können. Anderenfalls laufen die Ergebnisse Gefahr, zu einseitig interpretiert zu werden und falsche Handlungsanreize für die Praxis zu setzen.

Es bleibt die Frage, wie das relevante lokale Wissen aktiviert, verarbeitet und integriert werden kann, um Indikatoren objektiv und valide festzulegen.

## Wege der Bewältigung von Komplexität in Evaluationen

Die größte Herausforderung bei Evaluationen in sozialen Kontexten liegt darin, die Komplexität der verschiedenen Wirklichkeitskonstruktionen zu erfassen und gleichzeitig den damit verbundenen Aufwand an Informationsverarbeitung praktikabel zu gestalten.

Da die Komplexität des Sozialen nur schwer als Ganzes darzustellen ist und die Verwirklichung sozialer Ziele in einem bestimmten Raum maßgeblich von dem Handeln der dort relevanten Akteure abhängt, bietet es sich an, die Prozesse bei Evaluationen in den Fokus zu nehmen (vgl. Herrmann/Lang 2001: S. 29 ff.; Beckmann 2006: S. 178 ff.). Die Qualität des Prozesses bemisst sich daran, ob es gelingt, die raumgestaltenden Akteure in einem Gebiet und deren Steuerungsressourcen, also die endogenen Potenziale, zu mobilisieren (vgl. Fassbinder 1996: S. 147). Prozessergebnisse werden bei einem solchen Vorgehen nicht vorgegeben und abgeprüft, sondern es wird die Qualität der gemeinsamen Interaktion, der Zusammenarbeit oder der Kooperation der Beteiligten und Betroffenen in den Vordergrund der Bewertung gestellt. Das individuelle Handeln und die Interaktion dieser Akteure konstituieren schließlich den Sozialraum. Nur sie können Leistungen, wie die Umsetzung der Ziele der „Sozialen Stadt“, erbringen. Ein einzelner Akteur alleine ist dazu nicht imstande.

Die Informationsverarbeitungskapazitäten werden durch diesen Fokus auf die Qualität des Prozesses erhöht, weil die eigenen Ressourcen nicht durch Versuche, irgendwelche Kausalitäten abzubilden, die ohnehin zweifelhaft sind, verbraucht werden. Es wird ergebnisoffen vorgegangen. Dies folgt der Annahme, dass bei einer guten Prozessqualität die endogenen Akteurspotenziale die Kapazitäten aufbringen, Probleme korrekt zu definieren, adäquate Lösungen zu ermitteln und gemeinschaftlich zu erbringende Leistungen umzusetzen. Die verschiedenen im Prozess vorhandenen Rationalitäten sowie die Art und Weise von deren Koordination im Prozessablauf rücken also in den Vordergrund. Um darüber verlässliche und valide Aussagen treffen zu können, muss ein entsprechendes Evaluationsdesign das zur Verfügung stehende Wissen über den Prozess integrieren können. Darum ist es nötig, die am Prozess beteiligten bzw. davon betroffenen Akteure möglichst früh und auch bei der Entwicklung der Indikatoren einzubeziehen, um

sich deren Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft zu sichern (vgl. Pollermann 2007: S. 68 ff.; Stein/Stock 2005: S. 302 ff.).

Je mehr Akteure an einem zu bewertenden Prozess beteiligt oder davon betroffen sind, desto mehr Aufwand bedeutet es, jeden Einzelnen durch unabhängige Evaluierende zu befragen. Die vielen Wissens- und Meinungsträger können zu einem „Problem der großen Zahl“ (vgl. Scharpf 1993: S. 67) und der Durchführbarkeit werden. Es gibt drei Möglichkeiten, um damit umzugehen. Entweder man reduziert wissentlich die Zahl der Befragten, z.B. durch Expertenbefragungen, oder man investiert mehr Ressourcen, um genügend Informationserhebungs- und Informationsverarbeitungskapazitäten aufzubringen. Die dritte Lösung besteht darin, auf die dezentralere Methode der Selbstevaluation zurückzugreifen, in der Prozessbeteiligte sich selbst, einander und ihre eigene Arbeit beurteilen.

Das ILS NRW stellt in einem Handbuch eine Methode zur Selbstevaluation im Kontext von integrierten Stadtentwicklungsprogrammen vor, die sich in vier Bausteine untergliedert. Der erste Baustein umfasst die Prozessorganisation, in der eine verwaltungsinterne Gesprächsrunde ein gemeinsames Grundverständnis von Zielen und einen groben Planungsverlauf der Selbstevaluation mit Zeit- und Kostenplan entwickelt. Der zweite Baustein beschäftigt sich unter breiter Mitwirkung von verschiedenen beteiligten und betroffenen Akteuren mit der Entwicklung eines Zielesystems<sup>8</sup>. Der dritte Baustein beinhaltet die Bildung von Indikatoren und die Erhebung der Daten unter Beteiligung unterschiedlichster Akteure. Der vierte und letzte Baustein besteht aus dem Berichtswesen, um die gesammelten Daten zielgruppenadäquat aufzubereiten und die Ergebnisse zu kommunizieren und nachhaltig zu sichern (vgl. Sucato/Haack 2004: S. 13).

Die Selbstevaluation wird zwar zentral über ein Steuerungsgremium der Programmverantwortlichen in der Verwaltung konzipiert und initiiert, sie nutzt aber die etablierten Programmstrukturen, um angemessene Ziele und adäquate Indikatoren zu finden. Die Informationsverarbeitung wird durch ein solches Vorgehen erleichtert und die Komplexität reduziert, weil Kontrolle an die Prozessbeteiligten abgegeben wird. Der Erfolg hängt hier also maßgeblich von der kooperativen Gestaltung des Evaluationsprozesses ab. Wenn die verschiedenen am Programm beteiligten oder davon betroffenen Akteure der Selbstevaluation nicht akzeptierend gegenüberstehen oder darin nicht ernst genommen werden, ist es sehr unwahrscheinlich, dass sie ihr Wissen offen zur Verfügung stellen. Die Bereitschaft zum gemeinsamen Lernen ist also notwendig.

---

<sup>8</sup> Ein Zielesystem ist eine hierarchische Gliederung von abstrakten Leitzielen (z.B. Stabilisierung der sozialen Entwicklung), etwas konkreteren strategischen Zielen (z.B. Erhalt und Verbesserung von Beschäftigungsmöglichkeiten), noch konkreteren operativen Zielen (z.B. Beratung und Unterstützung von Existenzgründungen) und ganz konkreten Maßnahmen (z.B. Art und Menge des Beratungsangebotes von Existenzgründungen) (vgl. Sucato/Haak 2004: S. 31).

Lernen erfordert den Willen oder die Offenheit, Veränderungen und Bewegungen des Bisherigen zuzulassen. Vorteile von Lernen bestehen zum einen darin, dass dadurch sinngebende Werte und mentale Modelle reflektiert und modifiziert werden können, die das Handeln von Prozessbeteiligten letztlich bestimmen. Zum anderen sind durch Lernen Persönlichkeitsentwicklung und das Übernehmen von Vorbildfunktionen möglich. Außerdem erlaubt kooperatives Lernen die integrative Entwicklung von gemeinsamen Zukunftsvisionen und fördert durch diesen Dialog die Bildung von Netzwerken für gemeinsames Handeln. Überdies ist die wertvolle Erkenntnis möglich, dass sich durch ganzheitliches Systemdenken ein Gemeinwesen tatsächlich verändern lässt (vgl. Schaffer 2004: S. 189). Insbesondere in so komplexen und unübersichtlichen Aufgabenfeldern wie dem der sozialen Stadtentwicklung kann die Erfahrung, etwas verändern zu können, un­gemein motivierend wirken. Gegenteilige Erfahrungen schlagen dagegen häufig die Brücke zum Defätismus.

Kooperative Lernprozesse ermöglichen den beteiligten Akteuren, ihre eigenen Stärken und Schwächen selbst zu beobachten und zu reflektieren (vgl. Pollermann 2007: S. 70). Die Informationsverarbeitung wird durch eine solche Lernkultur erleichtert und die Komplexität reduziert, weil Informationen kooperativ verarbeitet werden. Prozessbeteiligte sind bereit, ergebnisoffen neue Wege zu gehen und ihr Handeln selbst und miteinander zu reflektieren. Selbstverständlich erfordert eine solche Lernkultur Vertrauen und einen geschützten Raum. Um kooperative Lernprozesse anzustoßen, eignen sich insbesondere formative Evaluationen<sup>9</sup>. Summative Evaluationen werden im Gegensatz dazu oft als Instrument zur Rechenschaftsablegung verwendet (vgl. Wilhelm 2005: S. 132).

## Integrierte Prozessevaluation<sup>10</sup>

Die integrierte Prozessevaluation ist deshalb integriert, weil sie externes und internes Expertenwissen von unabhängigen Evaluierenden und Prozessbeteiligten mit einbezieht. Zudem verfolgt sie das Ziel, nachhaltiges und integriertes Lernen anzustoßen und zu unterstützen. Außerdem ist sie integriert, weil bei der Evaluation bewusst auf die schon bestehenden Arbeitsstrukturen zurückgegriffen wird,

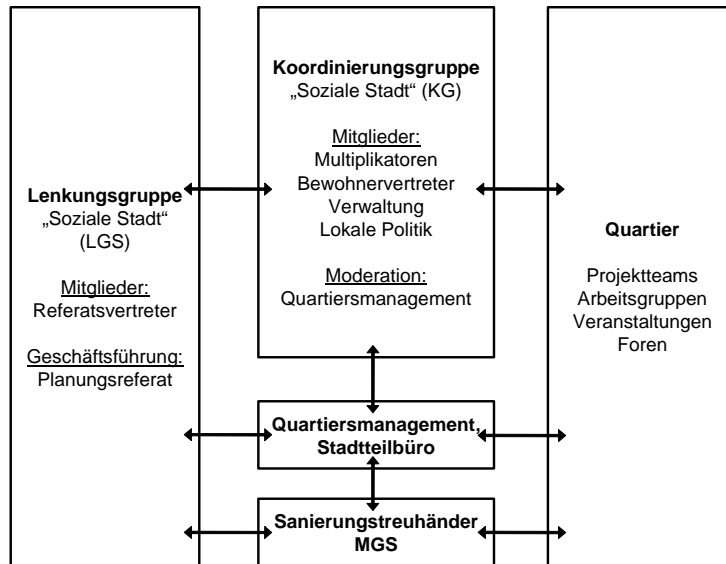
<sup>9</sup> Grundlegend wird zwischen formativen und summativen Evaluationsmodellen unterschieden. Während formative Evaluationen Informationen über noch in Vorbereitung oder Durchführung befindliche Evaluationsobjekte liefern, bewerten summative Evaluationen bereits abgeschlossene Objekte (vgl. Wottawa/Thierau 1998: S. 63 f.).

<sup>10</sup> Der Ansatz einer integrierten Prozessevaluation wurde durch den Autor gemeinsam mit Eva Bruns, Quartiersmanagement des Gebiets der „Sozialen Stadt“ Ramersdorf/Berg-am-Laim in München, und Dr. Rafael Stegen, Wirtschafts- und Sozialgeograph an der Ludwig-Maximilians-Universität, entwickelt.

um einerseits dortige Kapazitäten und Kompetenzen zu nutzen und andererseits die Beteiligten für den angestrebten Lernprozess zu aktivieren. Bei dieser Methode werden der Ist-Zustand der verfolgten Ziele, Strategien und Umsetzungspraxen kooperativ erhoben und in Folge nach Möglichkeiten der Verbesserung gesucht.

Das hier dargestellte Evaluationsdesign bezieht sich auf die Programmstrukturen der „Sozialen Stadt“ in München (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Organigramm der „Sozialen Stadt“ in München



Quelle: Eigene Darstellung nach Landeshauptstadt München (2008) mit Veränderungen.

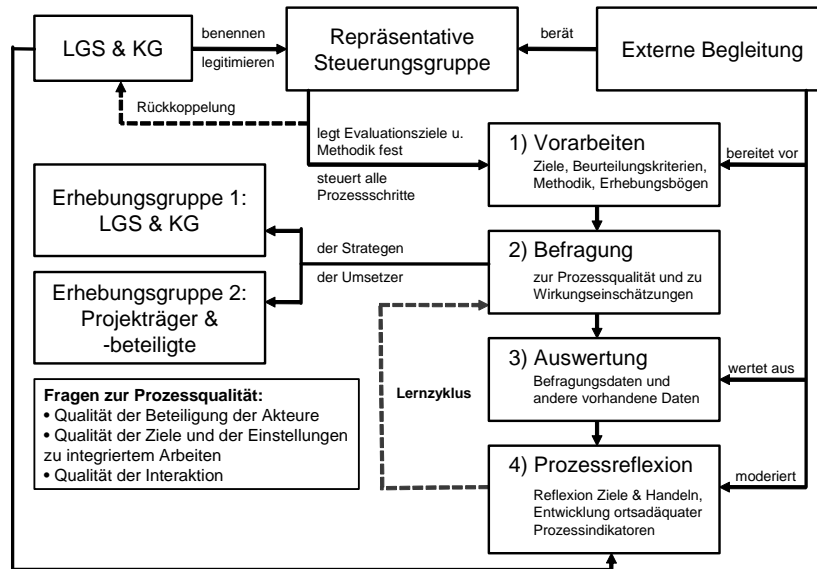
Dort gibt es drei zu unterscheidende Handlungsebenen. Erstens existiert auf der Makroebene das strategische verwaltungsdominierte Steuerungsgremium der Lenkungsgruppe (LGS). Zweitens fungiert auf der Mesoebene die Koordinierungsgruppe (KG) als operatives gebietsbezogenes Steuerungsgremium. In der KG sind Verwaltung, lokale Politik (Bezirksausschuss), gebietsbezogene Vernetzungsstrukturen (REGSAM<sup>11</sup>) und viele Vertreterinnen und Vertreter von Gebietsakteuren personell repräsentiert. Die KG wird durch ein externes Quartiersmanagement moderiert. Daran angegliedert ist die Mikroebene der Maßnahmenumsetzung mit vielen unterschiedlichen Projektträgern und -beteiligten.

<sup>11</sup> Regionale Netzwerke für Soziale Arbeit in München.



Die integrierte Prozessevaluation besteht aus vier Schritten, die durch eine interne Steuerungsguppe und eine externe Begleitung gesteuert werden (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Integrierte Prozessevaluation



Quelle: Eigene Darstellung.

LGS und KG benennen bzw. legitimieren eine für alle Prozessbeteiligten repräsentative Steuerungsguppe. Die externe Begleitung berät die Steuerungsguppe und nimmt verschiedene operative und unterstützende Aufgaben im Evaluationsprozess wahr.

Der erste Evaluationsschritt umfasst die Vorarbeiten. Die externe Begleitung ermittelt die Grundgesamtheit der Akteure und der Maßnahmen durch Dokumentenanalysen, vorbereitende Gespräche und gegebenenfalls Vorerhebungen. Aus dem gesammelten Material entnimmt sie, soweit möglich, Hinweise zum schon bestehenden Zielesystem und den Prozessstrukturen und lässt diese Informationen in ein erstes Design der Erhebungsbögen einfließen. Außerdem macht sie detaillierte Vorschläge zur methodischen Umsetzung. Die repräsentative Steuerungsguppe validiert die konzeptionelle Vorbereitungsarbeit der externen Begleitung. Zudem trifft sie die grundlegenden Werturteile über Evaluationsziele, Methodik, inhaltliche Schwerpunkte und Prioritäten bezüglich der Bewertungskriterien in der Evaluation. Es bietet sich an, diese Wertaussagen im Rahmen methodisch gut

aufbereiteter Auftaktworkshops gemeinsam zu entwickeln. Die in den Vorarbeiten getroffenen Entscheidungen können zudem in den Gremien der LGS und KG rückgekoppelt werden, um sie zu legitimieren und eine breite Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft zu sichern.

Der zweite Evaluationsschritt, die Befragung, beinhaltet zwei verschiedene Erhebungsgruppen. Diese sind zum einen die strategischer arbeitende Gruppe von KG und LGS und zum andern die operativer agierende Gruppe der Projektträger und Projektbeteiligten. Selbstverständlich kann es hier Überschneidungen geben, so dass manche Akteure zwei Fragebögen beantworten dürfen. In den Erhebungsbögen wird auf der einen Seite nach Einschätzungen zur Qualität des Umsetzungsprozesses<sup>12</sup> und auf der anderen Seite nach Wirkungseinschätzungen gefragt. Von beiden Erhebungsgruppen sollen sowohl die strategische Ebene als auch die operative Ebene beurteilt werden, um verschiedene Perspektiven zu integrieren und vergleichen zu können. Die Schwerpunkte der beiden Erhebungsbögen weisen jedoch im Idealfall Unterschiede auf. Während LGS und KG konkreter nach Strukturen und Effekten innerhalb ihrer Handlungsebenen gefragt werden, liegt der Fokus bei der Befragung der Projektträger und -beteiligten auf der Maßnahmen- oder Projektebene. Die Befragung wird über die bestehenden Programmstrukturen umgesetzt.

Der dritte Evaluationsschritt ist die Auswertung der erhobenen Daten durch die externe Begleitung. Hierbei werden, soweit vorhanden, ebenfalls andere Datensätze, z.B. Monitoringdaten, integriert. Analyse und Interpretation durch die externe Begleitung haben den Vorteil, dass diese distanzierter als Programmbeteiligte die Daten analysieren und interpretieren und zudem wissenschaftliche Gütekriterien besser sichern kann.

Der vierte Evaluationsschritt strebt die Prozessreflexion an. Im Rahmen einer Veranstaltung mit Workshopcharakter stellt die externe Begleitung ihre Auswertungsergebnisse vor und moderiert anschließend die Diskussion zwischen den Programmbeteiligten über Verbesserungsmöglichkeiten der gemeinsamen Arbeit in der „Sozialen Stadt“. Die Reflexion des bestehenden Zielesystems und des eigenen Handelns sowie die Entwicklung von orts- und situationsangepassten Indikatoren für die Prozessqualität sollten Ziele dieser Veranstaltung sein. Die Prozessindikatoren können im nächsten Befragungszyklus wieder neu erhoben und modifiziert werden. Der dadurch entstehende Kreislauf wird in Abbildung 2 als Lernzyklus bezeichnet.

---

12 Grob ist die Prozessqualität abhängig von der Beteiligung der Akteure, den verfolgten Zielen und Einstellungen der Akteure und der Art und Weise der Interaktion in den Kooperationsstrukturen (vgl. Werner 2009: S. 239 ff.) In diesem Beitrag kann dies aus Platzgründen nicht näher erläutert werden.

## Fazit

Die Komplexität der „Sozialen Stadt“ kann adäquater bearbeitet werden, indem man die Informationsverarbeitungskapazitäten durch einen dezentraleren Evaluationsansatz erhöht. Kompetenzen müssen hierfür in die bestehenden Handlungsstrukturen gegeben werden, um der Deutungsvielfalt der Evaluationsgegenstände gerecht zu werden. Wenn Ergebnisse, Probleme und gute Lösungen nicht zentral vorgegeben bzw. definiert werden können, ist es auch sinnvoll, den Fokus der Evaluation auf die Qualität des Prozesses zu legen. Auch hier müssen logischerweise Kompetenzen den prozesstragenden Akteuren überlassen werden. Zuletzt ist es noch notwendig, den Schwerpunkt auf lernende Strukturen zu legen, die immer wieder die Reflexion und die Modifizierung der integrierten Arbeitsweise fördern und auch motivierende Fortschritte erkennen lassen.

Externe Evaluierende werden bei dezentraleren Verfahrensweisen und mehr Selbstevaluation keinesfalls entbehrlich. Neben den operativen Aufgaben im Evaluationsprozess, wie inhaltliche Vorarbeiten, Auswertung, Input von methodischem Wissen und Moderation, werden der externen Begleitung noch ein paar andere sehr wichtige Tätigkeitsbereiche zuteil. Sie soll dabei unterstützen, Vertrauen und geschützte Räume für eine möglichst gute Lernatmosphäre zu erhalten bzw. zu kreieren. Dies kann sie, indem sie auf Machtasymmetrien präventiv hinweist und auf Validität, Transparenz und Reliabilität im Evaluationsprozess achtet. Diese Aspekte, zu denen sich insbesondere auch die repräsentative Steuerungsgruppe bekennen sollte, sind die Voraussetzung für das Funktionieren einer integrierten Prozessevaluation. Ohne die breite Akzeptanz und Mitwirkung der Programmbeteiligten hat sie keinen Sinn, da kooperatives Lernen nicht möglich ist.

In der Zwischenevaluation und der dritten bundesweiten Befragung werden normative Gütekriterien für die „Soziale Stadt“ in Form von Determinanten und Indikatoren zentral durch einen relativ kleinen Kreis von Personen postuliert. Zudem werden insbesondere bei letzterer Studie nur die Einschätzungen der Programmverantwortlichen bzw. eines sehr eingeschränkten Spektrums der Beteiligten abgefragt. Dadurch werden die Perspektive vieler raumprägender Akteure und lokale Besonderheiten ausgeblendet, was auf Kosten von Nützlichkeit, Objektivität und Validität geht. Aus den Studien resultierende Handlungsempfehlungen sollten daher unbedingt unter Berücksichtigung dieses Kontextes interpretiert werden. Allerdings ermöglicht es die Methodik der Studien, eine große Anzahl an Programmgebieten einheitlich zu beurteilen, was im Sinne der Durchführbarkeit durchaus legitim ist. Den Leserinnen und Lesern muss jedoch bewusst sein, dass bei einem solchen Vorgehen die Komplexität der „Sozialen Stadt“ sicherlich nicht ausreichend abgebildet wird.

Durch eine integrierte Prozessevaluation wird das Wertungsproblem bei der Festlegung von Evaluationszielen und Indikatoren auf mehrere Perspektiventräger verteilt. Die Evaluation erhält so eine objektive und valide Grundlage und verspricht daher ein guter Ansatz zu sein, um die „Soziale Stadt“ zu bewerten. Außerdem wird der Grad der Nützlichkeit der Evaluation erhöht, weil lokale Besonderheiten und Bedürfnisse besser berücksichtigt werden können. Durch den relativen Mehraufwand aufgrund des beteiligungsorientierten Evaluationsdesigns ist dieser Ansatz jedoch besonders für die Evaluation einzelner Gebiete vorstellbar. Die Durchführbarkeit im Rahmen von gebietsübergreifenden Großevaluatoren ist in Frage zu stellen, aber durchaus auch denkbar.

## Literatur

- ARGEBAU – Bauministerkonferenz (2005): Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, <http://www.is-ergebaut.de/Dokumente/4236855.pdf> (10.11.2009).
- Aehnelt, Reinhard (2005): Zwischenevaluation des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ – zentrale Ergebnisse, in: BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Ein Programm wird evaluiert (Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2/3), Berlin, S. 63–73.
- Alisch, Monika (2007): Empowerment und Governance: Interdisziplinäre Gestaltung in der sozialen Stadtentwicklung, in: Baum, Detlef (Hrsg.): Die Stadt in der Sozialen Arbeit. Ein Handbuch für soziale und planende Berufe, Wiesbaden, S. 305–315.
- Articus, Stephan (2002): Zukunft der Stadt? – Stadt der Zukunft! Anmerkungen zur Situation und Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK), Jg. 2002, H. 1, S. 6–24.
- Bauer, Klaus (2005): Zur Evaluierung von Vernetzung und Kooperation in der räumlichen Planung. Ein methodologischer Beitrag zur Bewertung weicher Instrumente, Augsburg.
- Beckmann, Klaus (2006): Gewandeltes Planungs- und Steuerungsverständnis in der kommunalen Verkehrsplanung, in: Selle, Klaus (Hrsg.): Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte. Theorien. Impulse (Planung neu denken, 1), Dortmund, S. 178–194.
- Benz, Arthur (1992): Mehrebenen-Verflechtung: Verhandlungsprozesse in verbundenen Entscheidungsarenen, in: Benz, Arthur/Scharpf, Fritz W./Zintl, Reinhard (Hrsg.): Horizontale Politikverflechtung. Zur Theorie von Verhandlungssystemen (Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Köln, 10), Frankfurt am Main und New York, S. 147–205.
- BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2007): Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt, [http://www.bmvbs.de/Anlage/original\\_1003796/Leipzig-Charta-zur-nachhaltigen-europaeischen-Stadt-Angenommen-am-24.-Mai-2007-barrierefrei.pdf](http://www.bmvbs.de/Anlage/original_1003796/Leipzig-Charta-zur-nachhaltigen-europaeischen-Stadt-Angenommen-am-24.-Mai-2007-barrierefrei.pdf) (17.08.2009).
- Breckner, Ingrid (1997): Neue Verfahren der Raumplanung im Handeln gegen Wohn-Armut, in: Adam, Brigitte (Hrsg.): Neue Verfahren und kooperative Ansätze in der Raumplanung (RaumPlanung spezial), Dortmund, S. 45–49.
- DeGEval – Gesellschaft für Evaluation e.V. (2008): Standards für Evaluation, 4. Auflage, Mainz.

- Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (2006): Dritte bundesweite Befragung Programmgebiete „Soziale Stadt“. Endbericht zur Auswertung. Im Auftrag des BMVBS, vertreten durch das BBR, herausgegeben von Bundestransferstelle Soziale Stadt, Berlin.
- Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (2007): Dritte bundesweite Befragung in den Programmgebieten der Sozialen Stadt. Zentrale Ergebnisse und Empfehlungen (Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Band 12), herausgegeben von Bundestransferstelle Soziale Stadt, Berlin.
- Eckardt, Frank (2005): Fremdkörper im städtischen Management? Die institutionelle und thematische Einbindung der „Soziale Stadt“-Projekte in Hessen, in: Greiffenhagen, Sylvia/Neller, Katja (Hrsg.): Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, Wiesbaden, S. 237–250.
- Fassbinder, Helga (1996): Offene Planung als praxisorientiertes Zukunftskonzept, in: Selle, Klaus (Hrsg.): Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen, Wiesbaden und Berlin, S. 143–152.
- Friedrichs, Jürgen (1973): Methoden empirischer Sozialforschung, Reinbek.
- Friedrichs, Jürgen/Hommerich, Carola (2005): Wie misst man soziale Maßnahmen, in: Greiffenhagen, Sylvia/Neller, Katja (Hrsg.): Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, Wiesbaden, S. 45–60.
- Gawron, Thomas (2005): Mehrebenenanalyse, Inkrementalismus und „Soziale Stadt“, in: Greiffenhagen, Sylvia/Neller, Katja (Hrsg.): Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, Wiesbaden, S. 165–185.
- Haack, Silke (2005): Evaluierung des Programms „Soziale Stadt“ – Hintergründe, Vorgehensweise, Bausteine, in: BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Ein Programm wird evaluiert (Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2/3), Berlin, S. 55–61.
- Häußermann, Hartmut (2005): Das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Gesamtbewertung und Empfehlungen der Zwischenevaluation 2003/2004, in: BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Ein Programm wird evaluiert (Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2/3), Berlin, S. 75–85.
- Häußermann, Hartmut (2006): Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – Die Soziale Stadt, in: Selle, Klaus (Hrsg.): Praxis der Stadt- und Regionalentwicklung. Analysen. Erfahrungen. Folgerungen (Planung neu denken, 2), Dortmund, S. 285–301.
- Herrmann, Heike/Lang, Barbara (2001): Perspektiven des Sozialen in der Stadt, in: Alisch, Monika (Hrsg.): Sozial – Gesund – Nachhaltig. Vom Leitbild zu verträglichen Entscheidungen in der Stadt des 21. Jahrhunderts, Opladen, S. 29–45.
- Huber, Andreas Werner (2004): Management of Change als Steuerung sozialräumlicher Gestaltungsprozesse. Ein Beitrag zur angewandten sozialgeographischen Implementationsforschung (Terra facta, 3), Augsburg.
- Ibert, Oliver (2003): Innovationsorientierte Planung. Verfahren und Strategien zur Organisation von Innovation (Stadt, Raum und Gesellschaft, 19), Opladen.

- IfS – Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (2004): Die Soziale Stadt. Ergebnisse der Zwischenevaluation. Bewertung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ nach vier Jahren Programm Laufzeit, herausgegeben vom BBR im Auftrag des BMVBS, Berlin.
- Jacobs, Jane (1962): *The Death and Life of Great American Cities*, London.
- Kestermann, Rainer (1997): Kooperative Verfahren in der Raumplanung. Phänomenologische Betrachtung, in: Adam, Brigitte (Hrsg.): *Neue Verfahren und kooperative Ansätze in der Raumplanung (RaumPlanung spezial)*, Dortmund, S. 50–78.
- Landeshauptstadt München (2008): Organisationsstruktur der Sozialen Stadt, [http://www.sozialestadt-muenchen.de/images/stories/Programm/organigramm\\_allgemein.pdf](http://www.sozialestadt-muenchen.de/images/stories/Programm/organigramm_allgemein.pdf) (19.06.2009).
- Mayntz, Renate (2001): Zur Selektivität der steuerungstheoretischen Perspektive, in: Burth, Hans-Peter/Görlitz, Axel (Hrsg.): *Politische Steuerung in Theorie und Praxis (Schriften zur Rechtspolitologie, 12)*, Baden-Baden, S. 17–27.
- Münch, Richard (2001): Politische Steuerung als gesellschaftlicher Prozess, in: Burth, Hans-Peter/Görlitz, Axel (Hrsg.): *Politische Steuerung in Theorie und Praxis (Schriften zur Rechtspolitologie, 12)*, Baden-Baden, S. 187–220.
- Ossola-Haring, Claudia (2006): *Handbuch Kennzahlen zur Unternehmensführung. Kennzahlen richtig verstehen, verknüpfen und interpretieren*, Landsberg am Lech.
- Pollermann, Kim (2007): Prozessintegrierte Evaluationen zur nachhaltigen Regionalentwicklung, in: *disP*, H. 169, S. 68–79.
- Reuter, Wolf (2006): Rittel revisited: oder von der Notwendigkeit des Diskurses, in: Selle, Klaus (Hrsg.): *Zur räumlichen Entwicklung beitragen. Konzepte. Theorien. Impulse (Planung neu denken, 1)*, Dortmund, S. 210–224.
- Schaffer, Franz (2004): Lernende Region. Ein neuer Weg der regionalen Entwicklung, in: Schaffer, Franz/Spannowsky, Willy/Troeger-Weiss, Gabi/Goppel, Konrad (Hrsg.): *Implementati-on der Raumordnung. Wissenschaftliches Lesebuch für Konrad Goppel, 2. Auflage (Schriften zur Raumordnung und Landesplanung [SRL], 15)*, Augsburg und Kaiserslautern, S. 189–198.
- Scharpf, Fritz W. (1973): *Planung als politischer Prozeß. Aufsätze zur Theorie der planenden Demokratie*, Frankfurt am Main.
- Scharpf, Fritz (1993): Positive und negative Koordination in Verhandlungssystemen, in: Héritier, Adrienne (Hrsg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung (Politische Vierteljahresschrift, 24)*, Opladen, S. 57–83.
- Schridde, Henning (2005): Systemdenken und kollektive Wissensgenerierung: Die „Soziale Stadt“ als Testfall modernen staatlichen Regierens, in: Greiffenhagen, Sylvia/Neller, Katja (Hrsg.): *Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“*, Wiesbaden, S. 141–164.
- Selle, Klaus (2005): *Planen. Steuern. Entwickeln. Über den Beitrag öffentlicher Akteure zur Entwicklung von Stadt und Land*, Dortmund.
- Stegen, Rafael (2006): *Die Soziale Stadt. Quartiersentwicklung zwischen Städtebauförderung, integrierter Stadtpolitik und Bewohnerinteressen (Stadtzukünfte, 3)*, Berlin.

- Stein, Ursula/Stock, Marion (2005): Erfolg ist relativ! Kooperative Evaluation von Innenstadtprozessen, in: Rösener, Britta/Selle, Klaus (Hrsg.): Kommunikation gestalten. Beispiele und Erfahrungen aus der Praxis für die Praxis (KiP Kommunikation im Planungsprozess, 3), Dortmund, S. 302–309.
- Struck, Ernst (2000): Erlebnislandschaft Franken – Perspektiven für fränkische Weindörfer (Materialien zur ländlichen Entwicklung, 37), München.
- Sucato, Evelyn/Haack, Silke (2004): Handbuch. Zielentwicklung und Selbstevaluation in der Sozialen Stadt NRW, herausgegeben vom ILS NRW (ILS NRW 194), Dortmund.
- Thalgott, Christiane (2006): Stadtumbau als innovativer Impuls der Stadtentwicklung, in: Bertelsmann, Grit (Hrsg.): Stadtumbau. Chancen nutzen für die Stadt von morgen (Schriftenreihe lebendige Stadt, 5), Frankfurt am Main, S. 93–99.
- Walther, Uwe-Jens (2005): Irritation und Innovation: Stadterneuerung als Lernprozess?, in: Greiffenhagen, Sylvia/Neller, Katja (Hrsg.): Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, Wiesbaden, S. 111–124.
- Werner, Stefan (2009): Steuerung von Kooperationen in der Stadtentwicklung, in: Andexlinger, Wolfgang/Obkircher, Stefan/Sauerwein, Karin (Hrsg.): Globaler Wandel – regionale Nachhaltigkeit. Zweites internationales DoktorandInnenkolleg nachhaltige Raumentwicklung, Innsbruck, S. 239–254.
- Wilhelm, Jan Lorenz (2005): Potenziale formativer Evaluationen für das Quartiersmanagement im Programm Soziale Stadt. Untersucht am Beispiel des Quartiers Belm-Powe (Landkreis Osnabrück), in: Rolfes, Manfred/Wenzel, Hans-Joachim (Hrsg.): Das Programm Die Soziale Stadt im Blickpunkt: Untersuchungen zu Belm-Powe/Landkreis Osnabrück (OSG-Materialien, 59), Osnabrück, S. 113–231.
- Willke, Helmut (2001): Steuerungstheorie. Grundzüge einer Theorie der Steuerung komplexer Sozialsysteme, 3. Auflage (Systemtheorie/Helmut Willke, 3), Stuttgart.
- Willke, Helmut (2006): Grundlagen. Eine Einführung in die Grundprobleme der Theorie sozialer Systeme. 7. überarbeitete Auflage mit einem Glossar (Systemtheorie/Helmut Willke, 1), Stuttgart.
- Wottawa, Heinrich/Thierau, Heike (1998): Lehrbuch Evaluation. 2. Auflage, Bern.

---

## Autorinnen und Autoren

- Dipl.-Soz. Dirk Baier*, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. Hannover, E-Mail: baier@kfn.uni-hannover.de
- Prof. Dr. Ullrich Bauer*, Prof. für Sozialisationsforschung an der Fakultät für Bildungswissenschaften der Universität Duisburg-Essen, E-Mail: ullrich.bauer@uni-due.de
- Prof. Dr. Uwe H. Bittlingmayer*, Prof. für Soziologie am Institut für Sozialwissenschaften der Pädagogischen Hochschule Freiburg, E-Mail: uwe.bittlingmayer@ph-freiburg
- Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer*, Institutsleiter, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld, E-Mail: ikg@uni-bielefeld.de
- Apl. Prof. Dr. Dipl.-Soz. Jürgen Mansel*, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld, Arbeitsschwerpunkte: Sozialisation, Erziehung und Bildung; Jugendsoziologie; Gesundheits- und Stressforschung; Kriminologie und abweichendes Verhalten, Konflikt und Gewalt; Sozialstrukturanalyse und soziale Ungleichheit, Armuts- und Reichtumsentwicklung; Migration und kulturelle Differenz; Methoden der empirischen Sozialforschung, E-Mail: juergen.mansel@uni-bielefeld.de
- Dipl.-Soz. Sandra Legge*, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung sowie Fakultät für Erziehungswissenschaft an der Universität Bielefeld, Arbeitsschwerpunkte: Abweichendes Verhalten; Vorurteile und Diskriminierung; Anomie; Sozialisation; Methoden der empirischen Sozialforschung, E-Mail: sandra.legge@uni-bielefeld.de
- Susann Rabold*, M.A., Soziologin, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. Hannover, E-Mail: s.rabold@kfn.uni-hannover.de
- Prof. Dr. Matthias Richter*, Prof. für Medizinische Soziologie und Sozialepidemiologie an der Universität Bern, Institut für Sozial- und Präventivmedizin, E-Mail: mrichter@ispm.-unibe.ch
- Diana Sahrai*, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Universität Bielefeld, E-Mail: diana.sahrai@uni-bielefeld.de
- Wolfgang Spanier*, MdB (SPD) von 1994 bis 2009, Bundestagsausschüsse Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie Familie, Senioren, Frauen und Jugend, AG Verteilungsgerechtigkeit und Integration, E-Mail: spanier@teleos-web.de
- Stefan Werner*, Doktorand im Fach Sozialgeographie an der Universität Passau, Promotionsthema: „Steuerung von Kooperationen in der sozialen Stadtentwicklung“ (gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung), E-Mail: wernerstefan@gmx.de